

Neoklassik

Keynesianismus

Österreichische Schule

Ökologische Ökonomik

Institutionenökonomik

Postkoloniale Perspektiven auf Ökonomik

Feministische Ökonomik

Islamic Finance

READER

des Seminars
„Orthodoxe und heterodoxe
ökonomische Theorien“

in Zusammenarbeit mit der
studentischen Initiative MÖVE
(Mehr Ökonomische Vielfalt Erreichen)

Zweite Version, Dezember 2017



IMPRESSUM

**Reader des Seminars „Orthodoxe und heterodoxe ökonomische Theorien“
in Zusammenarbeit mit der studentischen Initiative MÖVE
(Mehr Ökonomische Vielfalt Erreichen)**

LAYOUT & FORMATIERUNG: Sabina Bals, Yannik Beermann,
Kai Brüggemann, Verena Emme, Kristin Langen, Henri Schneider

SCHLUSSREDAKTION: Verena Emme und Kristin Langen

WEBSITE: www.moeve-lueneburg.de
E-MAIL: moeve-lueneburg@riseup.net

Zweite Auflage, Dezember 2017

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Definition von „Mainstream“, „Orthodoxie“ und „Heterodoxie“	3
3. Seminarplan	7
4. Zusammenfassungen der Seminarthemen	8
4.1. Von der klassischen Nationalökonomie zur Neoklassik	9
4.2. Die Problematik der Trennung von Mikro- und Makroökonomik	11
4.3. Österreichische Schule	12
4.4. Institutionenökonomik	13
4.5. Keynesianismus	14
4.6. Feministische Ökonomik	15
4.7. Ökologische Ökonomik	16
4.8. Postkoloniale Perspektiven auf die Ökonomik	17
4.9. Entwicklungsökonomik aus postkolonialer Perspektive	18
4.10. Islamic Finance	19
5. Zwischenfazit	20
6. Alternative Lehrplanvorschläge	21
7. Ausblick	24
8. Anhang: Inhaltliche Ausarbeitungen	26
8.1. Von der klassischen Nationalökonomie zur Neoklassik	27
8.2. Die Problematik der Trennung von Mikro- und Makroökonomik	38
8.3. Österreichische Schule	42
8.4. Institutionenökonomik	49
8.5. Keynesianismus	54
8.6. Feministische Ökonomik	58
8.7. Ökologische Ökonomik	65
8.8. Postkoloniale Perspektiven auf die Ökonomik	74
8.9. Entwicklungsökonomik aus postkolonialer Perspektive	83
8.10. Islamic Finance	94

1. Einleitung

Als Bachelorstudierende der Volkswirtschaftslehre ist für uns das VWL Studium mit dem Wunsch verbunden, ökonomische Geschehnisse zu verstehen. Dabei hat uns in unserem bisherigen VWL Studium einiges verwundert. Unter Anderem, dass etliche globale Probleme wie Klimawandel, Finanzkrisen oder soziale und ökonomische Ungleichheit im VWL Studium kaum oder nur sehr einseitig behandelt werden, obwohl diese in Ursache und Wirkung ökonomische Dimensionen aufweisen. Bei Betrachtung unseres Grundstudiums in Lüneburg ist uns außerdem aufgefallen, dass die Standardlehrbücher (Blanchard/Illing und Nechyba) die Theorie- und Ideengeschichte so gut wie vollständig ausklammern. Die dort aufgezeigten Modelle und Theorien zeigen zwar auf, wie die Herangehensweise analytisch funktioniert, aber nicht wie in der Geschichte verschiedene ökonomische Denkschulen darüber gedacht und gestritten haben. Ein Modell stellt eine Vereinfachung der Wirklichkeit dar und dies wird durch Annahmen erreicht. Doch können sich Annahmen, welche bei der Entwicklung des Modells noch plausibel erschienen, heutzutage nicht gewandelt haben, weil sich zum Beispiel die Präferenzen der Wirtschaftssubjekte oder die Umweltbedingungen verändert? Auch scheint es uns so, als ob sich die Diversität der Wirtschaftsformen, die es weltweit gibt, bei weitem nicht in unserem Lehrplan widerspiegelt.

Der vorliegende Reader ist aus dem Lehrforschungsprojekt „Orthodoxe und heterodoxe ökonomische Theorien“ in Zusammenarbeit mit der studentischen Initiative MÖVE im Sommersemester 2017 entstanden. Im Rahmen der Veranstaltung haben die teilnehmenden Studierenden unter der Leitung von Prof. Dr. Huth die Seminarinhalte eigenständig festgelegt und erarbeitet. Die Motivation für diesen Reader war zunächst das Festhalten der erarbeiteten Inhalte für alle Interessierten. Gleichzeitig soll hiermit eine Gesprächsgrundlage geschaffen werden, die eine Reflexion des aktuellen VWL Lehrplans an der Leuphana Universität Lüneburg ermöglicht. Die vorliegende Fassung ist die überarbeitete zweite Auflage, in der nun nahezu alle Themen des Seminars festgehalten sind.

Durch das Lehrforschungsprojekt wurde uns ermöglicht, sich innerhalb des Curriculums mit der Pluralität der VWL auseinanderzusetzen. Der vorliegende Reader soll dies widerspiegeln. Da sich die meisten Texte auf den ökonomischen „Mainstream“ beziehen,

soll zunächst definiert werden, was in diesem Reader unter „Mainstream“ verstanden wird. Daran anschließend werden die Themen präsentiert, mit denen sich die Studierenden im Rahmen des Seminars auseinandergesetzt haben. Nach einer historischen Einordnung der Neoklassik werden eine Auswahl weiterer ökonomischer Theorieschulen vorgestellt. Darüber hinaus wird ein Einblick in den Zusammenhang von Postkolonialer Theorie und Ökonomik so wie in eine nicht-westliche Theorie gegeben. Der Reader schließt mit Vorschlägen für einen alternativen Lehrplan. Im Anhang des Readers befinden sich ausführliche Ausarbeitungen der vorgestellten Themen.

Wir freuen uns über einen weiteren konstruktiven Austausch auf Basis des Readers.

Die Teilnehmer*innen des Seminars „Orthodoxe und heterodoxe Theorien“
in Zusammenarbeit mit der studentischen Initiative MÖVE
(Mehr Ökonomische Vielfalt Erreichen)

2. Definition von „Mainstream“, „Orthodoxy“ und „Heterodoxy“

von Henri Schneider

In diesem Reader werden der Begriff „Mainstream“, sowie die Klassifizierungen „orthodox“ und „heterodox“ in Bezug auf die VWL verwendet. Viele der behandelten Themen beziehen sich direkt oder indirekt auf diese Begriffe. Hier sollen nun kurze Definitionen für den vorliegenden Reader gegeben werden. Nähere Informationen können bei Hirte und Thieme (2013), sowie bei Dobusch und Kapeller (2012) gefunden werden. Auch die hier beschrieben kurzen Definitionen beziehen sich in erster Linie auf diese Publikationen. Zuerst ist festzuhalten, dass die Begriffe „Mainstream“, „Heterodoxy“ und „Orthodoxy“ nicht einheitlich definiert sind. In der Literatur wird unter anderem die Differenzierung zwischen „Mainstream“ als soziologische Kategorie und den Begriffen „Heterodoxy“ und „Orthodoxy“ als intellektuelle Kategorien vorgenommen (Colander und Holt, 2003; Dequech, 2012). Weiterhin wird der „Mainstream“ als „dominant ‘habits of thought’“ definiert (Dobusch und Kapeller, 2009).

Colander, Holt und Rosser (2008) klassifizieren den „Mainstream“ wie folgt:

“Mainstream consists of the ideas that are held by those individuals who are dominant in the leading academic institutions, organizations, and journals at any given time, especially the leading graduate research institutions. Mainstream economics consists of the ideas that the elite in the profession finds acceptable, where by ‘elite’ we mean the leading economists in the top graduate schools. It is not a term describing a historically determined school, but is instead a term describing the beliefs that are seen by the top schools and institutions in the profession as intellectually sound and worth working on.” (Colander et al., 2008: 35)

Eine ähnliche Definition von „Mainstream“ nutzt auch Dequech (2012). Interessant ist, dass es in der Literatur zwei Sichtweisen gibt. Einerseits wird die Ansicht vertreten, dass der „Mainstream“ stark unter neoklassischem Einfluss steht und Teil der „Orthodoxy“ ist (Dobusch und Kapeller, 2009; Lee, 2012) und auf der anderen Seite gibt es auch jene, die die Gleichsetzung mit der Neoklassik ablehnen (Lawson, 2006).

In diesem Reader wird in erster Linie auf die folgende Definition des ökonomischen „Mainstreams“ zurückgegriffen, die am nächsten an die im Seminar benutzte Definition heranreicht.

“Terminologically, we interpret “neoclassical” economics as the dominating (“orthodox”), core theory of current “mainstream” economics, while acknowledging that the commitment to the central tenets of neoclassical economics varies within the mainstream, and even is less intense at — what Colander et al. (2004) call — the “edge of the mainstream”” (Dobusch und Kapeller, 2012: 1036).

Ein Teil der Mainstreamanalyse ist die Methode der „citation analysis“, die unter anderem von Dobusch und Kapeller (2009) durchgeführt wurde. Diese zeigt auf, dass es in den „orthodoxen“ Journals eine geringe Übernahme „heterodoxer“ Inhalte gibt (Kapeller, 2010).

Table 5. Relative Relevance of the Respective Network Affiliation for Citation Collecting (based on data from Thomson Scientific – Web of Science 01-2009 for 1989-2008)

	Average percentage of citations from top ten heterodox journals	Average percentage of citations from top ten orthodox journals	Average percentage of intra-network (heterodox/orthodox) citations excluding self citations
in top ten heterodox	60.35% (intra-network)	39.65% (inter-network)	19.3% (intra-network)
in top ten orthodox	4.89% (inter-network)	95.11% (intra-network)	64.22% (intra network)

Quelle: Dobusch und Kapeller, 2009: 884

Dogmenhistorisch betrachtet lässt sich beobachten, dass der Begriff der Neoklassik im ausgehenden 19. Jahrhundert für den „Mainstream“ stand. Heutzutage handelt es sich bei der Neoklassik, als Teil des „Mainstreams“, um eine Modifikation der ursprünglichen Neoklassik (Hirte und Thieme, 2013: 8ff). Dies sollte bei einer differenzierten Betrachtung berücksichtigt werden. Im Verlauf dieses Readers wird auch auf die Evolution und den Vergleich zwischen der ursprünglichen und der modernen Neoklassik eingegangen.

Auch bei den Begriffen „Orthodoxie“ und „Heterodoxie“ wird sich an der im Seminar

benutzten Definitionen der Begriffe orientiert. Das Attribut „orthodox“ steht für bestimmte Glaubenssätze und Annahmen, die als wahr angesehen werden und alles, das diese „Wahrheit“ infrage stellt, wird abgelehnt. Es entspindt sich ein Dualismus von „Orthodoxie“ und „Heterodoxie“ in Form einer zeitlichen Dimension (herkömmlich vs. neu) und einer methodologischen Dimension („epistemologische Rechtmäßigkeit“).

Bei Hirte und Thieme (2013) wird erkannt, dass sich die Begriffe „Orthodoxie“ und „Mainstream“ bei vielen Autor*innen überschneiden und neoklassische Züge beinhalten.

Zu dieser Überschneidung gehören unter anderem:

- Ökonomische Rationalität
- Optimierungs- und Nutzenmaximierungskalkül
- Statisches Gleichgewichtsdenken
- Methodologischer Individualismus
- Formal-mathematische Techniken

(siehe dazu Abb.2: Synopse der Merkmale der „Orthodoxie“ Hirte und Thieme, 2013: 17f)

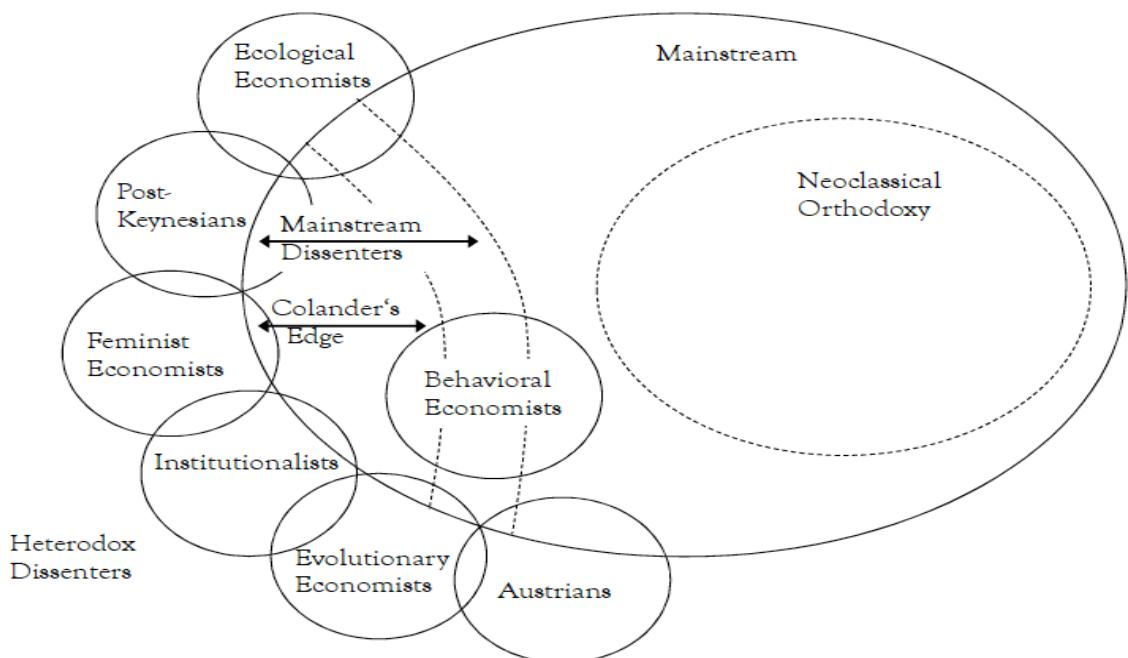
Auch bei der „Heterodoxie“ besteht Uneinigkeit in der Definition des Begriffs. „Heterodox“ wird unter anderem als Gegenteil des „Mainstreams“ gesehen und über dieses Gegensätzliche identifiziert sich „Heterodoxie“ (Colander und Holt, 2003). Allerdings sind „heterodoxe“ Alternativen auch als eigenständige Strömungen anzusehen.

“[H]eterodox economics is not [...] defined in negative, oppositional terms or as a dual to mainstream economics but as a positive alternative to it. So if mainstream economics disappeared, heterodox economics would be unaffected.” (Lee, 2012: 339)

Einen Überblick über die „heterodoxen“ Charakteristika können in Abb. 3: Synopse der Merkmale der „Heterodoxie“ bei Hirte und Thieme (2013: 20) eingesehen werden. Zentrale Merkmale der „Heterodoxie“ sind Pluralität, die Beachtung sozialer Phänomene und die Ablehnung mathematisch-formaler Deduktion als alleinige Methode (Hirte und Thieme, 2013). Weitere Merkmale sind nach Lee die bereits genannte Pluralität, Interdisziplinarität, kritische Auseinandersetzung mit dem „Mainstream“ und Berücksichtigung der ökonomischen Ideengeschichte (Lee, 2012: 345f).

Zur Veranschaulichung des Zusammenhangs der verschiedenen Begrifflichkeiten, unter Einbeziehung unterschiedlicher ökonomischer Theorieschulen, kann Dobusch und Kapeller (2012) hinzugezogen werden. Beispielhaft ist hier ihr Schaubild dargestellt.

Figure 1. Paradigms in Economic Discourse



Quelle: Dobusch und Kapeller, 2012., 1037

Literaturverzeichnis:

- Colander, D., Holt, R. & Rosser, B. (2004). The Changing Face of Mainstream Economics. *Review of Political Economy*, 16(4), 485-499.
- Colander, D., Holt, R. P., & Rosser, B. (2008). The Changing Face of Mainstream Economics. *A Journal of Informed Opinion*, 7(1), S. 31-42.
- Dürmeier, T. (2005). Vorstellung des Arbeitskreises Post-Autistische Ökonomie. *Intervention*, 2(2), S. 65-76.
- Dequech, D. (2012). Post Keynesianism, Heterodoxy and Mainstream Economics. *Review of Political Economy*, 24(2), S. 353-368.
- Dobusch, L., & Kapeller, J. (2009). "Why is Economics not an Evolutionary Science?" New Answers to Veblen's Old Question. *Journal of Economic Issues*, 43(4), S. 867-898.
- Dobusch, L., & Kapeller, J. (2012). Heterodox United vs. Mainstream City? Sketching a Framework for Interested Pluralism in Economics. *Journal of Economic Issues*, 46(4), S. 1035-1058.
- Hirte, K., & Thieme, S. (2013). Mainstream, Orthodoxie und Heterodoxie - Zur Klassifizierung der Wirtschaftswissenschaften (No. 38). *Discussion Papers*, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien.
- Kapeller, J. (2010). Citation Metrics: Serious Drawbacks, Perverse Incentives, and Strategic Options for Heterodox Economics. *American Journal of Economics and Sociology*, 69(5), S. 1376-1408.
- Lawson, T. (2005). The nature of heterodox economics. *Cambridge Journal of Economics*, 30(4), S. 483-505.
- Lee, F. (2012). Heterodox Economics and its Critics. *Review of Political Economy*, 24(2), S. 337-351.

3. Seminarplan

Um deutlich zu machen, mit welchen Themen sich die Studierenden beschäftigt haben, ist der Seminarplan im Folgenden abgedruckt. Die Themen, die im Reader zu finden sind, sind mit einem Kreuz versehen.

Thema	Einseitige Zusammenfassung im Reader sowie ausführliche Ausarbeitung im Anhang
Wirtschaftsgeschichtliche Einführung mit besonderem Fokus auf die Antike	
Wissenschaftstheorie	
Die Macht des Mainstreams	
Klassik und Neoklassik	x
Die Problematik der Trennung von Mikro- und Makroökonomik	x
Marxistische Wirtschaftstheorie	
Österreichische Schule	x
Institutionenökonomik	x
Keynesianismus	x
Feministische Ökonomik	x
Ökologische Ökonomik	x
Verhaltensökonomik	
Evolutionsökonomik	
Postkoloniale Perspektiven auf die Ökonomik	x
Entwicklungsökonomik aus postkolonialer Perspektive	x
Islamic Finance	x

4. Zusammenfassungen der Seminarthemen

Über die im Seminarplan angegebenen Themen wurde im Seminar ein Vortrag gehalten. Im Folgenden finden sich einseitige Zusammenfassungen der meisten Seminarthemen. Im Anhang des Readers sind die ausführliche Ausarbeitungen der Themen zu finden.

Die Quellenangaben zu den eingereichten Texten befinden sich nicht bei den einseitigen Zusammenfassungen, sondern am Ende der thematischen Ausarbeitungen, die im Anhang zu finden sind.

Für den Inhalt der Texte sowie deren wissenschaftlichen Standard sind die unter der jeweiligen Überschrift angegebenen Personen eigenverantwortlich. Die Initiative MÖVE hat lediglich die Zusammenstellung und Formatierung des Readers übernommen.

4.1. Von der klassischen Nationalökonomie zur Neoklassik

- eine historische Einführung

von Henri Schneider

In der Ausarbeitung im Anhang werden verschiedene Denker der klassischen Nationalökonomie behandelt und in einen Kontext gesetzt, sowie der Übergang zur Neoklassik skizziert. Im zweiten Teil wird die moderne Neoklassik dargestellt. Behandelt werden Adam Smith, der Begründer der modernen Ökonomie als Wissenschaft, David Ricardo, der besonders durch seine Außenhandelstheorie bekannt wurde, Thomas Robert Malthus, der zum Thema Bevölkerungswachstum forschte, Jean-Baptiste Say, der das Saysche Theorem entwickelte und zu guter Letzt John Stuart Mill, der die Ideen seiner Vorgänger systematisierte, zusammenfasste und durch wichtige Konzepte erweiterte. Aus diesen genannten Vertretern und noch weiteren, hier nicht weiter erwähnten ökonomischen Denker*innen, entwickelte sich die klassische Nationalökonomie, die auch Klassik genannt wird. Sie war vorherrschendes Paradigma von 1776, der Veröffentlichung von Smith's „Wealth of Nations“, bis etwa 1870, als die Klassik im Zuge der marginalistischen Revolution von der Neoklassik abgelöst wurde. Kernelemente der Klassik sind die Emanzipation der Ökonomie als vollwertige Wissenschaft und der Bruch mit dem Merkantilismus. Es wurde das Individuum und dessen wirtschaftlicher Eigennutz in den Fokus der Analyse gestellt, sowie die Auswirkung auf das Gemeinwohl. Schlagworte sind unter anderem Eigeninteresse, Gleichgewichtsthese, Bevölkerungswachstum, Außenhandel, Utilitarismus sowie die Arbeitswerttheorie. All diese Konzepte wurden unter dem Licht der Forderung nach der Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung, sowie der gesellschaftlichen Liberalisierung, entwickelt.

Die bereits erwähnte marginalistische Revolution läutet die Neoklassik ein, die sich bis heute als vorherrschendes Paradigma in der Volkswirtschaftslehre gehalten hat. Die marginalistische Revolution wurde von Hermann Heinrich Gossen angestoßen, der sich die ersten Gedanken 1854 zu Grenznutzen und Indifferenzkurve gemacht hat. Knapp 20 Jahre wurden seine Gedanken unabhängig voneinander, von William Stanley Jevons, León Walras und Carl Menger aufgegriffen, die seine Konzepte auf utilitaristische, mathematische oder psychologische Art und Weise weiterentwickelten. Neben Grenznutzen und der Indifferenzkurve wurde durch die Klassik das Werteparadoxon gelöst. Von da an bestimmte nicht mehr die zur Produktion verwendete Arbeit den Wert eines Gutes, sondern der Markt durch Angebot und Nachfrage.

Im zweiten Abschnitt wird auf die moderne Neoklassik, als eine von mehreren westlichen Denkschulen in der Ökonomie, eingegangen. Der Begriff "Neoklassik" ist unscharf und wird unterschiedlich verwendet. So ordnen sich die wenigsten Mainstream-Ökonom*innen selber der neoklassischen Schule zu. Im Zentrum der neoklassischen Ökonomie steht das Zusammentreffen von (subjektiver) Nachfrage- und (objektiver) Angebotsfunktion (→ Marshall). Der Kern des heutigen ökonomischen „Mainstreams“ machen Paradigmen aus der Neoklassik aus und bestimmen maßgeblich Forschung und Bildung. Laut der Neoklassik soll Ökonomie die optimale Ressourcenallokation aufgrund von Knappheit gesellschaftlicher Ressourcen studieren und eine effiziente Lösung finden. Die Ökonomie wird allgemein als Tauschwirtschaft verstanden, in der Individuen aus wechselseitigen Nutzen Handel betreiben. Außerdem wird die Produktivität (BIP) gleich dem Wohlstand einer Nation gesetzt, der maximiert werden soll. Unterteilt wird die Neoklassik in Mikro- (Verhalten von Haushalten und Unternehmen) und Makroökonomik (aggregierte Größen, Interaktion von Märkten), sowie die Ökonometrie als Analyseinstrument. Weiterhin sind ethische Fragestellungen nach neoklassischen Verständnis nicht Gegenstand der grundlegenden ökonomischen Analyse, Wirtschaftswachstum ist die Zielvariable. Grundsätzlich versteht sich die Neoklassik heutzutage, beispielsweise in Lehrbüchern, als positive Wissenschaft, die die Fakten einer Wirtschaft beschreibt, Werturteile aber der normativen Ökonomik überlässt. In der Neoklassik gibt es, wie oben bereits erwähnt, verschiedene Definitionen, die sich auch über die Zeit wandeln. Somit ist es schwierig, eine klare Definition vorzunehmen. Jedoch sind gewisse Grundannahmen auszumachen, die hier kurz angerissen wurden. Weitere Teilbereiche sind die Verhaltensökonomik, Umwelt- und Ressourcenökonomik, sowie die neue Institutionenökonomik. Zentrale Begriffe sind Knappheit, methodologischer Individualismus, Effizienz, pareto-effizienter Zustand, volkswirtschaftliches Optimum, Angebot und Nachfrage und Gleichgewicht.

Interessant ist die Darstellung der Neoklassik in den Lehrbüchern als positive Wissenschaft einerseits und in der Forschung als Wissenschaft mit normativer Basis andererseits. Diese Basis besteht in dem Ziel der effizienten Allokation von gesellschaftlich knappen Gütern sowie darin, dass Menschen versuchen, ihren Nutzen zu maximieren. Abschließend kann die neoklassische Theorie als eigenständiges Paradigma beziehungsweise als eigene Sichtweise der Ökonomik verstanden werden.

4.2. Die Problematik der Trennung von Mikro- und Makroökonomik

von Maximilian Reuter

In der Volkswirtschaft werden zwei Ausrichtungen unterschieden: die Mikro- und Makroökonomik. Erstere untersucht das wirtschaftliche Verhalten einzelner Wirtschaftssubjekte, sowie das Zusammenspiel dieser wirtschaftlichen Einheiten auf den Märkten. Die makroökonomische Perspektive untersucht das Verhalten aggrigerter Einheiten. Diese Unterscheidung ist wichtig, da eine mikroökonomische Überlegung nicht ohne weiteres auf die Gesamtwirtschaft übertragbar ist. Dies wird am Beispiel „Sparen“ verständlicher: Aus der mikroökonomischen Sichtweise verzichten einzelne Haushalte auf Konsum zwecks Vermögensbildung. Dies soll zu mehr Einkommen in der Zukunft führen. Hier wird nicht weiter betrachtet, ob das Sparen der Haushalte Auswirkungen auf andere Wirtschaftssubjekte hat. In der keynesianischen Makroökonomik gilt, wenn die Haushalte sparen, führt dies zu einem größeren Sparvolumen, worauf geringerer Konsum folgt. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt und somit auch die Produktion. Investitionen werden daraufhin gesenkt und dies führt zu einer Minderung der gesamten Vermögensbildung.

Der Fokus der Neoklassik liegt auf der mikroökonomischen Ebene, also dem Betrachten des einzelnen Menschen und dessen Präferenzen bezogen auf den wirtschaftlichen Prozess. So wird beispielweise auf dem Arbeitsmarkt Arbeit nachgefragt, so lange die Grenzkosten geringer sind als die Grenzerlöse. Aus der Sicht der Haushalte wird allerdings so lange Arbeitsleistung angeboten, wie deren Grenzerlös größer ist als die Grenzkosten. Die nachgefragte und angebotene Arbeitsmenge ist abhängig vom Lohnsatz. Daher kommt die Forderung auf, bei einer hohen Arbeitslosigkeit die Reallöhne zu senken und somit die Beschäftigung wieder zu erhöhen. Keynes (1936) sah hingegen in seinem Werk „Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ eine Reallohnsenkung als negativ für die Realwirtschaft an. Stattdessen soll der Staat die Lücke des Sparens durch Investitionen schließen. Um diese Gegensätzlichkeit zwischen der Mikro- und Makroökonomik zu beheben, ist ein Blick in die Soziologie zum Makro-Mikro-Makromodell von Coleman interessant. Demnach resultieren soziale Phänomene aus individuellen Entscheidungen und Handlungen. Diese Handlungsmöglichkeiten sind immer in soziale Strukturen eingebettet. Das heißt, kollektive Phänomene ergeben sich aus individuellen Handlungsmöglichkeiten und stellen zugleich eine Rahmenbedingung dar.

4.3. Österreichische Schule

von Yavar Gulusoy

Die Österreichische Schule der Nationalökonomie ist eine heterodoxe Theorie. In den 70er Jahren des 18. Jahrhunderts löste sie unter anderem die marginalistische Revolution aus, die die Gestalt der modernen makroökonomischen Theorie stark veränderte. Die Theorie steht so im Gegensatz zu den Mainstream-Theorien des 20. Jahrhunderts von John Maynard Keynes und zum Monetarismus der Chicagoer Schule. Als Hauptkonzepte der Theorieschule können methodologischer Individualismus und Subjektivismus, Nützlichkeit und Grenznutzenlehre genannt werden. Die Österreichische Schule entwickelte das Konzept der Opportunitätskosten und leitete so die Definition der Zeitstruktur von Konsum und Produktion ab. Die Theorieschule ist der Ansicht, dass Theorien nicht eindeutig durch Geschichte oder Empirie falsifizierbar seien. Mit Hilfe ihrer Konzepte wollen ihre Vertreter*innen beweisen, dass die vollständige ökonomische Freiheit dauerhaft für politische und moralische Freiheit der Bürger sorgt. Die Theorieschule wurde von vier Generationen geprägt. Als ihr Gründer gilt Dr. Carl Menger (1871) mit seinem Werk „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“, in dem er die Theorie des Grenznutzens entwickelte. Außerdem ist er für die Lösung des Wertparadoxons bekannt. Er war an dem Methodenstreit der Nationalökonomie beteiligt und verteidigte das Konzept des methodologischen Individualismus. Die zweite Generation wurde vor allem durch Eugen von Böhm-Bawerk (1851-1914) und Friedrich von Wieser (1851-1926) geprägt. Ersterer entwickelte die Konzepte von Opportunitätskosten und Grenzkosten Mengers weiter und formulierte zwei wesentliche Postulate der Österreichischen Kapitaltheorie, woraus abgeleitet werden kann, dass sich der Zins aus dem Zusammenspiel von Kapitalgütern und Zeitpräferenz erkläre. Während es mehrere Vertreter der dritten Generation gibt, kann Ludwig von Mies (1881-1937) hier besonders hervorgehoben werden. In seiner „Theorie des Geldes und der Umlaufmittel“ (1912) erklärt er grundlegenden Konzepte der monetären VWL, wie etwa Konjunkturzyklen. Friedrich August von Hayek (1899-1992) war der bedeutendste Vertreter der vierten Generation. Für sein Buch „Preise und Produktion“ (1931) erhielt er den Nobelpreis. Er präzisierte einerseits die Idee Mengers, dass Methoden der Naturwissenschaften nicht auf die Sozialwissenschaften zu übertragen seien und arbeitete die österreichische Kritik am Sozialismus aus. Eine seiner wichtigsten Behauptungen war, dass die Ökonomie bei den Individuen anfangen sollte und daher konjunkturelle Eingriffe und Interventionen dem Markt nur schaden könnten.

4.4. Institutionenökonomik

von Verena Emme

Die im späten 19. Jahrhundert in den USA entstandene Theorieschule hat das Ziel, Wechselwirkungen zwischen der Wirtschaft und Institutionen in Abhängigkeit von Zeit und Raum zu verstehen und zu erklären. Institutionen werden dabei als vom Individuum unabhängige soziale Phänomene betrachtet und bilden den Ausgangspunkt der Analyse. Zu den Begründern der Institutionenökonomik gehören Thorstein Veblen, John Commons sowie Wesley Mitchell, deren Theorien in Bezug auf die Praxisnähe der Wissenschaft insbesondere durch die Deutsche Historische Schule beeinflusst wurden. Die Institutionenökonomik bzw. Original Institutional Economics gilt es von der später entstandenen Neuen Institutionenökonomik zu unterscheiden, die aufgrund ihrer Annahmen und Methoden grundsätzlich zur Mainstreamökonomik gezählt werden kann.

Aus Sicht der Institutionenökonom*innen sind es Institutionen, die das Verhalten von Individuen maßgeblich beeinflussen. Um ökonomische Phänomene verstehen und erklären zu können, ist es daher Aufgabe der Ökonomik, sich mit diesen auseinanderzusetzen. Zu den zentralen Themen der alten Institutionenökonomik gehören Herrschaft, Stabilität und Wandel, wobei nicht auf ein bestimmtes Ziel oder Gleichgewicht hingearbeitet, sondern vielmehr versucht wird, Veränderungsprozesse und Wandel nachzuvollziehen. Individuen, die ebenfalls in einem wechselseitigen Verhältnis zu Institutionen stehen, werden als soziale Wesen verstanden, deren Präferenzen von ihrem sozialen Kontext und direkten Interaktionen abhängig sind. Ziel der Institutionenökonom*innen ist es letztendlich, einen praktischen Nutzen in Form von Politikformulierungen aus ihren Erkenntnissen abzuleiten.

Die Methoden, mit denen geforscht wird, sind sowohl qualitativ als auch quantitativ und meist induktiv. Anhand von beispielsweise Fallstudien und Umfragen werden sogenannte Theorien mittlerer Reichweite formuliert oder Idealtypen zur Kategorisierung von institutionellen Arrangements und anderen Strukturen identifiziert. Das Ziel ist demnach nicht das Formulieren einer allgemeingültigen Theorie, sondern das Erkennen von Mustern für ein besseres Verständnis sozioökonomischer Zusammenhänge, um schließlich die Welt auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse gestalten zu können.

4.5. Keynesianismus

von Firat Sezer

Die Wirtschaftskrise 1929 und die darauffolgenden Jahre waren nicht nur durch wirtschaftspolitische Kehrtwenden geprägt, um das Geschehene in der Zukunft vermeiden zu können – auch wurden diese praktischen Entscheidungen von einer Revolution in der zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaft begleitet: Im englischen Cambridge arbeitete John Maynard Keynes an einer neuen Wirtschaftstheorie, die im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung einer Volkswirtschaft Ursachen von Krisen identifizieren und eine neue Rolle des Staates definieren sollte.

Dieser Paradigmenwechsel schlug sich schließlich im 1936 publizierten Hauptwerk „A General Theory of Employment, Interest and Money“ nieder. Im Gegensatz zur bis dato vorherrschenden klassischen Ökonomik entwickelte Keynes das Prinzip einer aggregierten gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und deutete auf eine Interdependenz von Finanzmärkten und Realwirtschaft hin. Bindeglied sei dahingehend der Zins, dem innerhalb dieses Theoriegebäudes eine für den Wirtschaftskreislauf essentielle Rolle zugeschrieben wird. In diesem Sinne ist es Aufgabe des Staates, durch aktive Geld- und Fiskalpolitik eine generelle Instabilität von Märkten zu bekämpfen – was der Annahme einer natürlichen Harmonie von Angebot und Nachfrage im klassischen wirtschaftstheoretischen Konsens widersprach. Die Forderung nach einem stärkeren Staat, oder auch die Äußerungen über eine negative Auswirkung zu ungleicher Einkommensverteilung auf den Konsum, stellten ein solides Gegengewicht zur klassischen Wirtschaftstheorie dar.

Im weiteren Verlauf der Theoriegeschichte musste es in diesem Diskurs demnach zu einer erneuten bedeutenden Wende kommen. Im Zeitgeist der Ost-West Konfrontation und andauernder konjunktureller Probleme in den USA und in Westeuropa wurde die Rolle eines regulierenden Staates überworfen und unter Anderem auf Basis der theoretischen Überlegungen Milton Friedmans eine neoliberale Wirtschaftspolitik eingeleitet. Grundlage dieser Theorie war die Ergänzung des wirtschaftswissenschaftlichen Fundus um eine zeitliche Dimension, etwa bezüglich der Effektivität wirtschaftspolitischer Maßnahmen oder von Konsumententscheidungen.

4.6. Feministische Ökonomik

von Thekla Molnar

Die ersten systematischen Ansätze feministischer Ökonomik lassen sich im 19. Jahrhundert verorten. Hauptthemen zu dieser Zeit waren die unterschiedlichen Entlohnungen von Frauen* und Männern*, die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes und die wirtschaftliche Bedeutung der (unbezahlten) Hausarbeit. Nach den Student*innenbewegungen der 1960er fiel feministische Ökonomiekritik oft mit marxistischer Kritik zusammen, insbesondere im Rahmen der sogenannten „Hausarbeitsdebatte“ – in dieser wurden Fragen nach dem Mehrwert von Hausarbeit diskutiert. Danach verlangsamte sich das Entwicklungstempo der feministischen Ökonomik. Erst in den frühen 1990er Jahren bildete sich ein eigenes Forschungsgebiet heraus.

Feministische Ökonomik fragt danach, wie die Ökonomie die Geschlechterverhältnisse beeinflusst und wie die Geschlechterverhältnisse die Ökonomie beeinflussen. Es werden Beziehungen zwischen *gender* und ökonomischen Machtverhältnissen untersucht. Außerdem wird danach gefragt, wie ökonomisches Wissen bzw. Wirtschaftswissenschaften konstruiert und legitimiert werden. Dabei kann nicht von einem einzigen, allgemeingültigen, sondern von einer Vielzahl Ansätze feministischer Ökonomik ausgegangen werden. In der Mainstreamökonomik werden Macht- und Herrschaftsverhältnisse, soziale Ungleichheiten, Werte und Normen, die Frage der Reproduktionsarbeit und viele andere Aspekte, die speziell oder verstärkt Frauen* betreffen, ausgeblendet. Ökonomische Theorien sind nicht geschlechtsneutral, sondern beruhen im Gegenteil auf androzentrischen Wert- und Weltvorstellungen. Reproduktionsarbeit nimmt seit jeher einen zentralen Stellenwert innerhalb feministischer Ökonomik ein. Bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit wird als lebenswichtig und grundlegend für alle Wirtschaftssysteme erachtet und sollte daher von Anfang an in jede ökonomische Analyse miteinbezogen werden. Als Maßstab erfolgreichen Wirtschaftens gilt allgemein das menschliche Wohlergehen. Es liegt daher auch nahe, dass normative Urteile nicht nur zulässig, sondern viel mehr wünschenswert sind. Meist werden Frauen* nicht als homogene Kategorie verstanden. Ihre Klassenzugehörigkeit und kulturelle Herkunft sowie andere Diskriminierungsfaktoren sollen in die ökonomische Forschung einbezogen werden, da sie für die sozioökonomische Situation einer Person ebenso entscheidend sein können, wie ihr Geschlecht.

4.7. Ökologische Ökonomik

von Yannik Beermann und Milan Jakob Reda

Die Ökologische Ökonomik entstand im Zuge der aufkommenden Diskussion über Umweltschutz in den 80er und 90er Jahren und stellt einen Gegenentwurf zur neoklassischen Umweltökonomik dar. Die Theorieschule versteht sich als lösungsorientiert, mit dem klaren normativen Ziel der Nachhaltigkeit. Die Ökonomie sei als Teilsystem in soziale und ökologische Sphären eingebettet, Interdisziplinarität wird angestrebt.

Bei den Grundannahmen zeigen sich Unterschiede zur Neoklassik. Das normative Ziel der Nachhaltigkeit führt dazu, dass von einer eingeschränkten Konsumentensouveränität ausgegangen wird. Die starke Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass Naturkapital nur in geringem Maße durch technisches Kapital ersetzt werden kann. Hieraus leitet sich der Diskurs über Wachstumsgrenzen und Degrowth ab. Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Ökologischen Ökonomik ist außerdem ihre Einstellung zur Unsicherheit. Es wird davon ausgegangen, dass das Wissen zu vielen Problemen begrenzt ist, weil alle Systeme interdependent sind. Da diese Quereffekte nur teilweise bekannt sind, braucht es ein Vorsichtsprinzip.

Der Bewertung von Umweltgütern steht die Ökologische Ökonomik nicht per se kritisch gegenüber, Nutzenmodelle werden dafür aber als unzureichend angesehen. Der individuelle Nutzen stelle nicht den ökologischen Nutzen dar. Mit Blick auf die Methoden zeigt sich allerdings, dass Nutzen-basierte Analysen bisher im hohen Maße stattfinden, ein Alternativvorschlag steht noch aus. Die Erweiterung neoklassischer Modelle um soziale Kriterien findet trotzdem, zum Beispiel durch die Analyse von Umweltsteuern auf ihre Regressivität, statt. Auch werden unter anderem mit der Multi-Level-Perspective qualitative Methoden mit starkem Fokus auf Interdisziplinarität genutzt. Mit dieser Methode wird es ermöglicht, Institutionen und das Zusammenwirken von Technologie, Politik und Ökonomie zu analysieren. Ein makroökonomischer Ansatz wird aktuell noch entwickelt.

4.8. Postkoloniale Perspektiven auf die Ökonomik

von Sabina Bals

Postkoloniale Perspektiven analysieren ökonomische Theorieschulen kritisch, indem sie Analysewerkzeuge der postkolonialen Theorie nutzen. Beispielhaft ist in der Ausarbeitung im Anhang die Analyse der neuen Institutionenökonomik von Zein-Eladin dargestellt, die die Bedeutung von Kultur und Hybridität in transkulturellen Wirtschaftssystemen untersucht.

Aufgrund ihrer Forderung, für unterschiedliche Kontexte immer mikrofundierte empirische Forschung anzuwenden, wird argumentiert, dass postkoloniale Perspektiven helfen, unterschiedliche Wirtschaftssysteme genau zu verstehen. Dabei sollen Abweichungen vom westlich-europäischen Optimum nicht als Störterm (constraint) aufgefasst werden, sondern aufgewertet und als gleichberechtigt, ergänzend anerkannt werden. Auch werden mithilfe von postkolonialen Perspektiven implizite Annahmen der Ökonomik aufgedeckt, auf ihre Dominanz überprüft und Forderungen, die Annahmen zu überprüfen und zu ergänzen, gestellt. Ein Beispiel hierfür ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das oft als Indikator genutzt wird, um wirtschaftliche Entwicklung darzustellen. Damit wird wirtschaftliches Wachstum aber oft mit Entwicklung gleichgestellt. Des Weiteren werden Aktivitäten aus dem informellen Sektor, wie zum Beispiel das Vergeben von Geschenken, nicht im BIP erfasst. Der informelle Sektor ist, wie Zein-Eladin zeigt, in verschiedenen afrikanischen Ländern größer, als in europäisch geprägten Ländern. So ist der wirtschaftliche Vergleich zwischen Ländern an europäischen Maßstäben gemessen und lässt dabei viele Aspekte außeracht. Hier müsste einerseits die Annahme überprüft werden, ob wirtschaftliches Wachstum mit Entwicklung gleichgestellt werden kann. Außerdem gälte es das BIP so umzugestalten, dass z.B. auch der informelle Sektor zureichend abgebildet ist. Der Ökonom Aßner deutet darauf hin, dass, in Bezug auf postkoloniale Kritik an der Ökonomik, „die gemeinsame, kritische Auseinandersetzung und Diskussion sowie die Entwicklung von Alternativen noch bevorsteht“ (Aßner, 2012: 231). Die erste Referenz zu postkolonialer Kritik an der Ökonomik kann bei Paulette Olson (1994) gefunden werden. Bis heute gibt es allerdings relativ wenig Forschung in diesem Feld.

4.9. Entwicklungsökonomik aus postkolonialer Perspektive

von Kristin Langen

Mit der formalen Unabhängigkeit ehemaliger Kolonien, kam in den 1950er Jahren die Entwicklungsforschung und als Teil dieser die Entwicklungsökonomik als neue Subdisziplin der Volkswirtschaftslehre auf. Vorherrschende Entwicklungskonzepte verstehen unter dem Begriff „Entwicklung“ einen linearen Prozess von einem Ausgangspunkt zu einem späteren Zustand. „Entwicklung“ folgt dieser Auffassung nach einem westlichen Muster, in dem Europa und die USA als Referenz dienen. Obwohl die modernisierungstheoretischen Zugänge der 1970er Jahre oftmals als überholt erklärt wurden, ist die eurozentristische, an Wirtschaftswachstum orientierte Entwicklungsperspektive bis heute vorherrschend. Entwicklungsökonomik betrachtet die ökonomischen Aspekte von „Entwicklung“ mit dem Ziel, die Unterschiede zwischen „entwickelten“ und sich „zu entwickelnden“ Staaten zu erklären. Dabei ist die Entwicklungsökonomik dem Sozialökonom Manuel Aßner zufolge keine kohärente ökonomische Theorieschule, sondern ein „Dach für die Diskussion von ‚Entwicklung‘ unter mikro- oder makroökonomischer Perspektive“ (Aßner, 2011: 225). An der neoklassischen Mikroökonomik orientierte Entwicklungsökonomik bezieht sich auf die Annahme eines nach Profit strebenden, rationalen Individuums. Entwicklungsökonomik aus neoklassischer makroökonomischer Perspektive basiert dagegen größtenteils auf nationalstaatlichen Daten wie beispielsweise denen des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Entwicklungsökonomik und postkoloniale Studien untersuchen zwar einen gemeinsamen Gegenstandsbereich (den globalen Süden sowie das Verhältnis zwischen Norden und Süden), trotzdem besteht ein Spannungsverhältnis zwischen den Forschungszweigen. Dabei wird in der Ausarbeitung im Anhang deutlich, dass Entwicklungsökonomik und postkoloniale Studien sich gegenseitig sehr gut bereichern könnten. Postkoloniale Autor*innen weisen darauf hin, dass Entwicklungsökonomik Begriffe wie „Entwicklung“ und das Ziel der „Modernisierung“ kritisch hinterfragen und verstärkt den Einfluss von Machtstrukturen im globalen Wirtschaftssystem berücksichtigen sollte. Gleichzeitig wird von den postkolonialen Studien gefordert, sich mit den materiellen Grundlagen der Subalternen auseinanderzusetzen. Aßner schlägt deshalb eine postkoloniale Entwicklungsökonomik vor, die mikrofundiert, ergebnisoffen, empirisch, reflektiert und interdisziplinär ist.

4.10. Islamic Finance

von Nadine El Hajj

Die islamische Ökonomik zeichnet sich dadurch aus, dass konventionelle Wirtschaftstheorien mit den Lehren der islamischen Weltanschauung verknüpft werden. Zu den zentralen Begriffen gehören Gerechtigkeit und Stabilität. Das Problem, welches die ökonomische Welt antreibt, ist in der islamischen Ökonomik die ungerechte Verteilung.

Es wird davon ausgegangen, dass Menschen nicht ausschließlich nutzenorientiert handeln und ihr Ziel die eigene Bedürfnisbefriedigung darstellt, sondern dass Ressourcen verantwortungsvoll und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen genutzt werden. Grundsätzlich wird das Handeln der Wirtschaftssubjekte von auf dem Koran basierenden ethischen und moralischen Werten wie Nächstenliebe, Gemeinschaft und Solidarität geleitet.

Insbesondere das islamische Finanz- und Bankensystem ist stark von religiösen Grundsätzen geprägt. Grundlage für das Finanzsystem bildet die Scharia, welche dafür sorgen soll, dass die ungerechte Ausschüttung von Gewinnen und Verlusten vermieden wird. Darüber hinaus verbietet die Scharia den Zins, Spekulationen und Glücksspiele. Zinslose Darlehen werden nur vergeben, wenn das geliehene Geld in soziale Projekte investiert wird. Für andere Zwecke, die den eigenen Konsum betreffen, wie beispielsweise den Kauf von Grundstücken oder Fahrzeugen, gibt es in der Islamic Finance eigene spezifische Finanzierungsinstrumente. Grundsätzlich steht nicht die Gewinnmaximierung, sondern soziale Gerechtigkeit und Stabilität im Vordergrund, weshalb das islamische Wirtschaftssystem auch Parallelen zu nicht-muslimischen Ansätzen aufweist.

5. Zwischenfazit

Im vorigen Kapitel sollte die Themenvielfalt des Seminars „Orthodoxe und heterodoxe ökonomische Theorien“ verdeutlicht und ein Eindruck von möglichen Themen über den bestehenden Lehrplan hinaus vermittelt werden.

Bei der Betrachtung der verschiedenen heterodoxen Theorieschulen als historische oder entstehende Alternativen zur Mainstreamökonomik (zum Begriff siehe Kapitel 2) ergeben sich für jede Perspektive sowohl Stärken als auch Schwächen. Die neoklassische Theorie als herrschende Wirtschaftsschule bietet grundsätzlich ein in sich geschlossenes Theoriegebäude und eine Grundlage zur Annäherung an ökonomische Phänomene. Im Hinblick auf die Erklärung und Lösung komplexer realer Probleme stößt jedoch auch sie an ihre Grenzen und die Anwendung einer eingeschränkten Perspektive stellt sich als nicht allgemeingültig und zu einseitig heraus (vgl. Rogall, 2006: 67). An dieser Stelle sollen die dargestellten alternativen Theorieschulen die Neoklassik ergänzen und ihre Ansätze vervollständigen.

Das Einbeziehen verschiedener Perspektiven in die Lehre soll daher dazu dienen, die Vielfalt ökonomischer Theorien mit ihren Annahmen und Analysefokusen kennen zu lernen, um diese miteinander zu vergleichen, zu reflektieren und zu kritisieren. Es geht in diesem Zusammenhang also nicht darum, eine „bessere“ Theorie zu finden und die Neoklassik vollständig zu verwerfen. Vielmehr ist das Ziel, die Lehre um alternative heterodoxe Theorieschulen neben der Mainstreamökonomik zu ergänzen und zu bereichern. Dadurch sollen Offenheit und Kritikfähigkeit im VWL-Studium, sowie, über die akademische Disziplin hinaus, in Expertisen und wirtschaftspolitischen Empfehlungen von Ökonom*innen gefördert werden.

Im Folgenden sollen im Seminar erarbeitete Vorschläge für einen alternativen Lehrplan des VWL Studiums an der Universität Lüneburg vorgestellt werden.

6. Alternative Lehrplanvorschläge

Auf Basis der im Seminar diskutierten Themen wurden am Ende des Semesters von den Studierenden positive Aspekte des VWL Studiums hervorgehoben und Wünsche an die volkswirtschaftliche Lehre in Lüneburg formuliert. Im Folgenden sind die Positionen stichpunktartig genannt, denen ein großer Teil der Studierenden zugestimmt hat.

FOLGENDE ASPEKTE WERDEN IM VWL STUDIUM ALS POSITIV BEWERTET:

- *Gute quantitative Methoden:* Das VWL Studium in Lüneburg ermöglicht eine umfassende Aneignung quantitativer Methoden.
- *Nachvollziehbare Struktur:* Die Struktur des VWL Studiums in Lüneburg ist nachvollziehbar und die Module bauen aufeinander auf.
- *Internationale Anschlussfähigkeit:* Das Studium ist international anschlussfähig.
- *Kleine Veranstaltungsformate:* Die kleinen Vorlesungsformate ermöglichen direkte Diskussion, vorausgesetzt die Studierenden bringen den Mut zur Beteiligung auf und die Lehrende öffnen den Raum zum Gespräch.
- *Anreiz zur ökonomischen Auseinandersetzung:* Das VWL Studium in Lüneburg gibt den Anreiz, sich mit grundlegenden ökonomischen Zusammenhängen auseinanderzusetzen.
- *Modul zu heterodoxen Theorien:* Das im letzten Semester (SoSe 2017) erstmals angebotene Modul „Orthodoxe und heterodoxe ökonomische Theorien“ bietet einen guten Rahmen zur Auseinandersetzung mit anderen Theorieschulen, sowie einer Reflexion der gelehrten Inhalte.

FOLGENDE WÜNSCHE WURDEN AN DAS VWL STUDIUM FORMULIERT:

1. Bezuglich jetzt existierender Module

- *Einordnung der verwendeten Begriffe:* Es kam der Wunsch auf, dass in den Vorlesungen verwendete Begriffe stärker definiert werden und der Raum gegeben werden sollte, sich kritisch mit diesen auseinanderzusetzen. Beispielhaft zu nennen sind hier grundlegende Bezeichnungen wie Kapital, Wohlstand, Effizienz oder Nutzen.
- *Inhaltliche Zusammenhänge:* Der Fokus der Vorlesungen sollte neben formellen verstärkt auf inhaltlichen Zusammenhängen liegen.

- *Empirische Studien*: Es wäre wünschenswert, wenn die in der Lehre vorgestellten Modelle mit mehr empirischen Studien unterlegt werden.
- *Historischer Kontext der Modelle*: Der historische Kontext, in dem ökonomische Modelle entstanden und weiterentwickelt wurden, sollte Teil der Vorlesungen sein. Es wäre wünschenswert, wenn der geschichtliche Rahmen dabei nicht nur erwähnt, sondern als relevanter Bestandteil der Vorlesung behandelt wird.

2. Bezuglich zusätzlicher Module

- *Modul für Wirtschaftsgeschichte*: Ein Modul für Wirtschaftsgeschichte würde das Einordnen ökonomischer Zusammenhänge erleichtern.
- *Modul zu verschiedenen Theorieschulen*: Mindestens ein Modul zu verschiedenen ökonomischen Theorieschulen sollte etabliert und ausgebaut werden.
- *Qualitative Methoden*: Es besteht der Wunsch nach dem Angebot von qualitativen Methoden im Rahmen der volkswirtschaftlichen Forschungsvorbereitung.

3. Bezuglich des Lehrpersonals

- *Diverses Lehrpersonal*: Die Studierenden wünschen sich ein diverseres Lehrpersonal. Dabei empfinden alle Mitglieder von MÖVE eine weibliche Professur als wichtig und einen verstärkt heterodoxen Hintergrund der Lehrenden als wünschenswert. Dies wurde in der Seminargruppe kontrovers diskutiert.

4. Darüber hinaus

- *Interdisziplinarität*: Der Wunsch nach einer verstärkten Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen (wie beispielsweise der Politikwissenschaft) und eine stärkere Interdisziplinarität ist auf viel Zustimmung bei den Studierenden gestoßen.
- *Reflexion der Lehre*: Die im VWL Studium gelehrteten Inhalte sollten stärker reflektiert werden. Dabei könnten folgende Fragen eine Rolle spielen: Was ist das Ziel eines guten VWL Studiums? Welche Inhalte sollten Teil davon sein und warum? Welche Lehrbücher werden warum verwendet? Wie kann es ermöglicht werden, verschiedene ökonomische Perspektiven aufzuzeigen?

Im Rahmen des Seminars „Orthodoxe und heterodoxe ökonomische Theorien“ konnten nur diese sehr allgemeinen Aspekte formuliert werden. Die Berliner Gruppe „Was ist Ökonomie?“ des Netzwerks Plurale Ökonomik hat im Sommer 2014 einen alternativen Lehrplanvorschlag mit konkreter Modulgestaltung ausgearbeitet. Es wäre spannend, sich über diesen differenziert auszutauschen und ihn dann gegebenenfalls auf die Lüneburger Voraussetzungen anzupassen. Eventuell könnte dies Fokus eines aufbauenden Seminars im nächsten Semester sein.

Der Berliner Vorschlag ist unter dem folgenden Link zu finden:

<https://wasistoekonomie.de/alternative-vwl-module/>

7. Ausblick

Wir hoffen, euch und Ihnen hat der Reader gefallen, zum Nachdenken angeregt und er kann als wertvolle Diskussionsgrundlage dienen. Wir bedanken uns an dieser Stelle noch einmal herzlich bei Prof. Dr. Thomas Huth für die Durchführung und dem VWL Institut für das Zustandekommen des pluralen Lehrforschungsprojekts mit dem Titel „Orthodoxe und heterodoxe ökonomische Theorien“ im Sommersemester 2017. Außerdem möchten wir betonen, dass dieser Reader nicht ohne die intensive und zuverlässige Mitarbeit vieler interessierter Studentierender zustande gekommen wäre, die sich am Ende der Vorlesungszeit und darüber hinaus hierfür Zeit genommen bzw. ihren für das Seminar erarbeiteten Text zur Verfügung gestellt haben. Vielen Dank dafür!

Im Zuge der ersten Version dieses Readers kam ein Austauschgespräch zwischen dem Seminar, Mitgliedern von MÖVE und Mitgliedern des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Leuphana Universität zustande. In der letzten Woche des Sommersemesters 2017 haben sich die genannten Vertreter*innen zu einer Diskussionsrunde getroffen, um in erster Linie über die alternativen Lehrplanvorschläge aus Kapitel 6 zu diskutieren. Das Gespräch wurde als konstruktiv empfunden und es wurde betont, dass ein weiterer Austausch gewünscht ist. Dieser Reader soll den Abschluss des Seminars markieren, aber natürlich kein Abschluss der Gespräche und des pluralen Weiterdenkens sein. Vielmehr können der Reader und die im Gespräch erzielten Ergebnisse als ein erster großer Schritt in Richtung einer pluraleren Lehre gesehen werden. Wie bereits beschrieben, haben wir großes Interesse daran, die vage gehaltenen Lehrplanwünsche differenzierter auszuformulieren und in konkrete Modulvorschläge münden zu lassen.

Wir hoffen, dass der in diesem Seminar geöffnete Raum zur Reflexion der volkswirtschaftlichen Lehre in den nächsten Semestern etabliert und ausgebaut wird.

Vielen Dank für das aufmerksame Lesen

Das Seminar „Orthodoxe und heterodoxe ökonomische Theorien“
in Zusammenarbeit mit der studentischen Initiative MÖVE

Islamic Finance

Ökologische Ökonomik

Feministische Ökonomik

Österreichische Schule

Postkoloniale Perspektiven auf Ökonomik

Keynesianismus

Institutionenökonomik

Neoklassik

8. Anhang: Inhaltliche Ausarbeitungen

Im Folgenden finden sich ausführliche Ausarbeitungen zu den vorgestellten Themen. Für den Inhalt der Texte sowie den wissenschaftlichen Standard sind die unter der jeweiligen Überschrift angegebenen Personen eigenverantwortlich. Die Initiative MÖVE hat lediglich die Zusammenstellung und Formatierung des Readers übernommen.

8.1. Von der klassischen Nationalökonomie zur Neoklassik

- eine historische Einführung

von Henri Schneider

In diesem Text soll es um den Zusammenhang und die Entstehung der Klassischen Nationalökonomie und der Neoklassik gehen.

Der Startpunkt der Analyse ist das Jahr 1776, das Erscheinungsdatum von Adam Smith's Hauptwerk „Der Wohlstand der Nationen“. Die daraus entstehende „klassische Nationalökonomie“ war etwa bis 1870 vorherrschendes Paradigma und emanzipierte die Ökonomik als eigenständige Wissenschaft. Etwa 1870 wird diese durch die Neoklassik abgelöst. Zur historischen Einordnung der klassischen Nationalökonomie werden einleitend der Merkantilismus und die Physiokratie betrachtet. Dies ist zum späteren Verständnis der weiteren Ausführungen notwendig.

Der Merkantilismus beschreibt das vorherrschende Wirtschaftssystem des 16. bis 18. Jahrhunderts. Dieses System beschreibt eine stark durch staatlichen Interventionismus geprägte Wirtschaftspolitik in der es primär darum ging, den Wohlstand der herrschenden Klasse zu mehren. Dieses wurde dadurch erreicht, dass die Inlandsproduktion gefördert wurde um maximale Exportüberschüsse zu erzielen. Gleichzeitig wurde versucht, die Importe so gering wie möglich zu halten. Weiterhin war im Merkantilismus ein hohes Bevölkerungswachstum angestrebt um das Arbeitskräftepotenzial hoch und damit die Löhne niedrig zu halten. Generell können einzelne Theoriestränge bei den merkantilistischen Wirtschaftsdenkern (Denkerinnen gab es in diesem Feld nicht, zumindest keine bekannten) in der Klassik wiedergefunden werden (vgl. Pribram, 1998: 119-175). Die Physiokratie entwickelte sich im 18. Jahrhundert in Frankreich als direkte Reaktion auf den Niedergang der französischen Landwirtschaft durch die merkantilistische Wirtschaftspolitik. Das Grundkonzept des Physiokratismus rückt die Produktivität der Natur in den Vordergrund und besagt, dass nur Grund und Boden Ursprung des Reichtums einer Nation sind und die Wertschöpfung erst daraus folgt. Die Wirtschaft wird hier, zurückgehend auf Francois Quesnay, als Kreislauf oder auch „Tableau Économique“ beschrieben. Im Physiokratismus sind die ersten Anzeichen einer Liberalisierung des Wirtschaftsprozesses zu beobachten (vgl. Pribram, 1998: 194-226).

Nach der einleitenden Betrachtung der beiden vorangegangenen Wirtschaftsformen, wird nun die Klassik, anhand von fünf maßgeblichen Denkern, erörtert. Adam Smith war ein schottischer Moralphilosoph und Aufklärer. Er veröffentlichte sein, bereits erwähntes, Hauptwerk „Wealth of Nations“ 1776. Es ist eigentlich eine Veröffentlichung aus dem Bereich der Regierungs- und Verwaltungslehre mit dem Ziel den Volkswohlstand und der Prämisse des Utilitarismus zu mehren. In diesem Werk bündelte Smith das Wissen des Merkantilismus, welcher als unwissenschaftlich galt und stellte dieses unter das Licht des Freiheits- und Aufklärungsgedankens. Diese Bündelung des Wissens und die Ergebnisse die darauffolgten ergaben die Geburtsstunde der klassischen Nationalökonomie, kurz Klassik, welcher sich hier nun zugewendet werden soll. In seinem Werk stützt Smith sich auf historische Fakten und begründet mit diesen die Forderung nach einer wirtschaftlichen Liberalisierung um den ökonomischen Fortschritt langfristig zu sichern (vgl. Pribram, 1998: 235-267). Der oben angedeutete Utilitarismus geht auf Jeremy Bentham zurück, der zwei entscheidende Motive des menschlichen Handelns ausmachte. Einerseits die Vermeidung von Leid und auf der anderen Seite Freude, beziehungsweise das Objekt welches Freude bereitet. Dieses Verhalten wird als psychologischer Hedonismus zusammengefasst oder auch als „Maximum-Happiness-Principle“ (vgl. Pribram, 1998: 267-280). Kernelemente von Smiths Wirtschaftstheorie sind Arbeitsteilung, das Werteparadoxon, Freiheit, sowie Märkte. Allerdings geht Smith, wie die Merkantilisten, davon aus, dass die zur Produktion eines Gutes verwendete Arbeit, als wahres Tauschwertmaß gilt. Allerdings widerspricht er sich teilweise.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Quelle des Wohlstands Aller für Smith aus der Arbeitsteilung in einem funktionierenden Markt resultiert. Weiterhin spricht er sich für eine umfassende Liberalisierung des Handels und der ökonomischen Betätigung aus, sowie für die Auflösung monopolistischer Handelsgesellschaften. Smith prägt mit seinen Gedanken bis etwa 1870 und auch darüber hinaus maßgeblich den ökonomischen Diskurs und die Forschung, bis die marginalistische Revolution die Neoklassik einläutet. Die historischen Umstände zu dieser Zeit sind durch weitgehende politische Freiheit der britischen Mittelklasse, sowie ab 1784 durch das Zeitalter der Massenproduktion und des Status des britischen Empires als internationales Rückgrat des Welthandels determiniert. Anschließend an Smith wird nun der nächste wichtige Denker der klassischen Nationalökonomie betrachtet.

David Ricardo war ein englischer Börsenmakler der sein Hauptwerk „On the Principles of Political Economy and taxation“ 1817 veröffentlichte. Analog zu Smith sieht Ricardo den Tauschwert eines Gutes in der im Produktionsprozess verausgabten Arbeit. Bei Ricardo steht Außenhandel und seine damit verknüpfte Außenhandelstheorie im Fokus. Elementarer Bestandteil seiner Arbeiten ist das Verständnis von ökonomischen Beziehung zwischen Ländern. Ricardos Theorie des komparativen Kostenvorteils geht aus der Theorie des absoluten Kostenvorteils von Smith hervor. Nach Smith kommt ein sich lohnender Handel nur zustande, wenn die beiden Akteure ein Gut kosteneffizienter produzieren können, als der Andere. Ricardo baut diese Theorie aus und zeigt, dass auch wenn ein Akteur in allen Punkten einen absoluten Kostennachteil hat, sich der Handel trotzdem lohnt (vgl. Pribram, 1998: 280-364).

Als nächstes wird der englische anglikanische Pfarrer und Geschichtsprofessor Thomas Robert Malthus betrachtet, der seine beiden Hauptwerke „Essay on the Principle of Population“ 1798 und „Principles of Political Economy“ 1820 veröffentlichte. Malthus war darüber hinaus der erste Inhaber eines Lehrstuhls für politische Ökonomie. Zentraler Punkt seiner Theorie ist die Überbevölkerung in sich entwickelnden Ökonomien und Gesellschaften. Daraus leitet sich die nach ihm benannte malthusianische Katastrophe ab. Diese Bevölkerungstheorie besagt, dass die Bevölkerung exponentiell wächst während die Nahrungsmittelproduktion linear wächst. In den ersten Auflagen findet sich folgendes Zitat von Malthus, welches aus späteren Auflagen gestrichen wurde:

„Ein Mensch, sagte er, der in einer schon okkupierten Welt geboren wird, wenn seine Familie nicht die Mittel hat, ihn zu ernähren oder wenn die Gesellschaft seine Arbeit nicht nötig hat, dieser Mensch hat nicht das mindeste Recht, irgendeinen Teil von Nahrung zu verlangen und er ist wirklich zu viel auf der Erde. Bei dem großen Gastmahl der Natur ist durchaus kein Gedeck für ihn gelegt. Die Natur gebietet es ihm abzutreten, und sie säumt nicht, selbst diesen Befehl zur Ausführung zu bringen.“
(Blanqui, 1971: 105f)

Trotz dieser sehr drastischen Aussage wird sich bis heute auf Malthus bezogen, wenn es um Prognosen zu technischem Fortschritt und Bevölkerungswachstum geht. Allerdings wurde Malthus schon zeitgenössisch durch Ricardo kritisiert, der sagte, dass Malthus

Ausführungen für die Reichen eine Rechtfertigung seien, die Missgeschicke der Armen zu ertragen (vgl. Kurz, 2008: 89-104).

Jean-Baptiste Say war ein französischer Kaufmann, der sein Hauptwerk „*Traité d'économie politique*“ 1803 veröffentlichte. Says bedeutendste Leistung ist wohl die Übertragung der Smithschen Theorien nach Frankreich. Say ist Anhänger der malthusianischen Bevölkerungskatastrophe, da Kapital, Arbeit und Boden die maßgeblichen Produktionsfaktoren sind und Boden begrenzt ist. Außerdem war Say Vordenker der Angebotstheorie, die besagt, dass sich jede Produktion ihr Angebot schafft. Dies ist auch bekannt als Saysches Theorem, in dem gilt: Produktion = Einkommen = Nachfrage, allerdings ist hier nicht abschließend geklärt ob Say oder James Mill der Urheber ist (vgl. Weitz, 2008: 27-35).

Als letzter der fünf klassischen Denker wir nun John Stuart Mill vorgestellt. Mill war ein britischer Philosoph sowie Ökonom und veröffentlichte sein Hauptwerk „*The Principles of Political Economy: with some of their applications to social philosophy*“ im Jahr 1848. Mill fasst die Erkenntnisse von Smith, Ricardo und Malthus systematisch zusammen. Er ist ebenfalls Anhänger der malthusianischen Bevölkerungsfalle und des Utilitarismus, entwickelt diesen aber weiter. Er ergänzt dem Konzept des Utilitarismus um die Komponente der geistigen Befriedigung und stellt diese sogar über die physische. Die genaue Abwägung bleibt allerdings unklar. Wie seine Vorgänger in dieser Aufzählung ist Mill ein überzeugter Liberaler, der Freiheit, besonders der Meinungsfreiheit, eine entscheidende Bedeutung zuspricht. Diese sei essentiell um die Wahrheit zu erkennen und das individuelle Glück zu vergrößern. Weiterhin hat Mill, für seine Zeit, stark feministische Ansichten vertreten (bedingt durch seine Frau Harriet Taylor), da er davon überzeugt war, dass nur eine vollkommen egalitäre Gesellschaft zum Nutzen aller beitragen kann. Ein weiteres Konzept ist seine Wachstumstheorie. Diese besagt, dass Wachstum nur bis zu einem bestimmten Ziel stattfinden soll. Das Ziel ist, wenn Wohlstand für alle erreicht ist. Ist dieser Punkt erreicht, soll in eine Phase des stationären Zustands übergegangen werden, in dem nach wie vor Erwerbstätigkeit stattfinden kann, allerdings mit dem Unterschied, dass technischer Fortschritt nicht mehr der Vermehrung von Vermögen dienen soll, sondern der Verkürzung der Arbeitszeit (vgl. Aßländler und Nutzinger, 2008: 176-195).

Zusammenfassend steht bei der klassischen Nationalökonomie die Emanzipation als eigene Wissenschaft im Vordergrund. Es wird festgestellt, dass die Wirtschaft Gesetze aufweist die studiert und anschließend verbessert werden können. Es wird von einer Klassengesellschaft von Arbeiter*innen, Eigentümer*innen von Grund und Boden, sowie Kapitalbesitzenden ausgegangen. Weiterhin wird von interdependenten Märkten ausgegangen und einer grundlegend anderen Sicht des staatlichen Souveräns im Gegensatz zum Merkantilismus, sowie eine Betonung des Freiheitsgedankens.

In den vorangegangenen Abschnitten kam immer wieder die Sprache auf das Werteparadoxon. Dies soll hier nun näher untersucht und mit Hilfe dessen, der Übergang zur Neoklassik und die marginalistische Revolution, beschrieben werden. Bezogen wird sich hier auf das Werteparadoxon von John Law, der schottischer Bankier war und sein Hauptwerk „Money and trade considered: with a proposal for supplying the nation with money“ bereits 1705 veröffentlichte. In diesem schreibt er:

„Wasser besitzt großen Nutzen, aber geringen Wert, die Menge des vorhandenen Wassers ist nämlich viel größer als die Nachfrage danach. Diamanten haben einen geringen Nutzen, aber einen großen Wert, da die Nachfrage nach Diamanten größer als ihre angebotene Menge ist.“ (Law, 1705: 4)

und legt damit die Grundlage für das Werteparadoxon. Anschließend spaltet Smith den Wertbegriff in einen Tausch- und einen Gebrauchswert auf. Hier kommt auch die Arbeit ins Spiel, die als den Tauschwert bestimmender Faktor angesehen wird. Auch Ricardo kommt zu einem vergleichbaren Schluss und gibt damit dieselbe Wertedefinition wie im Merkantilismus, dass Arbeit ein einheitlicher Wert ist, der allem produzierten zugrunde liegt. Genau an diesem Punkt setzt die marginalistische Revolution an, die im folgenden Abschnitt erläutert werden soll und den Wert eines Gutes über den Markt definiert (vgl. Kurz, 2013: 51).

Abschließend werden hier nochmal die zentralen Konzepte und Theorien der klassischen Nationalökonomie zusammengefasst. Die Klassik zeichnet sich durch den Bruch zum Merkantilismus aus, der vorher über zwei Jahrhunderte die Wirtschaftstheorie Zentraleuropas beherrschte. Im Zuge dessen wurde das Individuum und dessen

wirtschaftlicher Eigennutz in den Fokus der Betrachtung gerückt, sowie die Auswirkung dessen auf das Gemeinwohl.

Zentral ist hier auch Smith's Aussage, dass der auf persönlichen Vorteil bedachte Mensch mit seinen wirtschaftlichen Handlungen dem Allgemeinwohl dient. Egoismus wird als Triebkraft des ökonomischen Handelns betrachtet. Es wird das Konzept der unsichtbaren Hand als ordnende und regulierende Kraft eingeführt als Kontrast zur stark staatlich-interventionistischen Wirtschaftspolitik des Merkantilismus. Die wichtigsten Konzepte in der Klassik sind unter anderem das Eigeninteresse, die Gleichgewichtsthese, Bevölkerungswachstum, Außenhandel, Utilitarismus sowie die Arbeitswerttheorie. Begleitet wurden diese Konzepte mit den Forderungen nach Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung, sowie gesellschaftlicher Liberalisierung (vgl. Kurz, 2008: 68-88).

Die sogenannte marginalistische Revolution läutet die Zeit der Neoklassik ein, mit der zentralen Theorie des abnehmenden Grenznutzens. Der Begründer dieser Theorie war der preußische Regierungsmitarbeiter Hermann Heinrich Gossen, der sein Hauptwerk „Entwickelung der Gesetze des menschlichen Verkehrs, und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln“ 1854 veröffentlichte. Gossens Ziel war es, die utilitaristischen Konzepte zu überarbeiten, um die Grundsätze rationalen Handelns mit mathematischen Modellen darzulegen. Die Ergebnisse, auch Gossens Gesetze genannt, nahm er allerdings nach kurzer Zeit wieder vom Markt, da Gossens hedonistische Ansätze, sowie seine mechanistische Konzeption des Geistes der öffentlichen Meinung in Deutschland sehr zuwider war. Eigentlich war es nicht Gossens erklärt Ziel, daraus eine neue Wirtschaftstheorie zu entwickeln, besonders im Hinblick auf die verwendete Mathematik, die die zeitgenössische Ökonomie als Methode nur bedingt verwendete, wenn nicht sogar ignorierte. Von Gossens Werk sind in erster Linie zwei Gesetzmäßigkeiten entscheidend, die er entwickelt hat. Zuerst ist das Gossensche Sättigungsgesetz zu nennen, welches besagt, dass die Intensität von Bedürfnissen rasch abnimmt, wenn diese sukzessive Erfüllung finden. Daraus entwickelte sich anschließend der abnehmende Grenznutzen. Die zweite Gesetzmäßigkeit, die Gossen entwickelte, war das Genussausgleichsgesetz, welches besagt, dass für die größtmögliche Erzielung von Genüssen, zu einem gegebenen Zeitpunkt, nur ein bestimmter Bruchteil jedes Bedürfnisses befriedigt werden muss, um den maximalen Nutzen zu erreichen. In der Konsequenz daraus ist es möglich alle Güter in unendlich kleine Bestandteile aufteilen zu können. Daraus entstand die neoklassische Indifferenzkurve. Erst 15 bis 20 Jahre nach Gossens Tod 1858 greifen William Stanley

Jevons, Léon Walras sowie Carl Menger Gossens Ideen unabhängig voneinander wieder auf und entwickeln sie weiter. Dies wird als der Beginn der Neoklassik betrachtet (vgl. Pribram, 1998: 521-546).

Im Folgenden wird nun auf die drei bereits genannten Vertreter der Neoklassik aus der ersten Stunde eingegangen. William Stanley Jevons war ein englischer Ökonom, der 1871 sein Hauptwerk „Theory of political economy“ herausgab. Jevons war wie viele andere ebenfalls Anhänger des Utilitarismus und passt Gossens Ideen auf Ricardos wirtschaftstheoretischen Rahmen an. Wie Gossen bedient sich auch Jevons mathematischer Modelle um seine Theorien darzulegen (vgl. Pribram, 1998: 531-535). Léon Walras war ein Franzose, der ebenfalls Ökonom war und sein Hauptwerk „Théorie mathématique de la richesse sociale“ 1883 veröffentlichte. Walras integriert den Grenznutzen in ein System imaginärer und interdependent Größen um Wechselwirkungen der Größen einer Gleichgewichtsanalyse zu unterziehen (vgl. Pribram, 1998: 535-541). Carl Menger war Österreichischer Ökonom und veröffentlichte mehrere Hauptwerke, unter anderem 1883 die „Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere“. Menger geht im Gegensatz zu seinen beiden Vorgängern weder nach utilitaristischen Prinzipien noch mit Hilfe mathematischer Modelle vor, sondern nutzt die psychologische Introspektion, die sich in erster Linie auf Beobachtungen und Erfahrungen stützt um seine Theorien zu bilden. Carl Menger gilt als der Begründer der Österreichischen Schule auf die in einer anderen Sitzung vertiefend eingegangen wird (vgl. Pribram, 1998: 541-546). Durch die marginalistische Revolution wird unter der Mitwirkung der eben vorgestellten Denker das Werteproblem gelöst, denn der Wert eines Gutes bestimmt sich erst auf Märkten. Dieser subjektive Wert, ergibt sich durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage und nicht, wie unter anderem Ricardo und Smith angenommen hatten, durch die zur Produktion verwendete Arbeit. Als letzter Denker soll nun Alfred Marshall vorgestellt werden, der englischer Ökonom war und sein Hauptwerk „Principles of Economics“ 1890 herausbrachte. In diesem überarbeitete er Ricardos Lehre und passte sie grundlegend seiner Zeit an. Er entwickelt das Scherentheorem (marshallianische Kreuz), also das Zusammentreffen von Angebots- und Nachfragekurve in einem Preis-Mengendiagramm. Daraus leitet sich seine Theorie des partiellen Gleichgewichts ab (vgl. Pribram, 1998: 564-572).

Nach diesem historischen Überblick soll nun gezeigt, beziehungsweise wiedergegeben

werden, welches, zumindest in der Lehre, die zentralen Konzepte und Theorien sind, die das heute vorherrschende Paradigma die Neoklassik charakterisiert. Hierbei wird sich stark am Text zur Neoklassik der Website Exploring Economics von Lara Boerger und das Exploring-Economics-Team orientiert.

Zu Anfang lässt sich feststellen, dass die Neoklassik kein einheitlich zu definierender Begriff ist. Jedoch lassen sich einige Kernkonzepte herausstellen die als Basis fungieren. Die Neoklassik beschreibt die Synthese von subjektiver Nachfrage- und objektiver Angebotsfunktion. Die subjektive Nachfragefunktion ist von den subjektiven Bedürfnissen der zu untersuchenden Individuen abhängig. Die objektive Angebotskurve, beschreibt das Angebot, welches unter anderem vom aktuellen Stand der Technologie abhängt, da dies die produzierte Menge beeinflusst. Laut der neoklassischen Theorie entstehen Angebots- und Nachfragefunktion vollkommen unabhängig voneinander (vgl. Boerger et al., 2016). Das Grundproblem mit dem sich die Neoklassik beschäftigt ist die möglichst effiziente Verteilung gesellschaftlich knapper Ressourcen, um den individuellen Nutzen und damit einhergehend die Wohlfahrt eines Landes zu maximieren. Unter knappen Ressourcen werden in der Neoklassik nicht endliche Ressourcen verstanden, sondern Knappheit bezieht sich auf subjektive Bedürfnisse. Ob etwas knapp ist oder nicht, ist davon abhängig, ob Menschen die Güter haben möchten oder nicht. Endlichkeit ist absolut und unabhängig von menschlichen Bedürfnissen. Den Aspekt der Endlichkeit hat auch die Mainstreamökonomie mal mehr berücksichtigt: Malthus (Lebensmittelknappheit- und Endlichkeit) zum Beispiel. Die Perspektive der Neoklassik ist die Perspektive des Individuums und ein Individuum kann nur Knappheit erleben. Endlichkeit wird nur in dem Moment sichtbar, in dem aus einer Systemperspektive auf die Ökonomie geblickt wird (vgl. Boerger et al., 2016). Die wenigsten Mainstreamökonom*innen ordnen sich selbst der Neoklassik zu, allerdings bildet die neoklassische Theorie den paradigmatischen Kern des heutigen Mainstreams. Generell unterliegt die Neoklassik einem stetigen Wandel und nimmt viel Kritik in sich auf. Einerseits die „Entrationalisierung“ in der Verhaltensökonomie, sowie das Berücksichtigen von Institutionen durch die Neue Institutionen Ökonomik und die Integration von Umweltschäden durch die Umweltökonomik.

Ökonomie wird in der Neoklassik als Tauschwirtschaft verstanden, „in welcher rationale Akteure mit exogen gesetzten Ausstattungen auf Märkten interagieren und auf Grund von wechselseitigem Nutzen Handel betreiben“ (Boerger et al., 2016). Die neoklassische Theorie geht bei ihrer Konzeption der Wirtschaft von Individuen aus, die vor abzuwägenden

Alternativen stehen und mit ihren Entscheidungen den eigenen Nutzen maximieren wollen. Sie folgen darin dem Rationalprinzip (auch „ökonomisches Prinzip“), nach welchem für einen gegebenen Input der Output maximiert oder für einen gegebenen Output der Input minimiert werden soll. Um als Wirtschaftssubjekt zu einem optimalen Ergebnis zu gelangen, wird eine Abwägung von Kosten und Nutzen als Entscheidungsgrundlage herangezogen, wobei marginale Größen im Sinne der Grenznutzenschule als wesentliche Faktoren betrachtet werden. So gibt der Grenznutzen auf der einen Seite den marginalen Nutzenzuwachs einer zusätzlichen Einheit an, während die Grenzkosten die marginalen Kosten dieser weiteren Einheit beschreiben. „Ein rationaler Entscheidungsträger entscheidet sich dann und nur dann für eine bestimmte Aktion, wenn der Grenznutzen der Aktion die Grenzkosten übersteigt“ (Mankiw 2004:7). In diesem Kontext wird häufig die Abstraktion des homo oeconomicus herangezogen. Dieser repräsentiert ein idealtypisches Individuum, welches im Sinne der Nutzenmaximierung rational und vornehmlich mit Blick auf seinen Eigennutzen handelt“ (Boerger et al., 2016).

Die Mesoebene wird in der neoklassischen nicht betrachtet. Die Makroebene wird als Aggregation aus den Einzelinteressen der Individuen abgeleitet. So entsteht durch Aggregation der einzelnen Nachfrage- und Angebotskurven die gesamtgesellschaftliche Nachfrage, die ein Gleichgewicht anstreben. Wichtig ist auch zu erwähnen, dass der Grenznutzen den Grenzkosten entspricht. Das bedeutet, es wird ausschließlich produziert, wenn der Nutzen höher als die Kosten ist. Marktversagen tritt nur in besonderen Fällen ein, wie beispielsweise bei externen Effekten, oder dem Auftreten eines Monopols. Ist der Markt nicht beeinflusst durch solche Effekte führt das durch die Selbstorganisation des Marktes zum volkswirtschaftlichen Optimum (vgl. Boerger et al., 2016).

Die Ontologie der Neoklassik setzt sich aus dem methodologischen Individualismus, dem methodologischen Instrumentalismus, sowie dem methodologischen Gleichgewicht zusammen (vgl. Arnsperger, 2006). Der methodologische Individualismus besagt, dass alle Vorgänge auf der Makroebene durch Vorgänge auf der Mikroebene zu erklären sind. Das Individuum ist die einzige Quelle für Wertvorstellungen, äußere Institutionen wie beispielsweise Religion haben keinen Einfluss. Weiterhin wird von stabilen Präferenzen (vgl. Nechyba, 2011: 74) ausgegangen. Der methodologische Instrumentalismus bezeichnet den Menschen als „Black- Box“, der seine Entscheidungen vollkommen autonom trifft (vgl. Arnsperger, 2006). Weiterhin sind Zweckrationalität, Logik der Maximierung, und

individuelle Präferenzen konstituierende Merkmale der Neoklassik (Boerger et al., 2016). Zuletzt wird auf das methodologische Gleichgewicht eingegangen. Dieses sieht die Wirtschaft als geschlossenes System, in dem es auf der Basis von Handlungen auf der Mikroebene zu einem Gleichgewichtszustand auf gesamtgesellschaftlicher Ebene kommt (Christian Arnsperger, 2006). Epistemologisch sieht die Neoklassik die Wissenschaftler*innen als neutrale Beobachter, sowie sich selbst als werturteilsfrei, wodurch sie sich dem Realismus zuordnen lässt. Der Blick auf andere Theorieschulen erfolgt durch die Messung am eigenen Standard, das wiederum zu einem Monismus führt. Generell werden abstrahierte und idealisierte Annahmen getroffen, was wiederum mit der Prognosefähigkeit der Modelle gerechtfertigt wird (vgl. Boerger et al., 2016).

Im Anschluss wird nun die Methodologie der Neoklassik betrachtet, die sich um die Nutzenmaximierung der Individuen dreht, die Restriktionen unterliegen. Diese Restriktionen werden durch mathematische Mittel wie die Lagrange Methode, oder das Kuhn-Tucker-Theorem modelliert und berechnet. Bei den neoklassischen Analysen handelt es sich in erster Linie um Komparative und exogen-kausale Analysen unter der *ceteris-paribus* Bedingung (ebd.). Zur Ideologie und den politischen Zielen der Neoklassik lässt sich sagen, dass ethische Betrachtungen nicht Teil der Analyse sind. Auch hier ist zu betonen, dass die Neoklassik auf einem normativen Fundament fußt. Dies findet Ausdruck in der Maxime, der effizienten Allokation knapper Ressourcen. Damit wird angenommen, dass es das Ziel der Menschen ist ihren Nutzen zu maximieren, welches mathematisch modelliert werden kann. Der Markt stellt das beste Instrument dar um die Bedürfnisse der Individuen zu befriedigen, da nur diese ihre genauen Präferenzen kennen (ebd.). Weiterhin wird die politische Ausprägung der Neuklassik wie folgt beschrieben:

„Ideologisch erkennt die Neoklassik nur die negative Freiheit, also die Freiheit von Zwängen (wie Staatseingriffe) an und sieht diese am besten in einem Marktsystem verwirklicht. Diese Kategorisierung und Begrifflichkeit impliziert eine gewisse „Marktgläubigkeit“, weshalb neoklassische Ökonom*innen oft mit einem wirtschaftsliberalen Weltbild in Verbindung gebracht werden.“ (Boerger et al., 2016)

Beispielhaft dafür steht die Umweltökonomik, die Umweltschäden, als externe Effekte ansieht und diese anschließend als handelbar und verknappbar ansieht. Diese Verdinglichung der Untersuchungsgegenstände wird von Kritiker*innen der Neoklassik

vorgeworfen (vgl. Thielemann, 2003). Somit ist das Argument, die aktuelle Ökonomische Forschung sei rein positiv, zumindest fragwürdig, da eindeutig positive Analyse und normative Entscheidungen, wie beispielweise in der Wirtschaftspolitik oder der Wohlfahrtsökonomik, getrennt werden. Durch die eben aufgeführten Argumente wurde gezeigt, dass der positiven Analyse gewisse normativen Annahmen zugrunde liegen. Weiteres hierzu kann bei Quaas und Quaas (2010) nachgelesen werden (vgl. Boerger et al., 2016). Schlussendlich ist die Neoklassik als gleichwertige ökonomische Denkschule und neben anderen einzustufen. Sie lässt sich unter anderem durch Ontologie, Methodologie, Epistemologie und Ideologie vergleichen.

Literaturverzeichnis:

- Aßländer, M. S., & Nutzinger, H. G. (2008). Klassiker des ökonomischen Denkens. Von Adam Smith bis Alfred Marshall (Originalausgabe Ausg., Bd. 1). (H. D. Kurz, Hrsg.) München : C.H. Beck.
- Blanqui, A. (1971). Geschichte der politischen Ökonomie in Europa (2. Auflage Ausg., Bd. 2). Glashütten i.T.: Detlev Auermann KG.
- Boerger, L. und Exploring-Economics Team (18. 12 2016). Exploring Economics. Abgerufen am 19. 06 2017 von <https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/neoklassik/>
- Christian Arnsperger, Y. V. (2006). What Is Neoclassical Economics? The three axioms responsible for its theoretical oeuvre, practical irrelevance and, thus, discursive power. *Panoeconomicus*, 53(1), 5-18.
- Friedrun Quaas, G. Q. (2010). Der Identitätswandel des Volkswirtes. *Povision Identität*, 54–56.
- Kurz, H. D. (2008). Klassiker des ökonomischen Denkens. Von Adam Smith bis Alfred Marshall (Originalausgabe Ausg., Bd. 1). (H. D. Kurz, Hrsg.) München: C. H. Beck oHG.
- Kurz, H. D. (2013). Geschichte des ökonomischen Denkens. München: C.H. Beck.
- Kurz, H. D. (10. November 2015). Dogmengeschichte - Trennt die Neoklassik von der Klassik nur das "Neo"? (<https://www.youtube.com/watch?v=4GhAwI3cT9M>, Hrsg.) Berlin.
- Law, J. (1705). Money and trade considered: with a proposal for supplying the nation with money. (R. & Foulis, Hrsg.) Edinburgh.
- Nechyba, T. J. (2011). Microeconomics: An Intuitive Approach with Calculus. Cengage Learning.
- Pribram, K. (1998). Geschichte des ökonomischen Denkens (1. Auflage Ausg.). Frankfurt a. M.: suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft.
- Thielemann, U. (2003). Integrative Wirtschaftsethik als kritische Theorie des Wirtschaftens. In M. B. Breuer (Hrsg.), Wirtschaftsethik als kritische Sozialwissenschaft (S. 89-115). Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.
- Weitz, B. O. (2008). Bedeutende Ökonomen. München {u.a.}: Oldenbourg.

8.2. Die Problematik der Trennung von Mikro- und Makroökonomik

von Maximilian Reuter

Die Ökonomielehrbücher führen den Leser in die wundersame Welt der Modelle ein, die von einem Optimum, von Effizienz berichten und seit Alfred Marshall, der die Mathematik in die VWL eingeführt hat, endgültig mathematisch entschlüsselt zu sein scheinen. Allerdings vergisst man allzu schnell, dass jede Beobachtung eine Frage des Blickwinkels ist. Hier unterscheidet die Volkswirtschaft zwei verschiedene Ausrichtungen: die Mikro- und Makroökonomie.

Die Mikroökonomik untersucht das wirtschaftliche Verhalten einzelner Wirtschaftssubjekte sowie das Zusammenspiel dieser wirtschaftlichen Einheiten auf den Märkten. Sie beschäftigt sich mit der Entscheidungsproblematik, die durch die Arbeitsteilung des Produktionsprozesses entsteht (vgl. Piekenbrock, 2017). Diese Arbeitsteilung und die damit eingehende Individualität des Wirtschaftsprozesses hat sich seit Adam Smith und sein im Jahr 1776 erschienen Werk „Der Wohlstand der Nationen“ in einem so großen Umfang durchgesetzt, dass heutzutage kaum noch ein Produkt zu finden ist, welches nicht arbeitsteilig hergestellt wird. Das wohlbekannte Stecknadel-Beispiel verdeutlicht die Produktivitätssteigerung durch fachliche Spezialisierung:

„Der eine Arbeiter zieht den Draht, der andere streckt ihn, ein dritter schneidet ihn, ein vierter spitzt ihn zu, ein fünfter schleift das obere Ende, damit der Kopf gesetzt werden kann. Auch die Herstellung des Kopfes erfordert zwei oder drei getrennte Arbeitsgänge. Das Ansetzen des Kopfes ist eine eigene Tätigkeit, ebenso das Weißglühen der Nadel, ja selbst das Verpacken der Nadeln ist eine Arbeit für sich. (...) Hätten sie indes alle einzeln und unabhängig voneinander gearbeitet, noch dazu ohne besondere Ausbildung, so hätte der einzelne gewiss nicht einmal 20, vielleicht sogar keine einzige Nadel am Tag zustande gebracht.“ (Smith, 1776: 21)

Diese Arbeitsteilung und die damit eingehende Produktivitätssteigerung hat nur solange einen Vorteil wie man diese Erzeugnisse im Tausch und Handel gegen andere Produkte tauschen kann. Wenn der Markt nicht ausgeweitet werden kann, ist eine Spezialisierung nicht mehr lohnend. Allerdings wird nach Smith die Arbeitsteilung und der Handel nicht in Frage gestellt, da jedes einzelne Individuum zwangsläufig und aus eigener Neigung zum Handel von Dingen aus Eigeninteresse getrieben wird:

„Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Mensch- sondern an ihre Eigenliebe, und wir erwähnen nicht die eigenen Bedürfnisse, sondern sprechen von ihrem Vorteil“ (Smith, 1776: 33).

Zusammenfassend betreibt die Mikroökonomik zwei verschiedene Analysen: die Partial- und Totalanalyse. Die Partialanalyse untersucht, wie einzelne Wirtschaftssubjekte auf einem einzelnen Produktmarkt durch Tauschprozesse zusammenwirken. Die Ceteris-Paribus-Annahme ist hierbei eine notwendige Bedingung, um verschiedene Störgrößen auszuklammern. Die Totalanalyse betrachtet das gleichzeitige Zusammenwirken aller am Wirtschaftsprozess beteiligten Wirtschaftssubjekten auf einem Markt. Die Preise sind sowohl für die Partial- und die Totalanalyse die regulierende Größe, welche langfristig zu einem Marktgleichgewicht führen soll (vgl. Piekenbrock, 2017).

John Maynard Keynes kritisierte bereits 1923 die klassische Ökonomie noch vor der Weltwirtschaftskrise 1929 mit dem Werk „Ein Traktat über Währungsreform“. Er schrieb: „Auf lange Sicht sind wir alle tot. Die Volkswirtschaft macht es sich zu leicht und macht ihre Aufgabe zu wertlos, wenn sie in stürmischen Zeiten uns nur sagen kann, daß, nachdem der Sturm lang vorüber ist, der Ozean wieder ruhig sein wird“ (Keynes, 1997: 83). Keynes festigte 1935 endgültig die Makroökonomie als Gegengewicht zur Mikroökonomie mit seinem Werk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“. Darin zeigte er auf, dass eine wirksame Wirtschaftspolitik staatliche Investitionen betreiben muss, um das Leid der Unterbeschäftigung in Krisen wie in der Weltwirtschaftskrise 1929 zu mindern. Es reichte nach Keynes nicht mehr aus, auf Marktkräfte zu vertrauen, die durch eine „unsichtbare Hand“, also die Eigenliebe der Marktakteure, gelenkt wird.

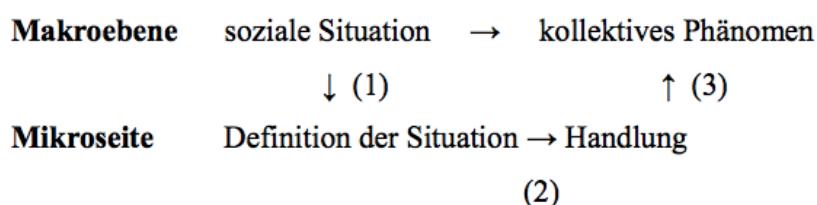
Die Makroökonomie untersucht das Verhalten aller Akteure als zusammengefasste Einheiten (Aggregate) (vgl. Piekenbrock, 2017). Diese Unterscheidung zwischen der Mikro- und Makroökonomie ist wichtig, da eine mikroökonomische Überlegung nicht ohne weiteres auf die Gesamtwirtschaft übertragbar ist. Anhand des Beispiels „Sparen“ wird der Irrtum der Übertragbarkeit der Mikroökonomie auf die Gesamtwirtschaft verständlicher: Aus der mikroökonomischen Sichtweise verzichten einzelne Haushalte auf Konsum zugunsten der Vermögensbildung. Dies soll zu mehr Konsummöglichkeiten in der Zukunft führen. Hier wird nicht weiter betrachtet, ob das Sparen der Haushalte Auswirkungen auf

andere Wirtschaftssubjekte hat. In der Makroökonomie werden alle Haushalte zusammengefasst betrachtet. Wenn die Haushalte sparen, führt dies zu einem größeren Sparvolumen, was gleichbedeutend ist mit einem niedrigeren Konsum. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt und somit auch die Produktion. Investitionen werden daraufhin gesenkt, die Folge ist eine Minderung der gesamten Vermögensbildung.

Diese Grundsatzdebatte zwischen der Mikro- und Makroökonomie hat schlussendlich auch zur Bildung zweier verschiedener konkurrierenden Wirtschaftsschulen (Dogmen) geführt: der Österreichischen Schule und dem Keynesianismus. Der Fokus der Österreichischen Schule liegt auf dem mikroökonomischen Ansatz, also dem Betrachten des einzelnen Menschen und dessen wirtschaftlichen Präferenzen, bezogen auf den wirtschaftlichen Prozess. Beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt wird aus der Sicht der Unternehmer Arbeit nachgefragt so lange die Grenzkosten (Löhne) geringer sind als die Grenzerträge. Aus der Sicht der Haushalte werden so lange Arbeitsleistungen angeboten, wie deren Grenzerlös (Lohnsatz) größer ist als die Grenzkosten (Verzicht auf Freizeit). Die nachgefragte und angebotene Arbeitsmenge ist abhängig vom Lohnsatz. Daher fordert die klassische Wirtschaftsschule bei einer hohen Arbeitslosigkeit, die Reallöhne zu senken und somit die Beschäftigung wieder zu erhöhen (vgl. Wilke, 2002). John Maynard Keynes sah hingegen in seinem Werk „Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936) eine Reallohnsenkung als Gift für die Realwirtschaft an. Denn durch eine Lohnsenkung sinken die Investitionen, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die Produktion. Nach Keynes misslingt also eine Beschäftigungserhöhung durch eine Reallohnsezung. Stattdessen soll der Staat die Lücke des Spars durch Investitionen schließen.

Um diese Gegensätzlichkeit zwischen der Mikro- und Makroökonomie zu beheben, kann ein Blick in die Soziologie zum Makro-Mikro-Makromodell von Coleman interessant sein:

DAS MAKRO-MIKRO-MAKROMODELL VON COLEMAN (auch Badewannen-Modell):



- (1) **Makro-Mikro-Verknüpfung: Logik der Situation.** Welche Handlungssituationen sind für den Akteur relevant.
- (2) **Mikro-Mikro-Verknüpfung: Logik der Selektion.** Verschiedene Handlungsalternativen nach der Nutzenmaximierung auswählen.
- (3) **Mikro-Makro-Verknüpfung: Logik der Aggregation.** Die individuellen Handlungen werden mit dem eigentlich interessanten, kollektiven Tatbestand verknüpft.

Studien zeigen, dass Kaufentscheidungen mit sozialen Indikatoren wie Beruf, Einkommen oder Bildung korrelieren (vgl. Heidenreich, 1998). Das Modell von Coleman besagt, dass soziale Phänomene aus individuellen Entscheidungen und Handlungen resultieren. Im Rahmen dieser institutionellen Bedingungen streben die Individuen nach Optimum, Gewinn und Glück. Das heißt, kollektive Phänomene ergeben sich aus individuellen Handlungsmöglichkeiten und stellen zugleich eine Rahmenbedingung dar. Demnach gibt es keine festgeschriebene gesellschaftliche Struktur, sondern die Akteure schaffen sie beständig neu (vgl. Alexander und Giesen, 1987). Mikro- und Makroökonomie lassen sich hier zusammendenken.

Literaturverzeichnis

- Alexander, J. & Giesen, B. (1987). *The Micro-Macro Link*. Oakland: University of California Press, 1987
- Heidenreich, M. (1998). *Die Gesellschaft im Individuum*. Hildesheim/Zürich/New York: Georg-Olms-Verlag.
- Keynes, J.M. (1936). *The General Theory of Employment, Interest and Money*. New York, Harcourt: Brace & World.
- Keynes, J.M. (1997). *Ein Traktat über Währungsreform*, Übersetzung von E. Kocherthaler, Berlin: Duncker & Humblot.
- Piekenbrock, D. (September 2017). Definition Mikroökonomik, Gabler Wirtschaftslexikon, online entnommen: am 09. September 2017, URL: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/mikroökonomik.html>
- Smith, A. (1776). *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, London: W.Strahan.
- Willke, G. (2002). *John Maynard Keynes*. Frankfurt: Campus-Verlag.

8.3. Österreichische Schule

von Yavar Gulusoy

Die Österreichische Schule der Nationalökonomie, die auch manchmal als psychologische oder Grenznutzenschule bezeichnet wird, ist eine heterodoxe volkswirtschaftliche Theorie. Zusammen mit den Vertretern der neoklassischen Schule in Großbritannien haben die Gründer der Österreichischen Schule in den siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts die sogenannte marginalistische Revolution ins Leben gerufen, die die Gestalt der modernen mikroökonomischen Theorie stark verändert hat.

Der letzte prominente Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, Friedrich August von Hayek, präzisierte und verfasste diese Theorie und stellte sich damit in scharfen Gegensatz zu den Mainstream-Theorien des 20. Jahrhunderts von John Maynard Keynes und zum Monetarismus der Chicagoer Schule.

Die Österreichische Schule unterscheidet sich von den anderen heterodoxen ökonomischen Theorien hauptsächlich in ihrer Methodologie. Die Hauptkonzepte der Österreichischen Schule sind der methodologischer Individualismus, Subjektivismus, Nützlichkeit und Grenznutzenlehre. Unter Subjektivismus wird verstanden, dass wirtschaftliche Sachverhalte aus dem Handeln von Individuen und deren subjektivem Wissen bzw. Unwissen, ihrer subjektiven Bedürfnisse und ihrer subjektiven Erwartungen heraus erklärt werden müssen. Die Grenznutzenlehre beschreibt, dass die Nachfrage Nützlichkeit und somit den Marktpreis bestimmt. Alle ökonomischen Entscheidungen werden durch den Grenznutzen bestimmt (vgl. Machlup, 1982). Die Österreichische Schule entwickelte damit das Konzept der Opportunitätskosten und leitete damit die Definition der Zeitstruktur von Konsum und Produktion ab: Die Entscheidung zu sparen oder zu konsumieren entsteht durch die subjektive Zeitpräferenz. Der Begriff Opportunitätskosten beschreibt, dass Handlungen abhängig von der Bewertung alternativer Handlungsmöglichkeiten sind.

Die Österreichische Schule ist der Ansicht, dass Theorien nicht eindeutig durch Geschichte oder Empirie falsifizierbar seien (vgl. Neck, 2012). Ludwig von Mises Weltbild war geprägt von Praxiologie, einem radikalen Apriorismus und einer totalen Ablehnung der Empirie, Ökonometrie und Mathematik. Friedrich von Hayek hat nie versucht seine Theorien empirisch zu überprüfen: ein empirischer Test sei nur bei simplen Theorien, nicht aber bei komplexen Phänomenen - wie Hayeks Arbeiten - möglich. Auf Basis dieser Konzepte

nehmen die Vertreter der Österreichischen Schule an, dass die vollständige ökonomische Freiheit dauerhaft für politische und moralische Freiheit der Bürger sorgt.

ERSTE GENERATION

Als Gründer der Österreichischen Schule wird Dr. Carl Menger mit seinen im Jahr 1871 erschienenen „Grundsätzen der Volkswirtschaftslehre“ bezeichnet. Die Einleitung ins Buch zeigt die Motivation den Geist des damaligen Wirtschaftswissenschaftlers. Menger schrieb sein Buch in Abgrenzung zu den klassischen und sozialistischen ökonomischen Theorien der damaligen Zeit.

„Wenn unsere Zeit den Fortschritten auf dem Gebiete der Naturwissenschaften eine so allgemeine und freudige Anerkennung entgegenbringt, während unsere Wissenschaft eben in jenen Lebenskreisen, welchen sie die Grundlage praktischer Thätigkeit sein sollte, so wenig beachtet und ihr Werth so sehr in Frage gestellt wird, so kann der Grund hievon keinem Unbefangenen zweifelhaft erscheinen. Nie hat es ein Zeitalter gegeben, welches die wirtschaftlichen Interessen höher stellte, als das unsere, niemals war das Bedürfniss nach einer wissenschaftlichen Grundlage des wirtschaftlichen Handelns ein allgemeineres und tiefer gefühltes ...“ (Menger, 1871: VI)

In eben diesem Buch entwickelte und vervollständigte er seine Theorie des Grenznutzens, jedoch anders als die Neoklassiker im selben Jahr. In seiner Theorie ist der Wert eines Gutes die subjektive Wertschätzung für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Nützlichkeit ist „die Tauglichkeit eines Dinges, der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu dienen“ (Menger, 1971: 79). Carl Menger war damit der Meinung, dass der Grenznutzen den Wert aller Wirtschaftsgüter diktiert. Individuen stehen damit im Zentrum der wirtschaftlichen Wertschöpfung. Im Gegensatz zur neoklassischen Theorie lehnte Menger den Nutzen der mathematischen und naturwissenschaftlichen (empirischen) Methoden kategorisch ab: „Die bisherigen Versuche, die Eigenthümlichkeiten der naturwissenschaftlichen Methode der Forschung kritiklos auf die Volkswirtschaftslehre zu übertragen, haben denn auch zu den schwersten methodischen Missgriffen und zu einem leeren Spiele mitäusserlichen Analogien zwischen den Erscheinungen der Volkswirtschaft und jenen der Natur geführt“ (Menger, 1871: 7).

Ein anderer großer Durchbruch von Dr. Carl Menger war die Lösung des sogenannten

klassischen Wertparadoxon mit Hilfe der Betrachtung des Grenznutzens. Diesen Weg hatten mit ihm, gleichzeitig und jeweils unabhängig voneinander, bereits Hermann Heinrich Gossen, Leon Walras (1874) und William Stanley Jevons (1871) eingeschlagen; im Gegensatz zu diesen beruht Mengers Erklärung nicht auf mathematischen Überlegungen, sondern ist lediglich eine Konsequenz der angewandten subjektivistischen Betrachtung:

„(...) von concreten Quantitäten Trinkwasser ist demnach unter gewöhnlichen Verhältnissen kein menschliches Bedürfniss in seiner Befriedigung derart abhängig, dass es unbefriedigt bleiben müsste, wofern die Menschen über diese concrete Quantität nicht zu verfügen vermöchten, während bei dem Golde und den Diamanten selbst die geringfügigsten unter den durch die verfügbare Gesamtquantität gesicherten Bedürfnissbefriedigungen, noch immer eine relativ hohe Bedeutung für die wirthschaftenden Menschen haben. Concrete Quantitäten von Trinkwasser haben somit für die wirthschaftenden Menschen der Regel nach keinen, solche von Gold oder Diamanten aber einen hohen Werth“ (Menger, 1871: 114-115).

Carl Menger stellt sich außerdem gegen die Annahmen des homo oeconomicus. Menger geht im Gegensatz zu Vertretern der Klassik und Neoklassik davon aus, dass Wirtschaftssubjekte keine vollständige Information haben. Das Ziel eines Unternehmers ist, in einer unsicheren Umwelt effizient Informationen zu sammeln. Mit diesen Thesen entwickelt er einen alternativen Blick auf die Produktionstheorie und widerlegt die Arbeitswerttheorie. Menger war am sogenannten Methodenstreit der Nationalökonomie beteiligt und hat das Konzept des methodologischen Individualismus verteidigt. Sein Gegner und Kritiker in diesem Streit, Gustav von Schmoller - ein führender Vertreter der jüngeren Historischen Schule, hat Menger dafür stark kritisiert, weshalb die Werke von Menger in Deutschland nie an Popularität gewonnen haben. Die Österreichische Schule ist bis heute der Ansicht, dass Theorien letztlich nicht durch Geschichte oder Empirie widerlegbar seien.

ZWEITE GENERATION

Die zweite Generation wurde durch Eugen von Böhm-Bawerk (1851–1914) und Friedrich von Wieser (1851–1926) geprägt. Eugen Böhm Ritter von Bawerk war nach 1903 der Lehrstuhlnachfolger Mengers. Zu der subjektiven Theorie von Carl Menger entwickelte er die Konzepte von Opportunitätskosten und Grenznutzen weiter. Als sein wichtigstes Werk wird „Kapital und Kapitalzins“ (1884) bezeichnet. In diesem Werk entwickelt von Böhm-

Bawerk die Theorie von Carl Menger weiter und vertieft die österreichische Kapitaltheorie. Laut von Böhm-Bawerk sind Kapitalgüter Zwischenetappen in jedem Handlungs- und Produktionsprozess. Was Kapitalgüter sind, hängt von der subjektiven Betrachtung ab. Kapitalgüter dienen stets einem Ziel, das heißt, sie sind Güter höherer Ordnung: „Ein Kapital ist nichts anderes als ein Inbegriff komplementärer Güter höherer Ordnung. Wenn nun dieser Inbegriff einen Wert ableitet von dem Werte seines voraussichtlichen Produktes, wie kommt es, daß er diesen Wert nie ganz erreicht ... warum schätzt man, wenn schon der voraussichtliche Wert des Produktes Quelle und Maßstab des Wertes seiner Produktivmittel ist, die Kapitalgüter nicht ganz so hoch als ihr eine offensichtliche Identität besteht, so Produkt? ...“ (Böhm-Bawerk, 1921: 194)

Folglich formuliert von Böhm-Bawerk zwei geniale Postulate der Österreichischen Kapitaltheorie: Erstens, notwendige Bedingung für die Erzeugung von Kapitalgütern ist das Sparen, das heißt der Verzicht auf unmittelbaren Konsum. Zweitens, die Wertschätzung von Gütern ist von Mensch zu Mensch und im Zeitverlauf unterschiedlich. Folglich kommt es durch Gütertausch zu einem Markt. Auf dieser Argumentation begründet sich ein weiterer historischer Durchbruch der Österreichischen Schule: Der Zins erkläre sich aus dem Zusammenspiel von Kapitalgütern und der Zeitpräferenz. Wenn manche Menschen Kapitalgüter in der Gegenwart höher einschätzen als Kapitalgüter in der Zukunft, so kommt es auch hier zu einem Markt. Menschen, die Kapitalgüter in der Gegenwart niedrig bewerten, verzichten auf diese und geben sie an Menschen, die diese in der Gegenwart hoch einschätzen. So verzichte der Kapitalist auf einen Teil seines Konsums, um Arbeitern, aber auch Eigentümern der Produktionsmittel Kapital zur Verfügung zu stellen. Die Kapitaltheorie Böhm-Bawerks stellt für einige Beobachter den bleibenden Kern der Österreichischen Lehre dar.

„Die Umgestaltung von Produktivmitteln in Produkte oder die Produktion erfordert jederzeit einen gewissen, bald längeren, bald kürzeren Zeitraum. Es ist zum Zwecke der Produktion notwendig, daß man die Produktivgüter nicht bloß in einem einzelnen Moment innerhalb dieses Zeitraumes zu seiner Verfügung hat, sondern daß man sie während des ganzen Zeitraumes in seiner Verfügung behält und im Produktionsprozesse bindet. Es tritt daher in die Reihe der Produktionsbedingungen ein die Verfügung über Quantitäten von Kapitalgütern durch bestimmte Zeiträume“ (von Böhm-Bawerk, 1921: 194).

1895 wurde Eugen von Böhm-Bawerk österreichischer Finanzminister. In dieser Funktion verfolgte er vor allem das Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes und die strikte Einhaltung der Golddeckung der österreichischen Währung. Im Jahr 1904 trat er von seinem Posten zurück, um eine Professur an der Universität Wien zu übernehmen, wo er bis zu seinem Tode 1914 lehrte. Neben Carl Menger und Friedrich von Wieser gilt er als einer der Begründer der Österreichischen Schule, die später von seinem Schüler Ludwig von Mises fortgeführt wurde. Weitere Schüler Böhm-Bawerks, die sich allerdings teilweise anderen Richtungen zuwandten, waren Otto Bauer, Otto Neurath und Joseph Schumpeter.

DRITTE GENERATION

Vertreter dieser Entwicklungsphase sind Hans Mayer, Richard von Strigl, Ewald Schams, Leo Schonfeld-Illy und Alexander Mahr. Als der Fortführer der Österreichischen Schule in dieser Periode gilt Ludwig von Mises (1881–1973). In seiner „Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel“ (1912) beschreibt er die grundlegenden Konzepte der monetären Volkswirtschaftslehre.

Von Mises stellte fest, dass die Kaufkraft des Geldes vom Geldangebot und von der Nachfrage nach Geld und somit von seinem bereits vorhandenen Wert bestimmt wird. Der Zirkelschluss lautet: Die Nachfrage entsteht, weil das Geld Kaufkraft hat, und Kaufkraft hat es, weil es nachgefragt wird. Von Mises führt diese Kette auf einen Ursprung zurück, in dem Geld noch kein Tauschmittel war, sondern eine ganz gewöhnliche Ware: Edelmetalle. Die zweite Erkenntnis von Mises war die Erklärung der Konjunkturzyklen. Er wies nach, dass in einem unbeeinflussten freien Markt zwar Schwankungen in der Kaufkraft des Geldes normal (quasi natürlich) sind, dass aber die typischen extremen Konjunkturschwankungen in Form von Booms und Crashes ursächlich auf inflationäre Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken zurückzuführen sind. Diese Kredite sind nicht durch Ersparnisse als Warenkredite gebildet worden, sondern als Fiatgeld ex nihilo, ungedeckt, als Zirkulationskredit im Rahmen eines fractional banking. Die zusätzlichen Emissionen von Kapital verzerren die Kapitalströme in der Weise, dass sie die Preise der Kapitalgüter als weniger knapp erscheinen lassen, als sie es tatsächlich sind. Die Folge sind Fehlinvestitionen in Bereichen, deren Güter letztlich keine Konsumenten als Abnehmer finden (von Mises, 1912).

Später, im Jahre 1932, kritisiert von Mises in seinem Buch „Die Gemeinwirtschaft“ die reine Planwirtschaft, die nicht funktionieren könne, weil es in ihr keinerlei Möglichkeiten

gebe, Preise für Produktionsfaktoren zu bestimmen. Die Informationsfunktion des Marktpreises könne so nicht länger zu einer effizienten Allokation der Güter führen und Opportunitätskosten könnten nicht berücksichtigt werden. 1940 veröffentlichte er das Buch „Nationalökonomie“ (später: „Human Action – A Treatise on Economics“), in welchem er die gesamten Lehren der Österreichischen Schule zusammenfassen wollte. Beinahe alle Ökonomen, auch etwa von Mises eigener Schüler von Hayek, kritisierten die von ihm in diesem Buch entwickelte praxeologische Methode.

VIERTE GENERATION

Die bedeutenden Vertreter der vierten Entwicklungsphase sind Gottfried Haberler, Fritz Machlup, Oskar Morgenstern, Paul Rosenstein-Rodan und Ludwig Lachmann. Bedeutend für die vierte Generation der Österreichischen Schule war jedoch Friedrich August von Hayek (1899–1992). Hayek zählt zu den wichtigsten Denkern des Liberalismus im 20. Jahrhundert und gilt manchen Interpreten als wichtigster Vertreter des Neoliberalismus, auch wenn er sich selbst nie so bezeichnete. Seine publizistische Karriere fängt mit „Preise und Produktion“ (1931), für den er später den Nobelpreis erhält. Von Seiten der Chicago School, namentlich von Milton Friedman, wurde die Konjunkturtheorie der Österreichischen Schule abgelehnt: „The Hayek-Mises explanation of the business cycle is contradicted by the evidence. It is, I believe, false“ (Friedman, 1964: 261). Das Buch „The Road to Serfdom“ war Hayeks erste große Arbeit. Das Buch hat nicht nur in den akademischen, sondern auch in den weiten Kreisen der Bevölkerung an Popularität gewonnen. Er ergänzt und entwickelt die Idee Mengers, dass die Methoden der Naturwissenschaften (insbesondere der Physik) nicht auf die Sozialwissenschaften übertragbar seien. In „The Counter-Revolution of Science“ (1955) entwickelt er die österreichische Kritik um den Sozialismus weiter: Sozialistische Vorstellungen basierten auf der Übertragung atavistischer Vorstellungen, die für Kleingruppen und Stämme aus der Frühzeit der Menschheit geeignet waren. Von Hayeks wichtigste Behauptungen waren, dass die Ökonomie bei den Individuen anfangen sollte und daher konjunkturelle Eingriffe und Intervention dem Markt nur schaden können. Damit erklärte er, dass nur der Marktpreis zeigen kann, was die Güter wirklich kosten (Hayek, 1944).

FAZIT

Die Österreichische Schule übte beträchtlichen Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaftstheorie und der Theorie der Wirtschaftspolitik aus. Derzeit sind die „Austrians“

vor allem im angelsächsischen Sprachraum aktiv; sie vertreten in ihrer betont marktwirtschaftlichen Ausrichtung eine unverwechselbare und in der aktuellen Diskussion relevante wirtschaftspolitische Position. 1982 gründete Lew Rockwell das libertär-akademische Ludwig von Mises Institute in Alabama. Auf dessen Einfluss zurückgehend bezeichnet austrian economics in den USA meist einen naturrechtlichen, konservativen Anarchokapitalismus. Diese Interpretation unterscheidet sich zum Teil erheblich von den Ansichten Mengers bis von Hayeks: sie lehnten naturrechtliche Begründungen strikt ab und legten großen Wert auf die Wertfreiheit ihrer ökonomischen Methode. Rothbard und das in seiner Tradition stehende Ludwig von Mises Institute befürworten dagegen einen naturrechtlich legitimierten Kapitalismus ohne staatliche Eingriffe.

The Review of Austrian Economics bzw. das Quarterly Journal of Austrian Economics gelten heutzutage als die wichtigsten wissenschaftlichen Zeitschriften der Österreichischen Schule.

Literaturverzeichnis

- Carl Menger (2012). Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. Braumüller, Wien, 1871. Reinhard Neck. Die Österreichische Schule der Nationalökonomie. Peter Lang: Bern, Switzerland.
- Friedman, M (1964): "The Monetary Studies of the National Bureau, 44th Annual Report". The Optimal Quantity of Money and Other Essays. Chicago: Aldine.
- Friedrich A. v. Hayek Institut (Hrsg.). Von Menger bis Mises. Frankfurter Allgemeine Buch, Wien: 2000.
- Eugen von Böhm-Bawerk (1921). Kapital und Kapitalzins. Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien. Jena Verlag von Gustav Fische: Wien
- Friedrich August von Hayek (1944). The Road to Serfdom. University of Chicago Press, Chicago
- Ludwig von Mises (1912). Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel. Verlag von Duncker & Humblot: München & Leipzig

8.4. Institutionenökonomik

von Verena Emme

In der Debatte um Pluralismus in der Ökonomik und der damit einhergehenden Betrachtung heterodoxer ökonomischer Theorieschulen stellt auch die Institutionenökonomik eine historische Alternative zur neoklassischen Theorie dar. Diese ist von der später entstandenen Neuen Institutionenökonomik zu unterscheiden, welche aufgrund ihrer Annahmen und Methoden, wie dem methodologischen Individualismus, grundsätzlich zur Mainstreamökonomik gezählt werden kann (vgl. Martiensen, 2000: 7). Aus diesem Grund wird in dieser Ausarbeitung ausschließlich die Theorie der Original Institutional Economics beleuchtet. Die im späten 19. Jahrhundert in den USA entstandene Theorieschule hat das Ziel, Wechselwirkungen zwischen der Wirtschaft und Institutionen in Abhängigkeit von Zeit und Raum zu verstehen und zu erklären. Institutionen werden dabei als vom Individuum unabhängige soziale Phänomene betrachtet und bilden den Ausgangspunkt der Analyse. Im Folgenden sollen Kernelemente, Ontologie, Epistemologie sowie die Methodologie der Institutionenökonomik näher erläutert werden. Ein abschließender Vergleich der heterodoxen Theorieschule mit der Neoklassik soll schließlich die wesentlichen Merkmale und vor allem Unterschiede zur orthodoxen Theorie herausstellen.

Unter Einfluss der Darwinschen Evolutionstheorie, des Pragmatismus sowie der Deutschen Historischen Schule, die sich mit aktuellen Problemen und insbesondere mit der sozialen Frage zur Zeit der Industrialisierung beschäftigte, entstand im späten 19. Jahrhundert die Institutionenökonomik (vgl. Hodgson, 2004: 7). Als Schüler von sowohl der Leitfigur des Progressive Movement, Richard T. Ely, der wiederum durch die Historische Schule geprägt wurde, als auch einem der Begründer der philosophischen Denkrichtung des Pragmatismus, Charles Pierce, entwickelte Thorstein Veblen erste grundlegende Ideen zur Theorie einer institutionalistischen Ökonomik, die er später weiterentwickelte. Weitere frühe Institutionalisten waren die US-amerikanischen Ökonomen John Commons, Wesley Mitchell sowie Clarence Ayres (vgl. Whalen, 1996: 84). Die Institutionenökonomik weist enge Verknüpfungen mit anderen Disziplinen auf. So werden beispielsweise aufgrund der Untersuchung von Routinen und Gewohnheiten Gemeinsamkeiten mit der Psychologie, durch die Analyse von formellen Institutionen Parallelen zu den Rechtswissenschaften sowie aufgrund der zentralen Themen Macht und Herrschaft Gemeinsamkeiten mit der

Politikwissenschaft deutlich. Darüber hinaus gibt es in der Institutionenökonomik keine klare Trennung zwischen Wirtschaft und Sozialem, was wiederum die Nähe der Theorieschule zur Soziologie unterstreicht (vgl. Dimmelmeier und Heussner, 2016). Um die Theorie der Institutionenökonomik zu verstehen, ist es zunächst notwendig, den Begriff der Institution genau zu definieren. Nach Veblen handelt es sich bei Institutionen um „(...) verbreitete Denkgewohnheiten (...), die besondere Beziehungen und besondere Funktionen des Individuums und der Gesellschaft betreffen; den Lebensplan, der aus der Gesamtheit der in einer Gesellschaft jeweils wirksamen Institutionen besteht, kann man psychologisch als vorherrschende geistige Einstellung und Lebensanschauung bezeichnen“ (Veblen 1899, zitiert aus Biesecker und Kesting, 2003: 119).

Institutionen können als Regelsystem verstanden werden, das soziale Interaktionen formt und strukturiert. Sie ermöglichen das Verstehen menschlichen Handelns in bestimmten Situationen und das Interagieren mit anderen Menschen aufgrund eines gemeinsamen Verständnisses bestimmter Dinge. Darüber hinaus können Institutionen jedoch auch bestimmte Arten von Verhalten einschränken (vgl. Dimmelmeier und Heussner, 2016). Aus Sicht der Institutionenökonom*innen sind es Institutionen, die das Verhalten von Individuen maßgeblich beeinflussen. Um ökonomische Phänomene verstehen und erklären zu können, ist es daher Aufgabe der Ökonomik, sich mit diesen Institutionen auseinanderzusetzen anstatt individuelles Handeln lediglich als „Maximierung von Zielfunktionen unter Nebenbedingungen“ zu interpretieren (vgl. Martensen, 2000: 6).

Grundsätzlich gilt es zwischen formellen und informellen Institutionen zu unterscheiden. Formelle Institutionen, wie beispielsweise Gesetze oder Verträge, sind klar spezifiziert und meist schriftlich festgehalten. Verstöße gegen sie werden klar bestraft. Informelle Institutionen hingegen bilden sich meist dezentral heraus und werden oft als natürlich bzw. gegeben wahrgenommen. Zu ihnen gehören einerseits kognitive sowie normative Überzeugungen und andererseits regelmäßige Praktiken. Überzeugungen können daher entweder den faktischen Zustand der Welt beschreiben oder zu Normen gewordene Regeln widerspiegeln. Regelmäßige Praktiken sind Gewohnheiten von Individuen, die zu gemeinsamen Gewohnheiten auf gesellschaftlicher Ebene werden können bzw. Bräuche und Routinen von Gruppen. Da Institutionen nicht nur problemlösend, sondern auch problemverursachend wirken können, indem sie beispielsweise für die Erhaltung privilegierter Interessen Weniger sorgen, gibt es sowohl positive als auch negative

Institutionen. Veblen bezeichnet diese beiden Ausprägungen als instrumentell einerseits und zeremoniell andererseits (vgl. Dimmelmeier und Heussner 2016). Neben Institutionen gibt es nach Veblen Instinkte, wie beispielsweise Arbeitsamkeit und elterliche Fürsorge, die als Antriebskräfte menschlichen Handelns wirken. Diese sind gesellschaftlich geprägt durch die vorhandenen Institutionen und können ebenfalls sowohl positiv als auch negativ sein (vgl. Biesecker und Kesting 2003, S. 118 f.).

Mit der Anwendung der dargestellten Konzepte auf ökonomische Phänomene beschäftigt sich die Institutionenökonomik. In diesem Zusammenhang geht es insbesondere um die Untersuchung komplexer Arrangements von Institutionen, wie Märkte und Unternehmen, und solcher Institutionen, die für das Funktionieren der Wirtschaft sorgen (vgl. Dimmelmeier und Heussner, 2016). Den Ausgangspunkt der Forschung in der Institutionenökonomik bildet die systemische Dimension, weshalb sich auf Phänomene der Meso- und Makroebene konzentriert wird. Es herrscht ein methodologischer Holismus, der sich durch die Analyse von Teilen eines Systems und deren Wechselwirkungen mit anderen Teilen und dem Systemganzen auszeichnet. Aus der Sicht der Institutionenökonom*innen sind Institutionen unabhängig, d.h. als abgekoppelt vom Individuum zu betrachten. Sie haben demnach eigene Wirkmächte und stehen lediglich in einer Wechselwirkung mit Menschen. Diese wiederum werden als soziale Wesen begriffen, deren Präferenzen aus ihrem sozialen Kontext und direkten Interaktionen entstehen. Institutionen und Individuen entwickeln sich koevolutionär – Institutionen prägen einerseits den Kontext, in dem unterschiedliche Akteure handeln; diese Akteure ändern oder reproduzieren wiederum gleichzeitig ihren Kontext absichtlich oder unabsichtlich (vgl. Dimmelmeier und Heussner, 2016). In ebendiesen potentiellen Veränderungsprozessen von Institutionen und ökonomischen Phänomenen in Raum und Zeit liegt das Interesse der Institutionenökonom*innen. Stabilität und Wandel spielen eine zentrale Rolle, wobei Wandel nicht auf ein bestimmtes Ziel oder Gleichgewicht hinarbeitet (vgl. Whalen, 1996: 87 f.). Das zentrale Ziel der Institutionenökonomik ist es, die genannten Wandel und Prozesse zu verstehen. Neben diesen Themen gehören auch Macht und Herrschaft sowie deren Wechselwirkung mit Institutionen zu den zentralen Themen (vgl. Dimmelmeier und Heussner, 2016).

Da soziale Institutionen und deren Wirkung als fundamental für das Verstehen ökonomischer Phänomene angesehen werden, gilt die Theorieschule als objekt-geleitet.

Das „Eintauchen“ in den Untersuchungsgegenstand und das Rekonstruieren von Prozessen anhand von eigenen Erfahrungen und Erfahrungsberichten soll es ermöglichen, Erkenntnisse zu gewinnen, die im sozialen Interesse liegen. In der Forschung geht es darum, Muster zu erkennen anstatt eine allgemeine Theorie zu formulieren. Da Institutionenökonom*innen aber auch nicht atheoretisch arbeiten, kommt es zur Formulierung sogenannter Theorien mittlerer Reichweite (middle-range theories), die eine mittlere Stufe der Verallgemeinerung anstreben (vgl. ebd.). Im Zentrum der Forschung steht der praktische Nutzen der Erkenntnisse für politische Interventionen und zur Verbesserung des menschlichen Zusammenlebens (vgl. Whalen, 1996: 88). Daher zielt die Institutionenökonomik nicht auf eine strikte Trennung von beschreibender und wertender Wissenschaft sowie zwischen Wissenschaft und Praxis ab. Auch das Testen von Validität der Wissenschaft findet, im Gegensatz zu einem allgemein erkenntnistheoretisch gerechtfertigten Ansatz, nur im Hinblick auf die Anwendung in der Praxis statt (vgl. Dimmelmeyer und Heussner, 2016).

Die Methoden in der Forschung der Institutionenökonomik werden meist durch den Untersuchungsgegenstand bestimmt und sind sowohl qualitativ als auch quantitativ. Dabei gehören Fallstudien und Umfragen zu den häufigsten Methoden. Insgesamt wird induktiv geforscht und eine deduktive Theoriebildung zurückgewiesen. Darüber hinaus ist das Ziel institutionenökonomischer Forschung, Idealtypen zu identifizieren, um institutionelle Arrangements sowie Zeiträume und andere spezifische Strukturen zu kategorisieren (vgl. ebd.). Politische Positionen in der Institutionenökonomik sind sehr divers, wobei grundlegende Tendenzen, wie beispielsweise die Skepsis gegenüber der Entwicklung von kapitalistischen Wirtschaftssystemen, zu erkennen sind. Außerdem sprechen sich Institutionenökonom*innen grundsätzlich für politische Interventionen in der Wirtschaft aus. Dabei verfolgen sie ein demokratisches Ideal und sind reformorientiert anstelle von revolutionär. In diesem Zusammenhang wird die Hervorhebung von Wandel und Prozessen in der Institutionenökonomik auch im Hinblick auf sozialen und strukturellen Wandel durch politische Interventionen deutlich. Die konkrete Ausgestaltung der Politikempfehlungen ist abhängig von konkreten Situationen und unterliegt keinen grundsätzlichen Prinzipien (vgl. ebd.).

Schließlich werden bei der Betrachtung der Institutionenökonomik klare Unterschiede zur neoklassischen Theorie deutlich. Einer der Hauptunterschiede ist die Auffassung von

Institutionen in beiden Theorien. Während in der neoklassischen Theorie sämtliche Werte und Eigenschaften von Systemen auf das Individuum zurückzuführen sind, werden Institutionen in der Institutionenökonomik abgekoppelt vom Individuum, als Akteure mit eigenen Wirkmächten betrachtet. Außerdem werden in der Institutionenökonomik neben dem Markt auch die Familie und Kultur als relevante Institutionen betrachtet (vgl. Whalen, 1996: 87). Der methodologische Holismus in der Institutionenökonomik, der Wechselwirkungen von Teilen des Systems mit dem Systemganzen und anderen Teilen des Systems untersucht, steht einem methodologischen Individualismus gegenüber. Darüber hinaus grenzt sich die Institutionenökonomik aufgrund ihres dynamischen Verständnisses zeitlicher Abläufe und der Betonung von Wandel und Prozessen stark vom statischen Zeitverständnis der neoklassischen Theorie ab. Schließlich sind auch in der Methodologie und Epistemologie deutliche Unterschiede zu erkennen: Während in der Institutionenökonomik meist induktiv geforscht wird und der Fokus auf partiellen Fragestellungen liegt, um Muster zu erkennen und menschliches Verhalten erklären zu können, werden Hypothesen in der Neoklassik deduktiv abgeleitet, mit dem Ziel, allgemeine Vorhersagen zu treffen. Im Gegensatz zur Institutionenökonomik werden nahezu ausschließlich quantitative Methoden angewandt (ebd.: 89).

Beim Vergleich der beiden Theorieschulen wird deutlich, dass die Institutionenökonomik sich in einzelnen Punkten Herausforderungen stellen muss, um sich als Alternative gegenüber der neoklassischen Theorie durchsetzen zu können. Nicht zuletzt ist die Formulierung von allgemeinen Theorien unter Anwendung induktiver Forschungsmethoden mit dem Anspruch der Berücksichtigung von gesellschaftlichem Wandel fragwürdig. Im Hinblick auf eine realitätsnahe Analyse ökonomischer Phänomene und Lösung gesellschaftlicher Probleme weist der Ansatz der Institutionenökonomik jedoch durchaus Potential auf.

Literaturverzeichnis

- Biesecker, A. & Kesting, S. (2003). Mikroökonomik: eine Einführung aus sozial-ökologischer Perspektive. München: Oldenbourg Verlag.
- Dimmelmeier, A. & Heussner, F. (2016, Dezember): Institutionenökonomik. Zuletzt abgerufen am 08.06.2017, von Exploring Economics: <https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/institutionenoekonomik/>
- Hodgson, G. M. (2004). The evolution of institutional economics. Routledge.
- Martiensen, J. (2000). Institutionenökonomik. München: Vahlen.
- Whalen, C. J. (1996). The institutional approach to political economy. Beyond Neoclassical Economics: Heterodox Approaches to Economic Theory, 83-99.

8.5. Keynesianismus

von Firat Sezer

DER AUFSTIEG VON JOHN MAYNARD KEYNES

Im Jahr 1883 wurde John Maynard Keynes in der britischen Stadt Cambridge als Sohn des Ökonomieprofessors John Neville Keynes geboren. Er besuchte eine Privatschule in Eton und nahm fünf Jahre später ein Studium der Philosophie, Geschichte sowie Mathematik am King's College in seiner Geburtsstadt auf. Sein Examen in Mathematik legte Keynes im Jahr 1905 ab und studierte zusätzlich Ökonomie in vertiefter Form. Nur ein Jahr später bewarb er sich um eine Stelle in einem der britischen Ministerien. In der Aufnahmeprüfung war Keynes der Zweitbeste, sodass er nicht ins Finanzministerium wechselte, sondern ins „Indian Office“, welches als ein Ministerium der britischen Regierung galt und zuständig für alle Verwaltungsfragen zwischen Großbritannien und Indien war. Nach seiner Tätigkeit als Dozent am King's College, welche er nach seinem abgeschlossenen Studium ausführte, wurde er schließlich zum Herausgeber des Economic Journal, das zu Lebzeiten als die wichtigste ökonomische Zeitschrift galt. Folglich wurde Keynes im Jahr 1913 Mitglied der „Royal Commission on Indian Finance and Currency“ und kurz darauf als Berater des Schatzministeriums tätig, dessen Zuständigkeiten in der Administration von Fragen der Krisenfinanzierung lag. Anschließend wurde der Ökonom Mitglied der britischen Delegation bei den Friedensgesprächen in Versailles. Er war ein scharfer Kritiker der Versailler Vertrags, sodass er aus der britischen Delegation ausschied. Nur wenige Monate später veröffentlichte Keynes das Buch „The Economic Consequences of the Peace“, womit er weltweit Anerkennung gewann (vgl. Kromphardt, 2013: 11ff.).

DER KEYNESIANISMUS - EIN THEORIEGEBÄUDE DER VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

Vor dem Hintergrund extrem steigender Arbeitslosigkeit als Folge der Weltwirtschaftskrise von 1929-1931, die mithilfe der damals vorherrschenden Theorie nicht erklärt und bekämpft werden konnte, entwickelte Keynes 1936 eine „General Theory“. Keynes Ziel war es, eine Theorie zu entwickeln, die die Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen in Krisenzeiten, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation begründete. Die andauernde Massenarbeitslosigkeit konnte nicht durch die vorherrschende Neoklassik erklärt werden. Diese war der Ansicht, dass Arbeitslosigkeit durch flexible Löhne bekämpft werden kann. Dementsprechend würde ein Angebotsüberschuss auf dem Arbeitsmarkt bzw. eine Arbeitslosigkeit eine Senkung der Löhne zur Folge haben. Umgekehrt gilt, dass ein

Nachfrageüberschuss zu einer Erhöhung von Löhnen führen würde, sodass sich auf dem Arbeitsmarkt schließlich ein Gleichgewicht einstellt. Keynes kritisierte diesen Ansatz und entwickelte eine eigene Theorie, die zwei Hauptkonzepte beinhaltet (vgl. Hallwirth, 1998: 86f.):

Konzept 1: Die effektive gesamtwirtschaftliche Nachfrage als Bestimmungsgröße von Produktion und Beschäftigung.

Konzept 2: Die Liquiditätspräferenz als Bestimmungsgröße des Zinses.

Die genannten Konzepte können sowohl von der Regierung, als auch von der Zentralbank in das wirtschaftspolitische Handeln mit aufgenommen werden. Keynes beschäftigte sich in seinem Hauptwerk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936) mit der Frage, von welchen Faktoren die Beschäftigung abhängig ist. Demnach werden die Unternehmen bei einer hohen effektiven Nachfrage das Produktionsniveau anheben, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bedienen zu können. Das Beschäftigungsniveau wird folglich ansteigen, wodurch ebenso das Volkseinkommen wächst. Eine Erhöhung des Einkommens bewirkt eine Steigerung im Konsum, was sich ebenfalls in einer höheren effektiven Nachfrage widerspiegelt. Damit schließt sich der Kreis und sorgt für eine Art Multiplikatoreffekt. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ist nach Keynes der alleinige Maßstab für Produktion und Beschäftigung. Keynes widersprach der Auffassung des sich selbst regulierenden Marktes, denn er setzte eine generelle Instabilität voraus (vgl. Keynes, 1936: 267). Ungleichgewichte auf dem Güter-, Geld- und Arbeitsmarkt sind Konstellationen konventioneller Art. Der Staat senkt in einer Phase der Rezession oftmals die Ausgaben, wodurch die Nachfrageschwäche verstärkt wird. Laut Keynes ist in der Phase des Abschwungs der Wirtschaft eine expansive Fiskalpolitik vonnöten, um die schwache Nachfrage auszugleichen, wobei der Staat in Zeiten der Expansion das Sparvolumen erhöhen sollte, um die starke Nachfrage und den damit verbundenen Preisanstieg einzudämpfen. Dadurch werden ebenso Mittel für Investitionen frei (vgl. ebd.). Keynes vertritt die Überzeugung, dass ein zu starkes Sparverhalten zu einer höheren Armut einer Volkswirtschaft führt. Während die Neoklassiker davon überzeugt sind, dass das heutige Sparen den Konsum nur in die nächste Zeitperiode verschieben lässt, glaubten die Keynesianer, dass Sparen einen Nachfrageausfall in der heutigen Zeitperiode bewirken würde. Das Ausbleiben der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beschreibt die Ursache einer rezessiven Wirtschaftslage.

Zinsen sowie die Geldmenge waren für Keynes ebenfalls ein Mittel des Staates, die Wirtschaft zu lenken (vgl. Hallwirth, 1998: 89). Bei niedrigen Zinsen können sich sowohl Unternehmen, als auch Haushalte billig Geld leihen, was sich positiv auf die gesamtwirtschaftliche Lage auswirken sollte. Keynes bezeichnet den Zins als Zinstunnel, da dieser einen Übergang von Geld- und Gütermarkt bildet. Des Weiteren wirkt sich der Zins positiv auf die Investitionen aus, wodurch die effektive Nachfrage ebenso gleichgerichtet beeinflusst wird.

Eine weitere wirtschaftsstabilisierende Maßnahme ist die Einkommensumverteilung: Eine zu ungleiche Verteilung des Einkommens war die Ursache für den niedrigen Konsum. Haushalte mit geringerem Einkommen und mit einer hohen Konsumneigung können ihr maximales Konsumniveau nicht ausschöpfen. Aus diesem Grund sollte der Staat die hohen Einkommen stärker besteuern und an Haushalte mit geringem Einkommen umverteilen.

DIE MONETARISTISCHE GEGENREVOLUTION

Nachdem Keynes die wirtschaftspolitische Forderung mit aktiver staatlicher Regulierungspolitik untermauerte, begann Milton Friedman (1912-2006) eine Gegenrevolution, die auf dem von ihm selbst modellierten Monetarismus basierte (vgl. Hallwirth, 1998: 91). Milton Friedman schrieb in seinem Werk „A Theory of the Consumption Function“ (1956) eine neue Theorie nieder, die er „permanent income hypothesis“ nannte. Während Keynes der Ansicht war, dass der Konsum vom verfügbaren Einkommen der jeweiligen Periode abhängt, betonte Friedman, dass der gesamtwirtschaftliche Konsum bedingt durch das permanente Einkommen der Haushalte bemessen wird. Die Hypothese Friedmans umfasst also eine weitere Variable: die Erwartungen bezüglich des Einkommens in den nachfolgenden Perioden (vgl. Hallwirth, 1998: 94). Das erwartete permanente Einkommen lässt sich durch staatliche Eingriffe nicht regulieren, denn bei einer expansiven Fiskalpolitik wird das gestiegene verfügbare Einkommen der Haushalte als transitorisch angesehen. Die Folge wäre ein geringer Anstieg der marginalen Konsumquote. Milton Friedman erkannte zeitliche Verzögerungsmuster und begründete dadurch die wirtschaftlichen Gefahren hinter staatlichen Eingriffen. Dabei spielten sowohl die zeitverzögerten Elemente wie der wirtschaftspolitische Entscheidungsprozess und die Reaktion der Haushalte bzw. Unternehmen eine wichtige Rolle, als auch die Feststellung, ob sich die Wirtschaft im Auf- oder Abschwung befindet. Somit könnte eine expansive Maßnahme keine Wirkung entfalten, weil in der vorherigen Periode eine Rezession herrschte, jedoch in der aktuellen Periode ein wirtschaftlicher Aufschwung vorzufinden sei.

Damit stieß Friedman auf eine Lücke in den bisherigen empirischen Forschungen (vgl. Hallwirth, 1998: 95).

Friedman gehörte zu den Monetaristen und teilte die Ansicht, dass die Änderung der Geldmenge die Entwicklung des nominalen Sozialproduktes kausal beeinflusste. Jegliche Art von Fiskalpolitik ist für den Monetaristen jedoch unwirksam. Mithilfe der Korrelationsrechnung ermittelte Friedman einen statistischen Zusammenhang der Geldmenge und die Höhe des nominalen Sozialproduktes.

Durch den aufgrund der Ölpreisschocks in den 1970er Jahren hervorgerufene Anstieg der Inflationsrate, auf den die Keynesianer keine wirtschaftspolitische Antwort hatten, gewann die Theorie der Monetaristen an Bedeutung. Friedman sah die Steuerung der Geldmenge mithilfe geldpolitischer Maßnahmen als entscheidenden Faktor für die Inflationsbekämpfung (vgl. Friedman, 1980: 61). Schließlich verlor die Keynesianische Schule an Bedeutung und einzelne Elemente wurden in den Mainstream übernommen.

Literaturverzeichnis

- Friedman, M. (1960). *A Program of Monetary Stability*. New York.
Hallwirth, V. (1998). *Und Keynes hatte doch recht: eine neue Politik für Vollbeschäftigung*. Campus-Verlag.
Keynes, J. M. (1936). *The General Theory of Employment, Interest and Money*. London (Macmillan), Wiederabgedruckt in: Keynes, J.M., *Collected Writings*, Vol. X, London u. New York (Macmillan-St. Martins's Press), 1973.
Kromphardt, J. (2013). *Die größten Ökonomen: John Maynard Keynes*. UVK-Verlag-Gesellschaft

8.6. Feministische Ökonomik

Von Thekla Molnar

Ausgangspunkt feministischer Ökonomik ist die Frage danach, wie die Ökonomie die Geschlechterverhältnisse beeinflusst und wie die Geschlechterverhältnisse die Ökonomie beeinflussen. Es werden die Beziehungen und Zusammenhänge zwischen *gender* und ökonomischen Machtverhältnissen untersucht und die Konstruktion und Legitimation von ökonomischem Wissen / Wirtschaftswissenschaften. Darüber hinaus fällt es jedoch sehr schwer eine feste Definition feministischer Ökonomik anzugeben. Vielmehr scheint es eine Vielzahl inhaltlicher sowie methodischer Ansätze feministischer Ökonomik zu geben. Die Theoretiker*innen sind in unterschiedlichen feministischen und unterschiedlichen ökonomischen Denkschulen beheimatet (vgl. Mader und Schultheiss, 2011: 406). Welche gemeinsamen Grundannahmen die verschiedenen Ansätze einen, soll im Folgenden ausgearbeitet werden.

HISTORIE

Historisch lassen sich die ersten Ansätze feministischer Ökonomik bereits im 19. Jahrhundert verorten. Während der ersten Frauenbewegung, die unter anderem das Wahlrecht für Frauen* einforderte, wurden bereits auch Fragen nach besserem Zugang zu Bildungsmöglichkeiten sowie ökonomischer Unabhängigkeit und Entlohnung angesprochen. Konkrete Themen waren dabei die unterschiedliche Entlohnung von Frauen* und Männern* und der Verwehrung des Zugangs von Frauen* zu verschiedenen Berufen, die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes sowie die wirtschaftliche Bedeutung der (unbezahlten) Hausarbeit. Harriet Taylor Mill und John Stuart Mill setzten sich mit der Stellung der Frau und dem Zugang von Frauen* und Männern* zu bestimmten Berufen auseinander. Im deutschsprachigen Raum lässt sich beispielhaft Clara Zetkin aus der proletarische Frauenbewegungen als Stimme der feministischen Ökonomiekritik nennen. In *Die Akkumulation des Kapitals* (1913) entwickelte Rosa Luxemburg die These, dass der Kapitalismus immer auf ein nichtkapitalistisches Umfeld

¹ Das Gendern mit dem Genderstern (*) versucht die Vielzahl der Geschlechter abzubilden. Hiermit soll nicht nur die männliche und die weibliche Form abgebildet werden, sondern auch die Menschen, die sich keinem der beiden Geschlechter eindeutig zuordnen können oder wollen. Der Genderstern stellt alle Geschlechtsidentitäten dar – auch abseits der klassischen gesellschaftlich-hegemonialen zweigeschlechtlichen Teilung. Des Weiteren wird auch bei den Worten „Frau“ und „Mann“ der Genderstern verwendet, um darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei um sozial konstruierte, also keineswegs „natürliche“ Kategorien handelt.

angewiesen sei, um sich reproduzieren zu können. An diesem Punkt knüpften viele spätere feministische Ökonom*innen an. Nach den 1960er Student*innenbewegungen fiel feministische Ökonomiekritik oft mit einer Marxkritik zusammen, insbesondere im Rahmen der sogenannten „Hausarbeitsdebatte“. Hierbei wurden Fragen diskutiert wie der, ob Hausfrauen* Mehrwert schaffen und dementsprechend mehr gewertschätzt oder sogar entlohnt werden sollten. Danach verlangsamte sich das Entwicklungstempo der feministischen Ökonomik. Während in anderen Disziplinen während der 1980er feministische Perspektiven viel stärkeren Einfluss nahmen, bildete sich die feministische Ökonomik erst in den frühen 1990er Jahren als ein eigenes Forschungsgebiet heraus. Die Gründung der International Association For Feminist Economics (IAFFE) 1992 trug zur Institutionalisierung der feministischen Ökonomik bei (vgl. Mader und Schultheiss, 2011: 409).

AUSGANGSPUNKT

Feministische Ökonomik grenzt sich (in den meisten Fällen) klar von der Mainstream Ökonomik ab, da diese auf eine reine Nutzen- und Gewinnmaximierung abziele und viele andere Bereiche nicht miteinbeziehe oder sogar ablehne. Die Neoklassik in Position der herrschenden Doktrin der Wirtschaftswissenschaften wird kritisch betrachtet. Zentraler Kritikpunkt ist die Ausblendung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, sozialen Ungleichheiten, fundamentaler Unsicherheit, Werten und Normen und damit Aspekten, die speziell oder verstärkt Frauen* betreffen (vgl. Mader und Schultheiss, 2011: 405). Machtstrukturen, die Frage der Reproduktionsarbeit, Bestimmung von Löhnen und Gehältern finden keinen Platz in der Neoklassik. Zudem wird in der Mainstreamökonomik das Geschlecht häufig als nicht relevant erachtet, da von einer Geschlechtsneutralität der Theorien ausgegangen wird. Ansätze der feministischen Ökonomik zeigen dagegen auf, inwiefern ökonomische Theorien auf androzentrischen² Wertvorstellungen beruhen und von männlichen* Erfahrungen und Interessen ausgehen (vgl. ebd.: 406)

Im Folgenden sollen einige Grundannahmen dargelegt werden, die sich in den meisten Ansätzen feministischer Ökonomik wiederfinden lassen (vgl. Power, 2004: 4f.)

² Der Begriff Androzentrismus beschreibt, wie auf unauffällige Art und Weise der Mensch mit dem Mann* gleichgestellt wird.

1. Bezahlte und unbezahlte Care- und Hausarbeit sind lebenswichtig für alle Wirtschaftssysteme. Sie sind wesentliche Teile der Ökonomie und sollen daher von Anfang an in jede ökonomische Analyse einbezogen werden.
2. Der zentrale Maßstab wirtschaftlichen Erfolgs soll das „well-being“, das menschliche Wohlergehen sein.
3. Menschliches Handeln und zwischenmenschliche Beziehungen sind zentral für wirtschaftliche Prozesse. Daher sollen Fragen der Macht und des ungleichen Zugangs zu Macht – sowohl hinsichtlich der Prozesse als auch hinsichtlich der Ergebnisse – in ökonomische Analysen mit einbezogen werden.
4. Ethische Urteile im Rahmen von Analysen sind nicht nur zulässig, sondern auch wünschenswert.
5. Frauen* stellen keine homogene Kategorie dar. Ihre Klassenzugehörigkeit und kulturelle Herkunft sowie andere Diskriminierungsfaktoren müssen in die ökonomische Forschung einbezogen werden, da sie für die sozioökonomische Situation einer Person ebenso entscheidend sein können wie ihr Geschlecht.

Insgesamt ist das Ziel des Wirtschaftens im Ergebnis immer die Versorgung einer Gesellschaft mit Gütern und Dienstleistungen. Zudem beinhaltet feministische Ökonomik nicht nur Kritik an bestehenden Verhältnissen sondern möchte auch immer Alternativen aufzeigen.

KRITIKPUNKTE

1. Homo Oeconomicus

Das Menschenbild des Homo oeconomicus, welches in weiten Teilen, wenn auch nicht unangefochten, auch heute noch neoklassischen Theorien zugrunde liegt, wird kritisch hinterfragt. Problematisch erscheint daran vor allem, dass viele der Eigenschaften, die den Homo oeconomicus ausmachen größtenteils männlich konnotiert sind (z.B. ein ausschließlich rationales, egoistisches, emotionsloses, rein seinen individuellen Nutzen maximierendes Verhalten). Des Weiteren wird die angebliche Autonomie und Unabhängigkeit infrage gestellt, mit der der Homo oeconomicus seine Entscheidungen trifft. Eine Risikokalkulation, nach dem Schema des Homo Oeconomicus, ist oft gar nicht möglich, da die Prognosemöglichkeiten als Grundlage des rationalen Handelns in vielen Fällen nicht gegeben sind (Mader und Schultheiss, 2011: 412).

2. Arbeitsbegriff

Der Begriff der „halbierten“ Perspektive weist darauf hin, dass seit Adam Smith der Gegenstandsbereich der Mainstream-Ökonomik auf die Märkte beschränkt ist und so den ganzen Raum unbezahlt sorgenden wirtschaftlichen Handelns außen vorlässt (vgl. Biesecker und Gottschlich, 2013: 187). Unter Arbeit wird in der Mainstream-Ökonomie auch heute immer noch ausschließlich Erwerbsarbeit, also entlohnte Arbeit, verstanden. Dies führt dann etwa in der Messung des ökonomischen Wohlstands dazu, dass die Hausarbeit zwar in die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts einfließt, wenn sie als Dienstleistung zugekauft wird, nicht aber, wenn sie unbezahlt (etwa von der Ehefrau*/Lebensgefährtin/Freundin) erbracht wird. Die bezahlte Erwerbsarbeit würde jedoch sehr schnell ohne die unbezahlte Arbeit nicht mehr funktionieren. Zentrales Forschungsfeld ist seit den 1960er Jahren daher die Untersuchung von unbezahlter Arbeit, die überwiegend von Frauen* geleistet wird. Aktuell wird die Debatte über den Begriff der Care-Arbeit weitergeführt (siehe auch 3.3.) Ziel feministischer Ökonomik ist die Integration aller Care-Arbeiten, auch der unbezahlten, in die ökonomische Theorie. Die feministische Ökonomik fordert den Begriff der Arbeit, wie er bisher verwendet wurde, heraus und zeigt den Bedarf nach einem neuen Arbeitsbegriff auf, der sich nicht ausschließlich am Umgang mit Materie (Produktion) orientiert, sondern auch am Umgang mit Menschen und Zeit (vgl. Mader und Schultheiss, 2011: 416f.).

3. Care-Arbeit

Mit dem Begriff der Care-Arbeit werden umfassend all jene Tätigkeiten bezeichnet, die nötig sind, um unsere Lebenswelt so lebenswert wie möglich zu erhalten. Es handelt sich dabei insofern um feminisierte Arbeit, als diese hauptsächlich Frauen* zugeschrieben wird. Dies geschieht auf Basis der impliziten Unterstellung, dass Frauen* aufgrund ihres Naturells für Care-Arbeit besser geeignet wären. Tatsächlich macht z.B. gemessen in Stunden Care-Arbeit in allen industrieliberalistischen Ländern den größten Arbeitsanteil aus. Trotzdem ist diese meist unbezahlt oder schlecht bezahlt und die Arbeitenden befinden sich in prekarisierten Verhältnissen. Die Care-Debatte, die in den 1980er Jahren in den USA entstanden ist, greift diese Problematik auf. Perspektivisch wird eine Aufwertung und Anerkennung von Care-Arbeit angestrebt. Nancy Fraser war eine derjenigen, die die Diskussion kritisch begleiteten. Ihrer Meinung nach besteht die Gefahr, dass, auch wenn Care-Arbeit aufgewertet wird, diese weiter nur Frauen* zugeschrieben wird. Fraser bevorzugt daher einen dekonstruktivistischen Ansatz, der nicht nur den Wert von Care-

Arbeit anerkennt sondern darüber hinaus auch dazu beiträgt, die Kategorie Gender an sich sowie die Vorstellungen, die wir von Geschlecht und Geschlechterrollen haben, zu hinterfragen (vgl. Biesecker und Gottschlich, 2013: 186f.). Unter dem Begriff *global care chain* wird Kritik daran geübt, wie Care-Arbeit (zum Teil sogar unter dem Deckmantel feministischer Absichten) von privilegierteren zu weniger privilegierten Frauen* umverteilt wird. Frauen* aus reicheren Ländern bezahlen jenen Frauen* aus ärmeren Ländern einen Lohn für das verrichten der Pflegearbeit. Damit verschiebt sich das Ungleichheitsverhältnis jedoch lediglich innerhalb verschiedener Frauen*gruppen (vgl. Yeates, 2009: 175).

4. Gender-Wage-Gap und Geschlechtersegregation am Arbeitsmarkt

Der Gender-Wage-Gap ist eine Bezeichnung für die geschlechtsspezifische Differenz zwischen dem durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn von Frauen* und Männern*. Die Ursachen hierfür können vielfältig sein, wie z.B. eine höhere Beteiligung von Männern* an Erwerbsarbeit, der höhere Anteil von Frauen* in Teilzeitarbeitsverhältnissen oder die sehr geringe Zahl von Frauen* in Führungspositionen. Weiterhin lässt sich dies aber auch durch eine Arbeitsmarktstruktur begründen, in der es typische „Frauen*- und Männer*berufe“ gibt. Frauen* sind dabei häufiger in Berufen tätig, welche von vornherein schlechter bezahlt werden. Es lässt sich also unterscheiden zwischen einer horizontalen und einer vertikalen Segregation. Die Horizontale Segregation stellt die Strukturierung der Arbeitswelt in männliche* und weibliche* Tätigkeitsbereiche dar. Frauen* sind eher in sozialen und pflegendenden Berufen und im Dienstleistungsbereich tätig. Die vertikale Segregation beschreibt dagegen die Ungleichverteilung auf unterschiedlichen Hierarchieebenen. Frauen* sind in Führungspositionen unterrepräsentiert. Karrierewege von Frauen werden durch informelle und oft unsichtbare Barrieren, die den Zugang zu höheren Positionen ermöglichen, die sogenannte Gläserne Decke, versperrt (Hausmann und Kleinert, 2014: 2-5).

5. Methodeneinfalt der Neoklassik

Die Kritik an Methoden der Mainstream Ökonomik bezieht sich auf die Unfähigkeit eine Vielzahl an Fragen beantworten zu können, die aus feministischer Perspektive als wesentlich betrachtet werden. Natürlich gibt es auch hier nicht eine einzige feministische Methode. Stattdessen wird versucht, Methoden anzuwenden, die den jeweiligen Forschungsfragen angemessen sind. Es lässt sich dabei zwar eine Tendenz zu qualitativen Methoden beobachten. Qualitatives Forschen ist in der feministischen Forschung nötig, um

Strukturen aufzudecken, die bisher nicht betrachtet wurden. Zeitgleich ist es aber auch notwendig, Datenerhebungen und Statistiken gendergerecht weiterzuentwickeln und Genderstatistiken zu etablieren. Dabei geht es um mehr als um eine reine Aufschlüsselung vorhandener Daten nach Geschlecht. Genderstatistiken müssen Wege erarbeiten und neue Daten erheben, um die bestehenden Geschlechterverhältnisse und soziale Ungleichheiten besser abbilden zu können (vgl. Mader und Schultheiss, 2011: 414f.).

ANSÄTZE

Exemplarisch sollen nun grundlegende Aspekte zweier Ansätze feministischer Ökonomik dargelegt werden, die viele der oben genannten Kritikpunkte aufgreifen.

1. Bielefelder-Subsistenzansatz

Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof entwickelten diesen Ansatz gegen Ende der 1970er Jahre zusammen mit Maria Mies. Unter dem Begriff der Subsistenzarbeit werden alle jene Tätigkeiten zusammengefasst, die zur Herstellung und Erhaltung des Lebens notwendig sind. Dadurch soll die unsichtbare Basis kapitalistischer Produktion sichtbar gemacht werden. Der Bielefelder- Subsistenzansatz verbindet in seiner Kritik die Ausbeutung von Frauen*arbeit mit der Ausbeutung von Menschen des Globalen Südens und der Natur (vgl. Gottschlich und Biesecker, 2013: 181). Ein zentraler Begriff ist der „Hausfrauialisierung“, wobei „hausfrauisiert“ als Synonym für prekäre, ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Flexibilität, Isolation, geringen Lohn und eine zeitlich nahezu unbegrenzte Verfügbarkeit verwendet wird. Bennholdt-Thomsen und von Werlhof stellten die These auf, dass Männer in einer zukünftigen neoliberalen Ökonomie ebenso in „hausfrauisierten“ und damit prekären Positionen gelangen würden (vgl. Baier, 2008: 76f.).

2. Vier-in-einem Perspektive

Das Konzept stammt von Frigga Haug. Haug formulierte darin ihre Kritik an der Unterdrückung der Frauen* im Kapitalismus. Den Ursprung für diese sieht sie in der Verfügung der Männer* über die weibliche* Arbeitszeit und den sexuellen Körper. In ihrer Argumentation bezieht sich Haug unter anderem auf Marx. Demnach ist der Mensch dort, wo er arbeitet nicht zuhause, und wo er zuhause ist, arbeitet er nicht. Hieran zeigt sich ganz deutlich, dass, zumindest nach dieser Definition, in der häuslichen Sphäre per se keine Arbeit stattfinden kann. Beide Bereiche folgen nach Haug einer unterschiedlichen Zeitlogik.

Die eine Arbeit kann nicht in die andere verwandelt werden. Haug lehnt dementsprechend auch die Forderung nach „Lohn für Hausarbeit“ ab. Außerdem werden noch zwei Bereiche der Arbeit hinzugefügt: Arbeit an sich selbst (Selbstentfaltung) und die politische Einmischung. Ziel ist es, alle Arbeiten auf alle Gesellschaftsmitglieder umzuverteilen. Dazu muss die Erwerbsarbeit um die Hälfte gekürzt werden. Auf jede Person entfallen damit vier Stunden pro Tätigkeitsbereich täglich. Die vier Bereiche sollen auch in ihrer Bedeutung und Wichtigkeit miteinander verknüpft werden. Erwerbsarbeit müsste dementsprechend an Wichtigkeit verlieren, während sorgende Lebensarbeit aufgewertet werden sollte (vgl. Gottschlich und Biesecker, 2012: 184f.).

Es ist deutlich geworden, dass die feministische Ökonomik einerseits auf blinde Flecken des Mainstreams hinweist und gleichzeitig eine eigene Theorieschule darstellt. Als Denkschule umfasst die feministische Ökonomik eine Vielzahl an Ansätzen, die zum Verständnis von ökonomischen Zusammenhängen von zentraler Bedeutung sind.

Literaturverzeichnis

- Baier, A.: Subsistenzansatz: Von der Hausarbeitsdebatte zur „Bielefelder Subsistenzperspektive“. In: Ruth Becker Beate Kortendiek (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- Biesecker, A.; Gottschlich, D. (2013): Wirtschaften und Arbeiten in feministischer Perspektive: geschlechtergerecht und nachhaltig? In: Hofmeister, Sabine/ Katz, Christine/ Mölders, Tanja (Hg.): Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit. Die Kategorie „Geschlecht“ in den Nachhaltigkeitswissenschaften. Barbara Budrich. Opladen
- Hausmann, A.; Kleiner, C. (2014): „Männer- und Frauendomänen kaum verändert.“ In: IAB Kurzbericht (9): S. 1-8
- Mader, K.; Schultheiss, J. (2011): „Feministische Ökonomie – Antworten auf die herrschenden Wirtschaftswissenschaften?“ PROKLA 41. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 164 (41) Nr. 3. Westfälisches Dampfboot. Scheßlitz
- Power, M. (2004): Social Provisioning as a Starting Point for Feminist Economics. In: Feminist Economics 10 (3): S.3-19. Taylor and Francis Group
- Exploring Economics: Feministische Ökonomie (Abrufdatum 31.08.2017, 18:44)
<https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/feministische-oekonomik/>
- Yeates, N. (2009): “Production for Export: The Role of the State in the Development and Operation of Global Care Chains.” In: Population, Space and Place (15): S. 175 - 187

8.7. Ökologische Ökonomik

von Yannik Beermann und Milan Jakob Reda

Nachhaltige Entwicklung gilt als eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind bereits heute spürbar und werden sich in der Zukunft noch verstärken (vgl. World Meteorological Organization, 2017: 3). Auch innerhalb der Wirtschaftswissenschaften wird nach Wegen und Antworten gesucht, um dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung näher zu kommen.

Costanza (1991: 3) definiert Ökologische Ökonomik als ein transdisziplinäres Feld der Wissenschaft, welches die Beziehung zwischen Ökosystemen und Ökonomischen System zum Gegenstand hat. In der Ökologischen Ökonomik versteht man unter Nachhaltigkeit die Gerechtigkeit zwischen Generationen. Der Schutz der Umwelt ist ein zentrales Anliegen, damit auch nachfolgende Generationen gut leben können (vgl. Bartkowski, 2016). In der neoklassischen Wirtschaftstheorie werden Umweltprobleme in der Umwelt- und Ressourcenökonomik behandelt. Hier werden auftretende Belastungen der Umwelt als externe Effekte betrachtet, die durch Internalisierung reduziert werden können. Ausgeblendet wird hierbei aber, dass Umweltprobleme ein strukturelles Problem sind. In der Ökologischen Ökonomik finden viele Methoden und Ansätze der Neoklassik Anerkennung und werden genutzt, es wird jedoch ein transdisziplinärer Ansatz verfolgt. Scharfe Abgrenzungen zwischen den einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen werden als Hindernis gesehen, da die menschengemachten Auswirkungen auf die Natur so vielfältig sind, dass eine einseitige Betrachtung keine ganzheitlichen Lösungen hervorbringen kann. Dies entspricht einem holistischen und pluralistischen Wissenschaftsverständnis (vgl. Costanza et al. 2015: 87). Ökonomische und ökologische Prozesse werden also eher aus einer Systemperspektive heraus untersucht, wohingegen die Mainstreamökonomik sehr stark mikroökonomisch geprägt ist. Ein weiteres zentrales Merkmal der Ökologischen Ökonomik liegt darin, dass hier auch die Frage einer absoluten Wachstumsgrenze diskutiert wird, beziehungsweise welches Niveau der wirtschaftlichen Produktion nachhaltig ist und wie dieses erreicht werden kann. Denn auch wenn technologische Innovationen für immer mehr Energie- und Ressourceneffizienz sorgen, ist auch hier mit einer Sättigung zu rechnen. Zudem können Reboundeffekte dafür sorgen, dass eingesparte Emissionen durch anderweitigen Konsum wieder ausgeglichen werden. Die Frage wie eine nichtwachsende Volkswirtschaft aussehen könnte ist jedoch nur eines von vielen

Themengebieten. Infrage gestellt wird beispielsweise auch ob der Wohlstand einer Volkswirtschaft in Geldeinheiten (BIP) gemessen werden soll, oder ob es vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit sinnvoller ist, den Umfang einer Volkswirtschaft in der Menge zur Produktion eingesetzten Energie zu messen, oder mit anderen erweiterten Indexen wie dem Genuine Progress Indicator, der auch externe Effekte wie zunehmende Umweltschäden miteinbezieht (vgl. Costanza, 2015: 149).

In ihrem einführenden Band zur Ökologischen Ökonomik machen Costanza et al. (2015: 89) drei Ziele aus: Das Erreichen eines nachhaltigen Umfanges der wirtschaftlichen Produktion und ihrer gerechten Verteilung sowie eine effiziente Allokation der Ressourcen. Dazu braucht es eine Vorstellung davon wie die Welt funktioniert und welche Art von nachhaltiger Entwicklung angestrebt werden soll. Es braucht Analysemethoden und Modelle die bei dieser Art von Entwicklung auftretenden Fragen und Problemen gerecht wird, sowie geeignete Institutionen und Instrumente um die Vorstellung umzusetzen. Mit dem klaren normativen Ziel der Nachhaltigkeit unterscheidet sich die Ökologische Ökonomik von der vorherrschenden Neoklassik, welche sich selbst als wertfreie Wissenschaft betrachtet.

Doch was genau versteht man in der Ökologischen Ökonomik unter Wirtschaft und in welchen Kontexten wird diese betrachtet? Wirtschaft wird als ein Subsystem betrachtet, eingebettet in die sie umgebenden System Gesellschaft und Biosphäre. Dieses Bild macht deutlich, dass die Wirtschaft überhaupt erst durch die Natur und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse entstehen konnte. Die Zukunft der Wirtschaft ist also abhängig vom Fortbestand der Natur. Wirtschaft wird als ein offenes System betrachtet: sie bezieht Ressourcen aus der Biosphäre und emittiert Schadstoffe und Abfälle, die bei der Produktion anfallen. Wächst die Wirtschaft jedoch zu schnell und ihr Umfang wird zu groß können sich die Ressourcen nicht nachhaltig reproduzieren. Das heißt, die Menge dieses Austausches ist absolut begrenzt. Sowohl die Menge der verbrauchbaren Ressourcen ist begrenzt, als auch die Aufnahmekapazität an Schadstoffen und Abfällen (vgl. Martínez-Alier et al. 2015: 2). Innerhalb dieser Materiellen Grenzen soll allen Lebewesen eine hohe Lebensqualität zu gute kommen. Was genau ein gutes Leben bedeutet bleibt hierbei jedoch offen. Deutlich wird aber erneut der Anspruch sich nicht nur mit genuin ökonomischen Fragen zu beschäftigen sondern auch mit den sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Folgen. Ein Schwerpunkt liegt also auch darin anzuerkennen, dass die verschiedenen Systeme miteinander verwoben sind und sich gegenseitig beeinflussen. Ein gutes Argument dafür,

sich bei der Analyse nicht nur auf eines dieser Systeme zu beschränken. Bei der Betrachtung stark interdependenten Systeme wird es immer Unwissenheit und Unsicherheiten geben. Das heißt, bestimmte Auswirkungen können nicht vorhergesagt werden, sodass stets nach dem Vorsichtsprinzip gehandelt werden sollte. Zudem sollen gesellschaftliche Institutionen und Unternehmen proaktiv statt reaktiv handeln. Als pluralistische Wissenschaft sollte in der ökologisch-ökonomischen Forschung Offenheit gegenüber verschiedenen Ansätzen und Denkmustern gegeben sein. Es gibt nicht „den einen“ richtigen Weg um die Welt zu erklären, da sie einfach zu komplex ist.

Ein weiterer grundlegender Unterschied zur Mainstreamökonomie liegt bei den verschiedenen Arten von Kapital und in inwieweit diese untereinander substituierbar sind. Die Ökologische Ökonomik definiert neben physischem Kapital und Humankapital auch noch Naturkapital. Dieses wird definiert als ein Bestand, der einen fortlaufenden Durchsatz in Form von Gütern und Dienstleistungen hervorbringt. Dies kann beispielsweise ein Fischbestand sein, der jährlich einen bestimmten Ertrag Fisch hervorbringt. Eine Fischerin kann so viel fangen, dass der Bestand irgendwann aufgebraucht ist, oder gerade so viel, dass der Bestand erhalten bleibt. Die Bestandsgröße, die ein nachhaltiges natürliches Einkommen generiert, bezeichnet man als Naturkapital. Die jährliche Menge, die das Naturkapital nicht aufzehrt wird natürliches Einkommen genannt. Damit man ein nachhaltiges natürliches Einkommen hat, muss die Natur als Ganzes funktionieren und somit ist ein guter Zustand des Ökosystems ein wichtiger Bestandteil natürlichen Kapitals. Der Erhalt des natürlichen Kapitals kann als das zentrale Anliegen der Ökologischen Ökonomik betrachtet werden (vgl. Costanza et al. 2015: 120f).

In der Neoklassik gibt es solch eine Art von Kapital nicht, es würde wohl eher als natürliche Ressource bezeichnet werden. Dabei geht man davon aus, dass natürliche Ressourcen und menschengemachtes Kapital annähernd perfekte Substitute sind. Dies wird in der Ökologischen Ökonomik verneint oder zumindest infrage gestellt (vgl. Costanza et al. 2015: 115; Decker et al. 2012: 6). Costanza et. al (2015: 115) sind der Ansicht, dass die Annahme der vollständigen Substituierbarkeit nicht den realen Tatsachen entspricht: wäre menschengemachtes Kapital ein perfektes Substitut für Naturkapital, so müsste dies auch umgekehrt der Fall sein. Wenn dem so wäre, müsste man jedoch gar kein menschengemachtes Kapital erzeugen, da man ja bereits ein perfektes Substitut hätte. Andererseits gibt es historisch gesehen viele Beispiele dafür, dass steigende Rohstoffknappheit durch

Substitute entschärft werden können. Ein Beispiel dafür wäre der Wechsel von Holz auf Kohle als Brennstoff im England des 18. Jahrhunderts, welcher mit Innovationen wie der Dampfmaschine einherging (vgl. Faber, 2014: 209f.). Ausgeblendet wird hierbei jedoch, dass es für menschengemachtes Kapital immer natürliche Ressourcen braucht. Die Annahme der perfekten Substitute hält einer ganzheitlichen Betrachtung also nicht stand. Es erscheint daher plausibler davon auszugehen, dass es sich um Komplemente handelt (vgl. Costanza et al. 2015: 115). So geht auch man in der ökologisch-ökonomischen Konsumtheorie nicht davon aus, dass die Aufgabe eines Gutes durch eine bestimmte Menge eines anderen Gutes ausgeglichen werden kann (Martínez-Alier et al. 2015: 9).

In der Neoklassik geht man von potentiell unbegrenzten Bedürfnissen des Menschen aus. Man spricht auch von der Nichtsättigungsannahme (vgl. Faber et al. 2014: 221). Zwar ist es aufgrund von Knappheit unrealistisch anzunehmen, dass diese unendlichen Bedürfnisse tatsächlich annähernd befriedigt werden können. Vor dem Hintergrund einer absolut begrenzten Tragfähigkeit der Erde und einer wachsenden Bevölkerung, ergibt sich hieraus dennoch ein grundsätzliches Problem, da sich beobachten lässt, dass der Grad der Bedürfnisbefriedigung immer weiter steigt. Hieraus ergibt sich ein weiteres Forschungsfeld der Ökologischen Ökonomik, die sich bei der Frage der Bedürfnisbefriedigung nicht nur auf die Güterausstattung beschränkt, sondern auch andere, immaterielle Faktoren miteinbezieht (vgl. Costanza et al. 2007: 275).

Bedürfnisse und Präferenzen schlagen sich auch in den individuellen, menschlichen Handlungen nieder. Wie wird dieses in der Ökologischen Ökonomik betrachtet? Sie versucht, menschliches Handeln durch die Einbeziehung von Erkenntnissen aus den Verhaltenswissenschaften und der Sozialpsychologie zu ent rationalisieren, beziehungsweise ein differenzierteres Bild zu bekommen, ähnlich dem Ansatz wie er in der Verhaltensökonomik verfolgt wird. Eine wichtige Grundannahme besteht darin, dass nicht von vorab festgelegten Präferenzen der Individuen ausgegangen wird, sondern dass diese in deliberativen sozialen Prozessen konstruiert werden. Daher ist beispielsweise auch die ökonomische Bewertung von Umweltgütern umstritten (vgl. Bartkowsky 2016). Der methodologische Individualismus wird in der Ökologischen Ökonomik kritisiert: es sei nicht möglich kollektive Phänomene nur durch individuelle Handlungen zu erklären. Dabei wird nicht verneint, dass den Akteuren innerhalb der Wirtschaft um ihre eigenen Interessen geht. Die Vorstellung von einem Homo oeconomicus, dessen Identität ausschließlich aus

seiner Zahlungsbereitschaft für bestimmte Güter besteht wird jedoch als reduktionistisch abgelehnt. Es wird betont, dass auch die sozialen Beziehungen auf unterschiedlichen Ebenen mit in Betracht gezogen werden sollten (vgl. Costanza et al. 2015: 183).

Es ist also der transdisziplinäre Ansatz der die Ökologische Ökonomik als ein eigenständiges Feld der Wissenschaft erscheinen lässt. Paradoxe Weise ließe sich sagen, dass sie sich genau wie die Umweltökonomik mit externen Effekten beschäftigt. Der Unterschied liegt jedoch darin, dass die Ökologische Ökonomik diese als *nicht-externe* Effekte sieht, da sie sich eben nicht ausschließlich mit der Analyse von Märkten beschäftigt, sondern die Wirkungsweise und die Konsequenzen auf Gesellschaft und Umwelt dabei miteinbezieht.

METHODEN DER ÖKOLOGISCHEN ÖKONOMIK

Von Bedeutung bei der Betrachtung von Theorieschulen sind nicht nur die zuvor gewählten Annahmen und normativen Voraussetzungen, sondern auch die Methoden in denen das Theoriegebäude ganz konkret umgesetzt wird. Die Ausgestaltung der Forschung macht deutlich mit welchem Ansatz eine Theorieschule an Fragestellungen und Probleme herantritt. Bei der ökologischen Ökonomik ist es besonders interessant auf die Methoden zu blicken da man hier mit verschwimmenden Grenzen zwischen ökologischer und Umweltökonomik konfrontiert ist. Die im Folgenden diskutierten Paper stammen aus dem Journal „Ecological Economics“, welches als das Leitjournal für die ökologische Ökonomik gilt.

1. CO2-Steuern

Die Neoklassik widmet sich Umweltproblemen über das Mittel der handelbaren Rechte (z.B. CO2-Zertifikate) oder der Pigou Steuer. Es wird davon ausgegangen das Angebot oder Nachfrage einen negativen Effekt haben, die externen Kosten. Diese werden auf die jeweilige Kurve aufgeschlagen und auf diesem Wege ein neues Gleichgewicht und die zu diesem Gleichgewicht gehörende Steuer errechnet. Auf diesem Wege wird ein Optimum unter Berücksichtigung der Externalitäten erreicht.

Diese neoklassisch-umweltökonomische Analyse ist auch in der ökologischen Ökonomik weit verbreitet, es findet jedoch häufig eine quantitative und qualitative Erweiterung um Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Verteilung von Einkommen statt. Dieser Fokus resultiert aus einer Annahme der ökologischen Ökonomik die die Wirtschaft in Biosphäre

und Gesellschaft eingebettet sieht. Beliebt ist dabei die Forschungsfrage ob CO2- und Umweltsteuern Einfluss auf die Einkommensverteilung in Volkswirtschaften haben. Anhand des dänischen CO2-Steuersystems wurde bspw. untersucht ob ein regressiver Steuereffekt vorliegt. Hierzu hat man ein normales Input-Output-Modell mit Daten über Konsumneigungen und CO2-Intensitäten gefüllt und so die direkten und indirekten Steuerbelastungen unterschiedlicher Einkommensgruppen ermittelt. Dabei konnte gezeigt werden, dass vor allem die direkte Steuerbelastung für z.B. Strom und Heizung einen regressiven Effekt auf die Einkommen hat. Die indirekten Steuern wirken hingegen progressiv, insgesamt ist die direkte Steuerlast aber höher. Die Analyse wird abschließend noch auf Bevölkerungsgruppen wie Stadt und Land und ähnliches auf gesplittet um das Bild auszudifferenzieren (vgl. Wier et al. 2005). In weiteren Artikeln wird darüber hinaus noch die Frage aufgeworfen wie der regressive Effekt gedämpft werden kann, so z.B. durch eine stärkere Ausdifferenzierung nach den unterschiedlichen Treibhausgasen (vgl. Kerkhof et al. 2008). Ebenso wird zu der Frage geforscht ob höhere CO2-Steuern eher akzeptiert werden, wenn das Steuersystem als fair angesehen wird (vgl. Hammar, et al. 2006). Das ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil die ökologische Ökonomik das normative Ziel der Nachhaltigkeit hat und deswegen bestrebt ist schnelle Anpassungsmaßnahmen der Wirtschaft zu erreichen.

2. Multi-Level-Perspective

Die ökologische Ökonomik strebt nach einer holistischen Vorgehensweise auf Basis der Systemtheorie, da die reduktionistische Analyseart der Neoklassik bzw. aktueller Wissenschaft dem Charakter von Ökosystem und Ökonomie nicht gerecht werde (vgl. Constanza et al. 2001: 61). In diesem Sinne braucht es Methoden die Interdependenzen und Transformationen wahrnehmen und analysieren können. Bisher fehlt der ökologischen Ökonomik noch eine eigene Makroökonomie die diese Aufgabe leisten kann, es gibt aktuell Bestrebungen zusammen mit Post-Keynesianern einen Makro Ansatz zu entwickeln. Eine Methode die diesem makroökonomischen Anspruch am ehesten gerecht wird ist die Multi-Level-Perspective (MLP) aus der Inter- und Transdisziplinären Forschung.

In der MLP werden 3 Ebenen unterschieden, *Landscape*, *Regime* und *Niche*. Dabei steht erstere für langanhaltende Trends und Paradigmen, wie z.B. demografische Trends aber auch den Neoliberalismus. Die Regimeebene beschreibt aktuelle Institutionen politisch, sozialer und ökonomischer Art und somit eine Ebene mit einer höheren Flexibilität und Veränderbarkeit als die *Landscape*. In der *Niche* findet die Flexibilität ihren Höhepunkt, hier

sind die Innovationen anzutreffen. Das Besondere des Modells ist die Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen den Ebenen, es kann analysiert werden wie Effekte aus den unterschiedlichsten Disziplinen ausdifferenziert auf die unterschiedlichen Akteure wirken. Dies kommt der ökologischen Ökonomik entgegen die eine interdisziplinäre Vorgehensweise anstrebt und auch einen Fokus auf Institutionen legt.

Wenngleich die MLP auf den ersten Blick wenig nach Ökonomik aussieht basiert auch diese Methode darauf, aussagekräftige Variablen zu ermitteln und diese in einen qualitativen Prozess einzuordnen. In der ökologischen Ökonomik werden nebst Ansätzen wie Diskursanalyse (Martin, 2016), oder der Betrachtung von Politikmaßnahmen auch Mikroökonomische Analysen durchgeführt welche dann Eingang ins Modell finden und einen Beitrag dazu leisten Wechselwirkungen und Regime-Changes zu erklären. In der Forschung zur Energiewende wird bspw. der Effekt der vorrangigen Einspeisevergütung für erneuerbare Energien auf den Strompreis untersucht, der *Merit Order Effekt* (vgl. Strunz, 2014). Hier kann ganz eindeutig die negative Preisentwicklung und damit verbundene Verdrängung konventioneller Kraftwerke quantifiziert werden und in der MLP als Variable dargestellt werden.

Besagtes Paper verdeutlicht auch warum die ökologische Ökonomik von deliberativen Präferenzen ausgeht, denn die Einführung des EEG hat dazu geführt das für viele Menschen der Aufbau von z.B. Windkraftanlagen möglich wurde. Diese Beteiligung an erneuerbaren Energien hat zugleich bei vielen Menschen die Präferenzen geändert, dahingehend das heute Befürworter erneuerbarer Energien bspw. auch in konservativen Parteien anzutreffen sind (vgl. Strunz 2014). Es zeigt sich gerade an der MLP das mit zunehmender Komplexität des betrachteten Gegenstandes die Existenz vordefinierter Präferenzen unwahrscheinlich ist. Dazu aber mehr bei der Bewertung von Umweltgütern.

BEWERTUNG VON UMWELTGÜTERN

Die Bewertung von Umweltgütern ist in der ökologischen Ökonomik das mit am stärksten und kontroversesten diskutierte Thema. Auf der einen Seite gibt es Ökonomen die Bewertungen durchführen, mit der Begründung das in einem marktwirtschaftlichen System die Bepreisung von Gütern ein erster Schritt zur Besserung ist. Auf der anderen Seite gibt es Ökonomen die davon ausgehen das eben jene Bepreisung erst Recht zu einer Kommodifizierung führt und damit die Probleme noch verschärft. Die Kritik entzündet sich

dabei vor allem daran das Umweltgüter auf Basis von Nutzen bewertet werden, also WTP und WTA.

Die Kritik beginnt damit das eben diese beiden Werte für gewöhnlich nicht übereinstimmen, was sich darin begründet das Verluste von Menschen zumeist stärker gewichtet werden (vgl. Knetsch, 1994: 41). Die Differenz macht es jedoch schwer einen konkreten Wert zuzuordnen. Ein weiteres Problem ist auch, das Ergebnisse der Umweltbewertung zumeist deutlich von ihrem Untersuchungskontext abhängen. Ein für eine Tonne CO₂ ermittelter Wert kann deutlich von anderswo ermittelten Werten abweichen.

Ebenfalls stellt sich ein viel größeres Problem ein, die individuellen Präferenzen müssen nicht zwangsläufig etwas mit dem Wert zu tun haben den ein Ökosystem oder eine darauf angebrachte Schutzleistung haben. In Versuchen wurden Gruppen gefragt ob sie für unterschiedlich große Schutzgebiete für Fische jeweils 50 Dollar zu zahlen bereit wären. Die Annahme, dass mit steigender Schutzleistung die Zahl der Zahlenden zunimmt hat sich aber nicht bestätigt (vgl. Knetsch, 1994: 41). Die Einflussfaktoren liegen zu einem darin das hier subjektiver Nutzen ermittelt wird und zum anderen darin das die Befragten zumeist einen signifikanten Mangel an Informationen zu Ökosystemen haben. Um die Differenz zwischen wissenschaftlich erkennbaren ökologischem Wert und der ermittelten WTP oder WTA zu verringern werden mittlerweile auch Informationsworkshops vor den Befragungen durchgeführt. Das passt zu der Annahme der ökologischen Ökonomie das Präferenzen deliberativ und nicht bereits vordefiniert sind. Ebenso versuchen ökologische Ökonomen die Unsicherheiten bei den Bewertungsprozessen zu berücksichtigen und fordern damit eine Abkehr von der Arbeit mit klaren Wahrscheinlichkeiten, wie sie in der Neoklassik z.T. angewandt werden (vgl. Constanza, 2001: 165-171).

Gerade bei der Umweltbewertung wird jedoch auch deutlich das die Alternativen noch fehlen. Die ökologische Ökonomik hat den Anspruch neue Ansätze und Verfahren zu entwickeln, kann diesen Anspruch bisher aber nur bedingt erfüllen. Im Sinne der starken Nachhaltigkeit müssten Wirtschaftsprozesse wohl in einer Art stattfinden die die Erhaltung von Ökosystemen gleich zu Beginn als Beschränkende Ausgangslage wahrnehmen und achten. Das dürfte mit schlecht ermittelten Werten die den ökologischen Nutzen nicht reflektieren schwer zu machen sein. Eine konkrete andere Vorgehensweise wird bisher aber auch noch nicht genannt.

Literaturverzeichnis:

- Bartkowski, Bartosz (2016): Ökologische Ökonomik.
<https://www.exploring-economics.org/de/orientieren/oekologische-oekonomik/> (aufgerufen am 20.08.2017).
- Costanza, Robert (1991): Ecological Economics: the science and management of sustainability. New York.
- Costanza, Robert et al. (2001): Einführung in die ökologische Ökonomik. Stuttgart.
- Costanza, Robert (2007): Quality of Life: An approach integrating opportunities, human needs, and subjective well-being. Ecological Economics 61, S. 267-276.
- Costanza, Robert et al. (2015): An Introduction to Ecological Economics. Boca Raton.
- Decker, Christopher S. und Mark E. Wohar 2012: Substitutability or complementarity? Re-visiting Heyes' IS-LM-EE model. Ecological Economics 74, S. 3-7.
- Faber, Malte / Manstetten, Reiner (2014): Was ist Wirtschaft? Von der Politischen Ökonomie zur Ökologischen Ökonomie. München.
- Hammar, Henrik / Jagers, Sverker C. (2006): What is a fair CO₂ tax increase? On fair emission reductions in the transport sector. Ecological Economics 61, S. 377-387.
- Kerkhof, Annemarie C. et al. (2008): Taxation of multiple greenhouse gases and the effects on income distribution. A case study of the Netherlands. Ecological Economics 67, S. 318-326.
- Knetsch, Jack L. 1994: Environmental Valuation. Some problems of wrong questions and misleading answers, in: Spash, Clive L. (Hrsg.): Ecological Economics. Environmental Values, London, S.40-57.
- Martin, Chris J. (2016): The sharing economy. A pathway to sustainability or a nightmarish form of neoliberal capitalism? In: Ecological Economics 121, pp. 149-159.
- Martínez-Alier, Joan und Muradian, Roldan (2015): Handbook of Ecological Economics. Cheltenham.
- Strunz, Sebastian (2014): The german energy transition as a regime shift. Ecological Economics 100, S. 150-158.
- Wier, Mette et al. (2005): Are CO₂ taxes regressive? Evidence from the Danish experience. Ecological Economics 52, S. 239-251.
- World Meteorological Organization 2017: WMO Statement on the State of the Global Climate in 2016. https://library.wmo.int/opac/doc_num.php?explnum_id=3414 (aufgerufen am 20.08.2017).

8.8. Postkoloniale Perspektiven auf die Ökonomik

Sabina Bals

REFLEXION DER EIGENEN PERSPEKTIVE

Als *weiße* Studentin an einer deutschen Universität bin ich selber Teil des eurozentrischen Wissenschaftsbetriebes. Ich möchte mir im Folgenden nicht die postkoloniale Perspektive aneignen und mir ist bewusst, dass ich nicht für die Subalternen sprechen kann. Allerdings finde ich es wichtig, im Rahmen des Forschungsprojekts „Orthodoxe und heterodoxe ökonomische Theorien“ Eurozentrismus zu reflektieren und marginalisierten Stimmen und Sichtweisen Raum zu geben. Um zu betonen, dass es mir nicht darum geht, „eine *weiße* ‚antirassistische‘ Kritikelite zu bilden, die ihr eigenes Weißsein analysiert und von dieser Nische aus Diskurse produziert, die es ihr ermöglichen, sich wieder in ihrer eigenen *weißen* Progressivität zu verlieren“ (Eggers, 2005: 16), möchte ich gleich zu Beginn darauf hinweisen, dass Weißsein nur dekonstruiert werden kann, wenn eine größere Diversität, nicht nur in den Inhalten der Forschung, sondern auch an Perspektiven der Forschenden im deutschen Raum vorliegt.

EINLEITUNG

Laut des Oxfam Briefing Paper „An Economy for the 99 %“ (2017) besitzen acht Männer so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung und seit 2015 besitzen die Reichen 1 % mehr als der Rest der Weltbevölkerung. Die intranationale Schere zwischen Armen und Wohlhabenden geht immer weiter auseinander. Ungerechtigkeit innerhalb eines Staates, nicht zwischen Staaten, scheint heute die Regel zu sein (Giffard-Foret 2013). Wie groß ist der Einfluss von (Neo-) Kolonialisierung heute auf nationale Wirtschaftssysteme? Sind die Herrschaftsstrukturen der Länder des globalen Nordens abgebaut und durch gänzlich andere, intranationale Strukturen abgelöst? Ist die postkoloniale Perspektive auf die Ökonomik noch relevant? Oder werden, wie Giffard-Foret (2013: 1) argumentiert, postkoloniale Perspektiven auf die Ökonomik gerade relevant, da ehemalig kolonisierte Länder weltweit wirtschaftliche Vormachtstellungen einnehmen? Im Folgenden werde ich versuchen aufzuzeigen, dass koloniale Denkmuster noch immer unser Verständnis von Wirtschaft, Entwicklung und Fortschritt beeinflussen und die postkoloniale Perspektive auf die Ökonomik auch heute noch Relevanz hat, da sie hilft bestehende Machtstrukturen aufzudecken, unser Verständnis von Wirtschaft zu erweitern und unterschiedliche Wirtschaftssysteme ganzheitlicher zu betrachten, indem sie Kultur als

Analysekategorie bei der Untersuchung von Wirtschaftsweisen integriert. Zum Schluss werden konkrete Forderungen an die Ökonomik aus postkolonialer Perspektive dargestellt und die Frage, was diese für die Lehre der Volkswirtschaft bedeuten können, angerissen.

POSTKOLONIALE THEORIE UND ÖKONOMIK

Wie kann eine Analyse der Ökonomik aus postkolonialer Perspektive aussehen? Um diese Frage beantworten zu können, werde ich einen kurzen Überblick über postkoloniale Theorie geben und eine mögliche Definition des Begriffs Postkolonialität vorstellen. Nach Adam und Tiffin bezeichnet Postkolonialität „in Set diskursiver Praxen, die Widerstand leisten gegen Kolonialismus, kolonialistische Ideologien und ihre Hinterlassenschaften“ (Castro Varela und Dhawan 2015, 17, nach Adam und Tiffin 1991, vii). Dabei sind die Fragen nach Hegemonie, Subalternität und Marginalisierung die wesentlichen Grundlagen der postkolonialen Kritik (Zein-Elabdin, 2004: 1). Die Theorie beschäftigt sich heutzutage auch mit aktuellen, neokolonialen Machtverhältnissen und den Auswirkungen von Kolonialisierung und Migration in den Metropolen (Castro Varela und Dhawan, 2015: 18). Aufgrund ihres starken Einflusses auf die Entwicklung der postkolonialen Theorien, bezeichnet Young (1995:163) die drei Literaturwissenschaftler*innen Edward Said, Gayatri Ch. Spivak und Homi Bhabha als „Heilige Dreifaltigkeit“ (Holy Trinity) eben dieser. Said entwickelte das Konzept des Orientalismus, welches erklärt, dass durch die Beschreibungen des Westens vom Orient beides konstruiert und letzteres Abweichung vom Okzident abgewertet wird (vgl. Castro Varela und Dhawan, 2015: 102). Das Konzept "Orientalismus" wird mittlerweile als generischer Begriff genutzt, „der beschreibt, wie dominante Kulturen andere Kulturen repräsentieren und damit erstere wie letztere konstituieren“ (ebd., 95). Er analysiert so den Zusammenhang zwischen Wissensproduktion und dem europäischen Imperialismus und zeigt, dass die „Beschreibungssysteme des Westens zutiefst mit Strategien der Macht durchzogen sind“ (Castro Varela, Dhawan, 2005: 32). Spivak unterscheidet sich merklich von den anderen beiden postkolonialen Theoretikern durch ihre geschlechtssensible Perspektive, welche beispielsweise in ihren einflussreichen Darlegungen zum „vergeschlechtlichten subalternen Subjekt“ zum Ausdruck kommen (Castro Varela und Dhawan, 2015: 163). So war sie eine der ersten Theoretiker*innen, die Beziehungen zwischen Feminismus und Postkolonialität untersuchte (Jones, 2011: 32). Auch legt sie ihren Fokus stärker auf globale wirtschaftliche Zusammenhänge und die Widersprüche innerhalb der Länder des globalen Südens als die anderen beiden Gründungsfiguren (Nandi, 2012: 121).

Auch Homi Bhabha prägte wesentliche Begriffe und Konzepte der postkolonialen Theorie, wie das Konzept des dritten Raums, und die Begriffe Mimikry und Hybridität (Castro Varela und Dhawan, 2015: 219). Den aus der Biologie stammenden Begriff der Hybridität deutet er konstruktivistisch um und wendet ihn auf ethnisch und kulturell gemischte Gesellschaften an (Fludernik und Nandi, 2001: 10). Dabei liegt Bhabhas Angelpunkt darin, „dass die internen Differenzen produktiver werden und so koloniale, rassistische oder nationalistische Konzeptionen des Anderen aufheben“ (ebd.11).

Postkoloniale Perspektiven auf die Ökonomik beleuchten also kritisch die Entstehung und Fortbestehung von Herrschaftsverhältnissen und Hegemonie und ihre Bedeutungen innerhalb der und für die Ökonomik. Dabei werden, wie später am Beispiel der Hybridität aufgeführt, Analysewerkzeuge der postkolonialen Theorie genutzt, um den Effekt von (neo-) kolonialen Strukturen aufzuzeigen und um Wirtschaftssystemen mit transkulturellen Überschneidungen besser zu verstehen (Zein Eladin, 2009: 1155). Hierbei gilt Kultur als primäre Analysekategorie (ebd.,1154) und auch die historische Dimension ist für die postkoloniale Analyse essentiell (vgl. Castro Varela und Dhawan, 2015: 16). Über die Frage, welcher Theorieschule postkoloniale Betrachtungsweisen zuzuordnen sind, besteht keine Einigkeit. Während sich Zein-Elabdin deutlich von der Entwicklungsökonomik differenziert (2004: 22) und argumentiert, dass Institutionenökonomik - auf Grund der paradigmatischen Betonung von Kultur und der Offenheit zu Interdisziplinarität - am besten geeignet ist, um die Lücke zwischen Postkolonialer Theorie und Ökonomik zu überbrücken (Zein-Elabdin, 2009: 1155), argumentiert Aßner (2012: 230), dass es durchaus eine postkoloniale Entwicklungsökonomik geben kann, im Sinne „einer speziellen Ökonomie für Länder und Regionen außerhalb Europas“.

BEISPIEL HYBRIDITÄT

Wie eine Analyse aus postkolonialer Perspektive aussehen kann, wird im Folgenden am Beispiel des Aufsatzes: „Economics, postcolonial theory and the problem of culture: institutional analysis and hybridity“ von Zein-Eladin (2009) gezeigt. Anstelle von „Entwicklungs-“ und „entwickelten Ländern“ zu sprechen, untersucht Zein-Elabdin die postkoloniale Parallele dazu, den Raum zwischen hegemonialen und subalternen Kulturen. Dabei geht sie vor allem auf die Unterschiede zwischen kolonialem Diskurs und Hybridität ein (Zein-Elabdin, 2009: 1159).

Warum ist gerade Hybridität als Analysewerkzeug für die Ökonomik geeignet?

Hybridität kennzeichnet „the natives' tendency to question and appropriate colonial discourse in ways that modified and comprised the original meaning and thereby undermined its authority“ (ebd: 1160). Es fordert also die Dualismen ‚Moderne vs. Tradition‘ und ‚Entwicklung vs. Unterentwicklung‘ heraus und kann daher Wirtschaftssysteme mit mehreren transkulturellen Überschneidungen differenziert und wertungsfrei beschreiben. So kann z.B. der informelle Sektor, welcher ein Beispiel für ökonomische Hybridität darstellt, als zeitgenössisch anstelle von den sonst genutzten Abwertungen „pre-modern“ oder „transitory“ (ebd.: 1161) theorisiert werden. Durch diese Verschiebung von ‚unterentwickelt‘ zu ‚postkolonial‘ werden also subalterne Perspektiven beleuchtet und als zeitgenössisch aufgewertet. Zudem wird so den Subalternen ermöglicht, im globalen Diskurs über Sein und Sinn mitzuwirken und Antworten auf globale Herausforderungen zu finden, die ihre Lebensrealitäten ernstnehmen (ebd.).

HYBRIDITÄT AM BEISPIEL VON AFRIKANISCHEN WIRTSCHAFTSSYSTEMEN

Im letzten Jahrhundert wirkten unterschiedliche Katalysatoren für Hybridität auf dem afrikanischen Kontinent, wie Kolonialismus, Migration und Entwicklungshilfeprojekte. So haben sich viele Gesellschaften verändert und externe Einflüsse mit bestehenden internen Dynamiken kombiniert (ebd. 1162). Basierend auf den Studien von Trulsson (1997) und Fafchamps (2004) zeigt Zein-Elabdin Quellen von Hybridität und daraus entspringende Konsequenzen. Trusslons Studie untersucht unternehmerische Strategien im Nordwesten von Tansania. Quellen von Hybridität in dieser Region sind Subsistenz- und Marktwirtschaft innerhalb einer sozialistisch geprägten Volkswirtschaft, unterschiedliche ethnische Unternehmensführung, sowie starker asiatischer kultureller und technologischer Einfluss. Die Studie zeigt, dass die Unternehmer*innen meist ihre gesellschaftliche und soziale Verantwortung der Profitorientierung überordneten. Nach Zein-Elabdin wurden hier Eigeninteresse und Effizienz mit sozialer Verpflichtung hybridisiert, was zu einer eingeschränkten Marktrationalität führt (Zein-Elabdin, 2009: 1163). Fafchamp untersuchte hingegen wirtschaftliche Verteilungsmechanismen in zwölf afrikanischen Ländern. Er identifizierte Geschenkaustausch, Markttransaktionen und institutionelle Hierarchien als die drei dominantesten Mechanismen, wobei ersterer jedoch überwiegt. Die Kombination der drei Mechanismen beschreibt er als hybrid (Fafchamps, 2004: 8). Auch wenn auf Basis dieser Studien keine tiefgreifenden Erkenntnisse über Hybridität in den untersuchten

afrikanischen Ländern gefunden werden können, weist Zein-Eladın doch auf zwei, für sie zentrale Punkte hin. Erstens zeigen die Studien den Bedarf, die spezifischen Dynamiken ökonomischer Phänomene für den jeweiligen Kontext zu verstehen, anstatt sie z. B. einfach als ‚Informellen Sektor‘ einzuordnen oder zu erklären, dass die kulturelle Basis ersetzt oder transformiert werden müsse (Zein-Eladın, 2009: 1164). Zweitens muss untersucht werden, warum genau solche Forderungen und Verhaltensweisen fortbestehen (ebd.). Zein-Elabdin fordert darum: „Culture cannot simply be conceived as an incentive structure constraining an already formed individual maximizing tendency or as a ceremonial hindrance to an anonymous technology“ (ebd.). Kulturelle Werte seien bei wirtschaftlichen Entscheidungen immer präsent und es sei nötig das vorherrschende Verständnis von „primitiv“ und „unterentwickelt“, was meist mit der Betrachtung von ‚Substantive Economics‘ einhergeht, zu verändern und diese Art des Wirtschaftens als zeitgenössisch einzuordnen (ebd.).

DIE BEDEUTUNG VON HYBRIDITÄT

Schließlich können drei Bedeutungen der Hybridität für die Ökonomik hervorgehoben werden. Das Konzept hilft zum einen, nicht gut verstandene Phänomene in der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Kultur, wie zum Beispiel Korruption, besser zu begreifen (ebd.). Zweitens zeigt es, dass Grundannahmen der Mikroökonomik, wie Rationalität und Effizienz in transkulturellen Kontexten überdacht werden müssen (ebd.). Dieses Überdenken und eine damit verbundene Aufwertung von nicht westlichen Verhaltensweisen kann drittens im Nachhaltigkeitsdiskurs weiterhelfen: ökologische Krisen zeigen, dass andere, ressourcenschonendere Wirtschaftsmodelle gefunden werden müssen. Zein-Elabdin argumentiert, dass die Aufwertung von hybriden Wirtschaftssystemen und den damit verbundenen Rationalitätsverständnissen dazu führen kann, dass andere Auffassungen von Wohlstand, Wachstum und Entwicklung anerkannt werden, die eine nachhaltige Entwicklung unterstützen können:

„A shift may only be accomplished by seriously considering different rationalities and patterns of behaviour of a high order of unfamiliarity; being mindful of the cultural boundedness of ideas of wealth and poverty might help the discipline of economics to entertain the possibility that a modest level of income in itself is no predicament. This is the shift by which a subaltern culture may genuinely participate in the global construction of the terms of being because then a lower level of consumption, strong

kinship ties and social commitment could be viewed as serviceable ethics rather than remnants of obsolete tradition." (Zein-Eladin, 2009: 1164)

Anhand dieses Beispiels kann gezeigt werden, dass postkoloniale Perspektiven implizite, dominante Annahmen der Ökonomik sichtbar machen können. Gleichzeitig wird die Bedeutung von empirischen Untersuchungen in unterschiedlichen Kontexten und die daraus hervorgehende, notwendige Entwicklung von erweiterten oder neuen Modellen betont. Schließlich wird angedeutet, dass das Zulassen und die Aufwertung von Unterschieden, wie zum Beispiel in der Rationalität, auch den Nachhaltigkeitsdiskurs bereichern können und bei der Entwicklung von nachhaltigeren Wirtschaftsmodellen helfen können.

FORDERUNGEN AN DIE MIKROÖKONOMIK

Die im Folgenden genannten Forderungen sind an keine Theorieschule gebunden. Es würde den Umfang dieses Essays übersteigen, Forderungen aus postkolonialer Perspektive für unterschiedliche Theorieschulen aufzuzeigen³. Zugleich können die hier genannten Forderungen leicht auf die meisten Theorieschulen, die transkulturelle Kontexte untersuchen, übertragen werden. Wie schon oben angedeutet, scheint es unterschiedliche Verständnisse von Rationalität, Effizienz und anderen, der Mikroökonomik zu Grunde liegenden Konzepten, zu geben. Unterschiedliche Arten zu Wirtschaften sind in weiteren Studien zu finden (z.B. Grimm, 2010). Auch diese Beispiele stimmen nicht mit den Annahmen der individuellen Nutzenmaximierung überein, welche aber als Ausgangsmodell der Analyse verwendet werden (Aßner, 2012: 227). So bedarf es in transkulturellen Kontexten einer empirisch mikrofundierten Auseinandersetzung (ebd.), um den jeweiligen kulturellen Kontext gerecht zu werden. Diese muss dann wiederum zu einer Erweiterung oder Anpassung der ökonomischen Methodik führen (ebd.). So können andere Rationalität aufgezeigt werden und laufen nicht Gefahr nur als „constraints“ aufgefasst zu werden, die zu imperfekten Verhalten auf dem Markt führen (Zein-Eladin, 2009: 1154). Aßner schlussfolgert, dass „die (neo-) klassische Annahme eines homo oeconomicus innerhalb der Mikroökonomik einer kulturell diversen Welt entgegensteht.“

3 Differenziertere Analysen der einzelnen Schulen können gefunden werden:

Klassische Politische Ökonomie: Diamond 2004; Feministische Ökonomik: Olmsted 2004; Post-Keynesianismus: Danby, 2004; Arbeitsökonomik: Conrad 2004; Institutionenökonomik: Zein-Eladin 2009; Entwicklungsökonomik: Aßner 2012; Marxismus: Castro Vareloa, Dhawan 2015

Optimalität mag innerhalb ökonomischer Modelle zur Darstellung „westlicher Modernität“ eine geeignete mathematische Annäherung sein. Diese Herangehensweise lässt jedoch – nicht nur in entwicklungspolitischer Sicht – andere Formen von Markt und Optimalität außer Acht“ (Aßner, 2012: 227).

FORDERUNGEN AN DIE MAKROÖKONOMIK

Zu Beginn kann gefragt werden, was es makroökonomisch bedeutet, wenn Lebensrealitäten von Menschen schon in der Mikroökonomik nicht vollständig oder nur fehlerhaft beschrieben werden. Wie aussagekräftig sind die darauf fußenden makroökonomischen Modelle? Daher sollte makroökonomische Ökonomik ihre Schlüsse aus mikrofundierter empirischer Erforschung des jeweiligen Kontexts ziehen (Aßner, 2012: 231). Lokale Unterschiede haben Einfluss auf Analysen innerhalb des Nationalstaats. So werden makroökonomische Teilsysteme, wie Geld- und Arbeitsmarkt, von nicht-westlichen Spezifika, wie Informalität oder Tauschhandel, für Analysen stark in Frage gestellt (ebd., 230). Es bedürfte hier qualitativer Analysen, die das tatsächliche Verständnis eines Ortes feststellen (ebd.: 228). Dabei sollte auch überlegt werden, ob der Nationalstaat den richtigen Analyserahmen bildet, denn auch die Annahme, dass „Ökonomie gleich der Nation und diese gleich der Gesellschaft ist“ (ebd.), ist eine im Westen historisch gewachsene Vorstellung und gegebenenfalls nicht auf alle Orte übertragbar. Des Weiteren besteht Bedarf, Variablen, die der makroökonomischen Analyse dienen, wie Bruttoinlandsprodukt (BIP), Arbeitslosigkeit, Geldmenge, immer im eingesetzten Kontext zu überdenken. Dies verdeutlicht Aßner am Beispiel vom BIP:

„Zum einen wird ‚Entwicklung‘- sollte sie als BIP in eine Analyse einbezogen werden – gleichgesetzt mit wirtschaftlicher ‚Entwicklung‘ nach westlich-europäischem Vorbild. Der Möglichkeit einer anderen Definition von ‚Entwicklung‘ wird so nicht Rechnung getragen. Ebenso liegt zum anderen die implizite Annahme zugrunde, dass alle ökonomische Aktivität im BIP registriert wird. Informalität und auch andere Formen zur Erfassung ökonomischer Aktivität werden hierbei ausgeblendet.“
(Aßner, 2012: 229)

So geht es aus postkolonialer Perspektive darum, die impliziten Annahmen und damit verbundenen, oft verborgenen Herrschaftsausübungen sichtbar zu machen, zu kennzeichnen und andere Bewertungs- und Interpretationsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Dies würde sich direkt auf die Arbeit der Bretton Woods Institutionen auswirken, da die westlich dominierten Institutionen „sowohl die Auswahl der Indikatoren als auch die makroökonomischen Modelle bestimmen“ (ebd.). Eine differenziertere, partizipativere und repräsentativere Herangehensweise wäre für eine Integration von alternativen Ansätzen wichtig. Außerdem wäre eine interdisziplinäre Öffnung der Ökonomik, die einen Austausch mit anderen disziplinären Erkenntnissen ermöglicht, notwendig, um die unterschiedlichen tatsächlichen Handlungsräume zu analysieren (ebd.: 230). Auch hier ist eine repräsentative Herangehensweise wesentlich. Zudem sollte das kritische Hinterfragen der eigenen Rolle und Wirkung der eigenen Modelle als Ausgangsbasis für die Analyse aller Orte gelten (ebd.).

Was bedeuten diese Forderungen für die Lehre der Volkswirtschaft in Deutschland?

Aßner deutet darauf hin, dass, in Bezug auf postkoloniale Kritik an der Ökonomik, „die gemeinsame, kritische Auseinandersetzung und Diskussion sowie die Entwicklung von Alternativen noch bevorsteht“ (ebd.). Anknüpfend an die letzten Forderungen an die Makroökonomik, sollte eine solche Auseinandersetzung wohl auch repräsentativ und partizipativ beantwortet werden. Um nicht die zuvor erwähnte, von Eggers befürchtete „weiße antirassistische Kritikelite“ zu bilden, wäre es grundlegend, die Diversität der Lehrenden zu fördern. Dies könnte zum Beispiel mit einer expliziten Öffnung der eigenen Fakultät für Lehrende aus dem Globalen Süden verbunden sein, oder / und mit Kooperationen mit Universitäten / Lehrenden aus dem Globalen Süden. Hierbei wäre es grundlegen, die eigene Rolle und Privilegien kritisch zu reflektieren und bei der Zusammenarbeit besonders auf strukturelle und institutionelle Machtgefälle zu achten. Gemeinsam könnte dann überlegt werden, wie die impliziten Annahmen der gelehrteten Ökonomik sichtbar gemacht und kritisch reflektiert werden könnten, in welchen Bereichen eine interdisziplinäre Öffnung sinnvoll und hilfreich wäre, wie vom homo oeconomicus abweichendes Verhalten als Alternative, statt als Störterm aufgefasst werden könnte und wie auch auf die anderen Forderungen der postkolonialen Kritik innerhalb der Lehre reagiert werden könnte. Auch könnte gemeinsam versucht werden nachhaltigere Wirtschaftsformen zu identifizieren und überlegt werden, wie diese global zu nachhaltigeren Arten des Wirtschaftens führen können. Hilfreich könnte externe Beratung von Organisationen sein, die Macht- und Herrschaftsgefälle in verschiedenen Kontexten untersuchen, sichtbar machen und versuchen abzubauen. Zudem könnte auf Erfahrungswissen aus anderen Disziplinen und Bereichen, die ähnliche Prozesse durchlaufen (haben), zurückgegriffen werden.

Literaturverzeichnis

- Adam, I., Tiffin, H (Hrsg.) (1991). *Past the Last Post. Theorizing Postcolonialism and Postmodernism*. Hemel Hemstead: Harvester Wheatsheaf.
- Aßner, M. (2012): (K)eine postkoloniale Entwicklungsökonomie in Sicht? In: Breidbach, J./ Aßner, M. / Abdel-Amine, Mohammed Schommer, D. / Voss, K. (Hrsg.): *AfrikaBilder im Wandel? Quellen, Kontinuitäten, Wirkungen und Brüche*. Frankfurt am Main: Internationaler Verlag der Wissenschaften: 221-232.
- Castro Varela, M. / Dhawan, N. (Hrsg.) (2015). *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. 2. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag.
- Castro Varela, María do / Dhawan, Nikita (Hrsg.) (2005). *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*. 1. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag.
- Conrad, C.A. (2004). Econometrics and postcolonial theory. In: Zein-Elabdin, E. O., Charusheela, S. (Hrsg.) (2004). *Postcolonialism Meets Economics*. New York: Routledge: 271-174.
- Danby, C. (2004). Contested states, transnational subjects: toward a Post Keynesianism without modernity. In: Zein-Elabdin, E. O., Charusheela, S. (Hrsg.) (2004). *Postcolonialism Meets Economics*. New York: Routledge: 253-270.
- Diamond, R. (2004). Classical political economy and orientalism. In: Zein-Elabdin, E. O., Charusheela, S. (Hrsg.) (2004). *Postcolonialism Meets Economics*. New York: Routledge: 73-90.
- Eggers, M. (2005). *Mythen, Masken und Subjekte: Kritische Weißseinsforschung in Deutschland*. Münster: Unrast-Verlag.
- Jones, Rachel B. (2011). *Postcolonial Representations of Women. Critical Issues for Education*. Dordrecht, Heidelberg, London, New York: Springer.
- Fafchamps, M. (2004). *Market Institutions in Sub-Saharan Africa: Theory and Evidence*. Cambridge, MA, MIT Press.
- Fludernik, M., Nandi, M. (2010): Hybridität: Theorie und Praxis. In: polylog: Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren. 8: 7-24.
- Giffard-Foret, P. (2013). Towards a Political Economy for the Postcolonial. *Postcolonialist*, 1(1), URL: <http://postcolonialist.com/academic-dispatches/toward-a-political-economy-of-the-postcolonial/> [19.06.2017].
- Grimm, M. et al. (2010): Kinship-ties and entrepreneurship in Western Africa. URL: http://www.pegnet.ifw-kiel.de/event/conference-2010/program-and-papers/nord-man_kinshipties_pegnet_south_africa.pdf [18.06.2017].
- Gruber, H. & Mandl, H. (1996). Das Entstehen von Expertise. In J. Hoffmann & W. Kintsch (Hrsg.). Lernen. Enzyklopädie der Psychologie, C/II/7 (S. 583-615). Göttingen: Hogrefe.
- Nandi, M. (2012). Sprachgewalt, Unterdrückung und die Verwundbarkeit der postkolonialen Intellektuellen. G. C. Spivak: Can the Subaltern Speak. In: Reuter, J. / Karentzos, A. (Hrsg.): *Schlüsselwerke der Postcolonial Studies*. Köln, Darmstadt: Springer: 121-130.
- Olmsted, J.C. (2004). Orientalism and economic methods: (re)reading feminist economic discussions of Islam. In: Zein-Elabdin, E. O., Charusheela, S. (Hrsg.) (2004). *Postcolonialism Meets Economics*. New York: Routledge: 165-182.
- Oxfam (2017). Oxfam Briefing Paper: An Economy for the 99%. URL: <https://www.oxfamamerica.org/static/media/files/bp-economy-for-99-percent-160117-en.pdf> [15.06.2017].
- Spivak, G.C. (1994 [1988]). Can the Subaltern Speak?. In P. Williams / L. Chrisman (Hrsg.), *Colonial Discourse and Post-Colonial Theory*, (S.66-111). Hemel Hemstead: Harester Wheateaf.
- Trulsson, P. (1997). *Strategies of Entrepreneurship: Understanding Industrial Entrepreneurship and Structural Change in Northwest Tanzania*. Linköping: Linköping University.
- Varela, María do Mar; Dhawan, Nikita (2005). *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung* (1.Aufl.). Bielefeld: Transcript Verlag.
- Young, R. (1995). *Colonial Desire. Hybridity in Theory, Culture and Race*. London, New York: Routledge.
- Zein-Elabdin, E. O., Charusheela, S. (Hrsg.) (2004). *Postcolonialism Meets Economics*. New York: Routledge.
- Zein-Elabdin, E. O. (2009). Economics, Postcolonial Theory and the Problem of Culture: Institutional Analysis and Hybridity. *Cambridge Journal of Economics* 33 (6): 1153-1167.

8.9. Entwicklungsökonomik aus postkolonialer Perspektive

von Kristin Langen

„Entwicklungsforschung tendiert dazu, Subalternen⁴ nicht zuzuhören und postkoloniale Studien tendieren dazu, sich nicht darum zu kümmern, ob die Subalterne zu Essen hat“ (Sylvester, 1999: 703)⁵

Obwohl Entwicklungsökonomik und postkoloniale Studien gemeinsame Gegenstandsbereiche haben (den globalen Süden⁶ sowie das Verhältnis zwischen Norden und Süden), besteht ein Spannungsverhältnis zwischen den Forschungszweigen. So wird in dem etwas überspitzten oben genannten Zitat der Politikwissenschaftlerin Christine Sylvester deutlich, dass gegenüber der Entwicklungsökonomie der Vorwurf besteht, eine eurozentristische Forschung zu betreiben, während den postkolonialen Studien unterstellt wird, sich nicht mit den materiellen Grundlagen des Südens zu befassen. Laut Sylvester ignorieren die Forschungszweige gegenseitig ihre Veröffentlichungen und angebrachten Argumente, obwohl nach der Geographin Cheryl McEwan die Wissenschaftsbereiche sich entscheidend bereichern würden, wenn sie die jeweilige Kritik berücksichtigen würden (vgl. McEwan, 2009: 317). In der vorliegenden Arbeit soll dem Verhältnis zwischen den zwei Forschungsansätzen nachgegangen werden und Entwicklungsökonomik als Subdisziplin der Volkswirtschaftslehre aus postkolonialer Perspektive analysiert werden. Dazu wird zunächst kurz erläutert, womit sich die Postkoloniale Theorie und die Entwicklungsökonomik beschäftigen. Daran anschließend wird der Begriff der „Entwicklung“ erläutert, um vor diesem Hintergrund Modernisierungstheorien zu beschreiben. Die Forschungszweige werden in dem Kapitel „Entwicklungsökonomik und

⁴ Der Begriff der Subalterne wird im Postkolonialen Diskurs mit Bezug auf Gayatri Spivak und ihrem Werk „Can the Subaltern Speak?“ (1988) verwendet. Spivak beschreibt mit dem Begriff marginalisierte soziale Gruppen, die aus der Geschichtsschreibung herausfallen und damit „unsichtbar“ gemacht werden. Sie hat den Begriff von Antonio Gramsci übernommen, der mit Subalternen besitzlose Landarbeiter*innen und das städtische Proletariat in Italien bezeichnete (vgl. Louai, 2012: 4-5).

⁵ Alle im Original englischen Zitate sind frei von mir übersetzt worden.

⁶ Im vorliegenden Text werden sogenannte Entwicklungs- und Schwellenländer als globaler Süden bezeichnet. Unter globaler Süden werden Länder zusammengefasst, die im globalen System eine benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position innehaben sowie Erfahrung mit Kolonialismus und Ausbeutung machen oder machen. Globaler Norden dagegen beschreibt die sogenannten Industrieländer, die von einer privilegierten globalen Position profitieren (vgl. Glokal, 2012: 4).

Postkoloniale Theorie“ einander gegenübergestellt.

Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass ich dieses Essay aus der Perspektive einer *weißen* Studentin schreibe, die Teil einer deutschen Universität ist. Ich möchte mir deshalb nicht anmaßen, postkoloniale Perspektiven zu beurteilen oder zu vereinnahmen. Mit Hilfe dieses Essays möchte ich lediglich die postkoloniale Perspektive auf die Volkswirtschaftslehre und insbesondere auf die Entwicklungsökonomik einbringen und dazu anregen, verstärkt die westliche Sicht auf die Ökonomik zu hinterfragen.

POSTKOLONIALE THEORIE

Die Psychologin María do Mar Castro Varela und die Politikwissenschaftlerin Nikita Dhawan betonen, dass Postkoloniale Theorie sich nicht nur mit der Situation von Regionen nach der Kolonialisierung beschäftigt, sondern als eine „Widerstandsform gegen die koloniale Herrschaft und ihre Konsequenzen“ (Varela und Dhawan, 2015:16) verstanden werden kann. Sebastian Conrad und Shalini Randeria bestärken diese Auffassung und betonen, dass Postkoloniale Theorie das „Fortbestehen und Nachwirken einer Vielzahl von Beziehungsmustern und Effekten kolonialer Herrschaft“ (Conrad und Randeria, 2002: 24) thematisiert. Die klassischen postkolonialen Ansätze vertreten eine konstruktivistische Wissenschaftsperspektive, die Unterstützung des Hybridisierungsparadigmas⁷ und legen den Fokus auf Diskontinuitäten statt linearen Entwicklungen. Zu den Klassikern postkolonialer Theorie gehören die Werke von Edward Said, Homi Bhabha und Gayatri Spivak, die sich primär mit den kolonialen Auswirkungen auf der Ebene der Repräsentation und Identität aus Perspektive der Literaturwissenschaft auseinandersetzen (vgl. Ziai, 2010: 403). Doch, wie der Politikwissenschaftler Aram Ziai feststellt, lassen sich gerade aus sozioökonomischer Perspektive postkoloniale Konzeptionen weiterfassen und schließen auch Arbeiten ein, die sich mit Dependenz, Imperialismus sowie Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen zwischen ehemaligen Kolonialmächten und ehemaligen Kolonien beschäftigen.

⁷ Während das sogenannte Differenzparadigma davon ausgeht, dass Kulturen klar voneinander abgrenzbar sind, betont das Hybridisierungsparadigma die Übergänge zwischen Regionen. Der Begriff der Hybridität ist in der Postkolonialen Theorie von Homi Bhabha geprägt worden, der hiermit die Vermischung von Kulturen als „komplexes Resultat von Kolonialisierungsprozessen“ (Ziai, 2010: 405) beschreibt.

ENTWICKLUNGSÖKONOMIK

Während sich vor dem 2. Weltkrieg mit dem globalen Süden als Kolonien im Rahmen von „colonial economics“ beschäftigt wurde, wandelte sich das Bild mit der Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien (vgl. Seers, 1968: 1). Diese wurden nun als „entwicklungsfähig“ angesehen und eine „nachholende Entwicklung“ nach westlichem Vorbild schien denkbar (Schmidt, 2016: 26). Damit kam in den 1950er Jahren die Entwicklungsforschung auf und als Teil dieser die Entwicklungsökonomik als neue Subdisziplin der Volkswirtschaftslehre⁸. Kern der Entwicklungstheorie war die Frage, wie sich die ehemaligen Kolonien produktiv entwickeln könnten (vgl. Sylvester, 1999: 705). Auch die Staaten, die im globalen Süden gerade ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, richteten universitäre Abteilungen ein, die sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes beschäftigen sollten. Vor diesem Hintergrund beschreibt Fischer die Entwicklungsforschung als ein „Erbe des Kolonialismus“ (vgl. Fischer, 2016: 5).

Entwicklungsökonomik stellt dem Sozialökonom Manuel Aßner zufolge keine kohärente Theorieschule dar, sondern ein „Dach für die Diskussion von „Entwicklung“ unter mikro- und makroökonomischer Perspektive“ (Aßner, 2011: 225). An der neoklassischen Mikroökonomik orientierte Entwicklungsökonomik bezieht sich auf die Annahme eines nach Profit strebenden, rationalen Individuums. Entwicklungsökonomik aus neoklassischer makroökonomischer Perspektive basiert dagegen größtenteils auf nationalstaatlichen Statistiken (ebd.: 226; 229).

DER BEGRIFF DER „ENTWICKLUNG“

Allein ihrem Namen zufolge scheint der zentrale Gegenstand der Entwicklungsökonomik die „Entwicklung“ zu sein. Doch was ist mit „Entwicklung“ in diesem Zusammenhang gemeint? Ziai stellt fest, dass sich Entwicklungstheorien im Laufe ihrer Geschichte nicht auf eine einheitliche und präzise Definition von „Entwicklung“ einigen konnten (vgl. Ziai, 2010: 400). Trotz ihrer Unterschiede lässt sich aber eine Gemeinsamkeit in allen Entwicklungstheorien feststellen: Der globale Süden ist der Gegenstandsbereich der Untersuchung, während als westlich deklarierte Staaten nicht die Adressaten sind. Aßner betont, dass es deshalb nicht unüblich ist, dass tansanische Ökonom*innen Beiträge zur

⁸ Wenn sich im Text auf Entwicklungsforschung bezogen wird, soll damit immer auch die Entwicklungsökonomik als dominierender Teil der Forschungsrichtung angesprochen werden.

„Entwicklung“ ihres Landes verfassen, es aber kaum deutsche Wissenschaftler*innen gibt, die sich mit dem „Entwicklungsstand“ Deutschlands beschäftigen. „Entwicklung“ bezieht sich immer auf „die Anderen“⁹. Es gibt damit innerhalb der Entwicklungsforschung eine bipolare Aufteilung der Welt (vgl. Aßner, 2011: 222). Während anfänglich mit „Entwicklung“ Wirtschaftswachstum und Industrialisierung gemeint waren, so Ziai, wird später mit dem Begriff die Befriedigung von Grundbedürfnissen, Armutsbekämpfung oder Nachhaltigkeit beschrieben. „Entwicklung“ wurde deshalb zunächst nur am Bruttoinlandsprodukt (BIP), später auch an Indikatoren wie Schulbildung oder Lebenserwartung gemessen, die unter anderem im Human Development Index (HDI) abgebildet sind (vgl. Ziai, 2010: 400).

Liberale Zugänge zu Entwicklungstheorien sind durch die Vorstellung eines linearen Entwicklungspfades geprägt, der sich an dem Aufstieg der USA und Europas zu den wirtschaftlich dominanten Weltregionen orientiert. Im Mittelpunkt dieses Ansatzes steht eine Vorstellung von Moderne, die sich unter anderem durch Wirtschaftswachstum, Fortschritt, Effizienz und der freien Entfaltung des Individuums, das durch Demokratie und Rechtsprechung abgesichert ist, äußern (Schmidt und Schröder, 2016: 20). Mit dem Begriff „Entwicklung“ werden damit abstrakte, „normativ positiv aufgeladenen Prozesse“ (Ziai, 2010: 400) beschrieben, die in einigen Regionen stattgefunden haben und in anderen nicht. Die Prozesse, die in Europa und Nordamerika stattfanden, werden hierdurch zur historischen Norm erklärt und ihr Ausbleiben oder ihre Unvollständigkeit werden als erklärendesbedürftig beschrieben. Im Rahmen dieser Wahrnehmung wird soziale Ungleichheit als „Entwicklungsproblem“, als Mangel an Kapital, Technologie oder Wissen dargestellt, wodurch heterogene Ursachen, die mit Machtverhältnissen, Privilegien und Exklusion zu tun haben, vernachlässigt werden. Zusätzlich wird sich im Entwicklungsdiskurs oft auf das Prinzip der Treuhandschaft bezogen. Diesem zufolge verfügen bestimmte Expert*innen über das Wissen darüber, welche Wandlungsprozesse sinnvoll sind. Oftmals fanden im Namen der „Entwicklung“ treuhänderische Interventionen gegen den Willen der Betroffenen statt (vgl. Ziai, 2010: 401- 402). Aufgrund des damit einhergehenden Eurozentrismus und dem entpolitisierten Erklärungsmuster

⁹ Edward Said beschreibt in seinem Werk „Orientalism“ (1978), wie der Westen das Konstrukt eines „Orients“ schafft, um sich selbst zu konstruieren. Die Region wird dadurch homogenisiert und stereotypisiert. Saids Analyse ist grundlegend dafür, was in den Postkolonialen Studien als „Othering“ bezeichnet wird: die Konstruktion einer Gruppe als „anders“, um eine eigene Identität als Norm zu schaffen und politische Ausschlüsse zu legitimieren. Stuart Hall hat die Konstruktion des Anderen im kolonialen Denken als Diskurs von „Der Westen und der Rest“ (1994) bezeichnet (Ziai, 2010: S. 403 – 404).

gesellschaftlicher Phänomene, wird der Begriff „Entwicklung“ in diesem Text nur in Anführungszeichen verwendet.

MODERNISIERUNGSTHEORIEN

Im 19. und 20. Jahrhundert wurde der Kolonialismus mit der Aussage legitimiert, die „Rückständigen so in die moderne Welt“ (Cooper, 2012: 197) zu bringen. Darüber, was unter „modern“ zu verstehen ist, gibt es allerdings eine kontroverse Debatte. In der Theorie wird unter dem Begriff meist ein „Bündel von sozialen, ideologischen und politischen Phänomenen, deren historischer Ursprung im Westen liegt“ (ebd: 195) verstanden. In den 1950er Jahren wurde an die Vorstellung einer erstrebenswerten „Moderne“ anknüpfend in den konservativen Kreisen der US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaften die sogenannte Modernisierungstheorie entwickelt (ebd.). Die Modernisierungstheorie bildet Schmidt zufolge eine der prägendsten Ansätze der Entwicklungstheorie und soll deshalb in dem folgenden Absatz näher beschrieben werden.

Einer der einflussreichsten Entwicklungsökonomen und bekanntesten Vertreter der Modernisierungstheorie, Walt Whitman Rostow, beschreibt Modernisierung als einen linearen Entwicklungspfad, dem alle Länder in fünf Stadien folgen. Am Beginn steht die traditionelle, von Subsistenzwirtschaft geprägte Gesellschaft und am Ende ein „Zeitalter des hohen Massenkonsums“ (Schmidt und Schröder 2016: 45). Die Länder des Südens werden als „Aufholende“ deklariert, die sich auf geradezu natürliche Weise von ihren „Traditionen“ hin zur „Moderne“ entwickeln. Im Rahmen der Modernisierungstheorien wird davon ausgegangen, dass diese „nachholende Entwicklung“ unter den richtigen Voraussetzungen für jede Nation denkbar ist. Rostow zufolge sollte das „Aufholen“ durch ausländische Direktinvestitionen gelingen, die zur Industrialisierung und „Modernisierung“ beitragen (ebd.). Die Perspektive ist eng mit der Vorstellung verknüpft, dass Menschen für ihre soziale Lage selbst verantwortlich sind und diese unabhängig von den äußeren Verhältnissen ist (vgl. Kößler, 2016: 32). Die Ursprünge des Reichtums des globalen Nordens werden damit von der Geschichte des Kolonialismus losgelöst und stattdessen mit Diskursen der europäischen Aufklärung von Fortschritt und Rationalität in Verbindung gebracht (Varela und Dhawan, 2015: 87). Dabei wird Varela und Dhawan zufolge der Zusammenhang zwischen „unserer“ Entwicklung und „ihrer“ Ausbeutung vernachlässigt (ebd.). Modernisierungstheorien gehen davon aus, dass auch in außereuropäischen Ländern Marktbedingungen nach westlichem Vorbild geschaffen werden müssen, um

„Modernisierung“ zu ermöglichen. Aßner stellt fest, dass damit die entwicklungspolitische Diskussion um „failed states“ eine Diskussion um die „fehlende Grundlage von „Entwicklung“ nach europäischem Verständnis“ (ebd.:224) ist.

Im Kontext des Kalten Krieges verfolgten sowohl die Regierungen der Vereinigten Staaten als auch ihr Gegenspieler, die Sowjetunion, Modernisierungstheorien. Der Untertitel zu Rostows Buch „The stages of economic growth“ (1960) lautet zwar „a non-communist manifesto“, worin deutlich zum Ausdruck kommt, dass Rostow sich gegen jegliche sozialistisch-kommunistische Programmatik stellt und im historischen Kontext gegen die Sowjetunion. Trotzdem trieb vor dem Hintergrund des Kalten Krieges auch die Sowjetunion ein Modernisierungsprogramm voran, das ihre Stärke im Vergleich zum Westen verdeutlichen wollte. Zusätzlich verfolgten dem Historiker Fredrick Cooper zufolge auch afrikanische und asiatische soziale Bewegungen Modernisierungsprojekte. Diese Dynamik führte für eine gewisse Zeit geradezu zu dem „internationalen Konsens“ (Cooper, 2012: 252), dass Modernität das Ziel politischen Handels sein sollte.

Zusammenfassend lassen sich verschiedene Kritikpunkte an den Modernisierungstheorien festhalten. So gehen sie von einer linearen Entwicklung aus, bei der Europa und die USA als Referenz und Norm genutzt werden. Damit werden historisch bedingte Herrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen ignoriert. Es wird eine Dichotomie zwischen „unterentwickelter“ Tradition und „entwickelter“ Moderne geschaffen, wobei dem globalen Süden das Erstere und dem globalen Norden das Letztere zugeschrieben wird. Neben dieser Kritik arbeitet Reinhard Kößler zwei Paradoxien heraus, die die Modernisierungstheorien nicht auflösen können. So machen erstens die ökologischen Krisen seit dem Ende des 20. Jahrhunderts deutlich, dass der Lebensstil, den die Modernisierungstheorien propagieren, Ressourcen in großer Menge benötigt. Die ökologischen Grenzen zeigen auf, dass der Ressourcenverbrauch des Westens nicht global übertragbar ist. Zweitens ist die Theorie mit einer Vorstellung davon verknüpft, dass „es eine funktionale Verkopplung von kapitalistischer Wirtschaft, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ (Kößler, 2016: 38) gibt. Diese ist allerdings so eindeutig in der Realität oft nicht gegeben. In verschiedenen Staaten ging im Gegenteil ein zunehmender Industrialisierungsprozess mit autoritären Militärregimen einher (ebd.).

Auch wenn die Modernisierungstheorien „offenkundige, nicht auflösbare Widersprüche und Inkonsistenzen“ (Kößler, 2016: 27) aufweisen und „seit den frühen 1970er Jahren oftmals für überholt erklärt wurden“ (Schmidt und Schröder, 2015: 24), dominieren sie bis heute die Vorstellung von sozioökonomischer „Entwicklung“ (ebd). So werden beispielsweise statistische Daten zum Human Development Index der UN Institutionen auch heute nach Staaten geordnet in eine Rangliste gebracht. Annahmen der Modernisierungstheorie werden Schmidt zufolge unter anderem durch eine solche Praxis bestätigt und reproduziert (ebd.:22). Eine postkoloniale Perspektive auf Modernisierungsdiskurse kann dem Literaturwissenschaftler Dirk Götsche zufolge hier zweierlei leisten. Einerseits können viele verschiedene, miteinander verwobene Entwicklungspfade einbezogen werden und der Begriff der Moderne kann kontextualisiert und breiter definiert werden. Zusätzlich können „multiple Modernen“ gedacht werden oder sich auf eine alternative, vom Westen unabhängige Definition von Moderne bezogen werden, die sich auf nicht-westliche kulturelle Formen bezieht und kolonialisierte Intellektuelle in den Mittelpunkt stellt (vgl. Cooper, 2012: 195). Gleichzeitig kann aufgedeckt werden, was der Referenzrahmen für den Begriff der Moderne ist und was als verdeckte Norm angenommen wird (vgl. Götsche, 2017: 85). Da die Vorstellungen der Modernisierungstheorie bis heute die Entwicklungsforschung prägen, bleibt es für eine Auseinandersetzung mit Entwicklungsökonomik unbedingt relevant, die Vorstellung von Moderne und „Entwicklung“ kritisch zu hinterfragen. Es stellt sich außerdem die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, die Begriffe weiterhin zu nutzen oder ob sie so stark von einem linearen und dichotomen Entwicklungsverständnis geprägt sind, dass neue beschreibende Wörter gefunden werden müssen. Gleichzeitig sei angemerkt, dass mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen alle Staaten (globaler Süden und Norden) dazu angehalten sind, eine „Nachhaltige Entwicklung“ zu verfolgen (BMZ, 2017). Ob das Verständnis von Entwicklung hierdurch im Wandel ist, muss an anderer Stelle untersucht werden.

ENTWICKLUNGSÖKONOMIK UND POSTKOLONIALE THEORIE

Wie im Eingangszitat deutlich wurde, besteht ein Spannungsverhältnis zwischen Entwicklungsforschung und Postkolonialer Theorie. Während es auf den ersten Blick scheint, als analysierten beide den gleichen Gegenstandsbereich, werden auf den zweiten Blick klare Unterschiede deutlich (vgl. McEwan, 2009:2 und Ziai, 2010: 406- 407):

1. Anwendungsorientierung: Während die Entwicklungsforschung praktische, umsetzungsorientierte Ansätze verfolgt, legt die Postkolonialen Theorie ihren Fokus

auf Sprache, Geschichte und Kultur. Dies lässt sich damit begründen, dass Entwicklungsforschung stark von der Volkswirtschaftslehre geprägt ist und postkoloniale Studien von den Literaturwissenschaften.

2. Ziele: Das Ziel der Entwicklungsforschung ist es, Theorien zu entwickeln, die Ländern des globalen Südens zu ökonomischer „Entwicklung“ verhelfen. Postkoloniale Studien stellen die universellen Leitbilder der Entwicklungsforschung in Frage und weisen auf den darin versteckten Eurozentrismus hin.
3. Fokus: In der Entwicklungsforschung werden messbare sozioökonomische Indikatoren erhoben (u.a. bezüglich Wirtschaftswachstum, Einkommensverteilung, Kaufkraft), während die postkoloniale Studien sich stärker mit kulturellen Fragen, Repräsentation und Identität sowie individuellen Erfahrungen auseinandersetzen. Dabei bezieht sich die Entwicklungsforschung auf statistische Daten, die postkolonialen Studien auf Erfahrungsberichte und kulturelle Produkte wie Filme, Bücher, Medienberichte.
4. Perspektive: Die Entwicklungsforschung schafft eine Unterscheidung zwischen „entwickelt“ und „unterentwickelt“. Postkoloniale Theorie untersucht dagegen hybride Räume und Verbindungen, die durch die Geschichte des Kolonialismus entstanden sind.

Diese idealtypische Darstellung wird in jedem Fall nicht allen Theoretiker*innen gerecht und bezieht sich auf die aus den Literaturwissenschaften geprägte Postkoloniale Theorie. Trotzdem werden hier die Unterschiede der Forschungsrichtungen deutlich.

Aßner analysiert konkret die Annahmen der neoklassischen Entwicklungsökonomik und stellt die Annahme infrage, dass ein profitorientiertes Individuum zur Analyse unterschiedlicher kultureller, sozialer und geographischen Hintergründe geeignet ist (vgl. Aßner, 2011: 226). Zur Erläuterung dieses Aspektes führt er die Forschung von Grimm et al. an, in der gezeigt wird, dass soziale Netzwerke in Nigeria eine kulturell höhere Bedeutung haben als die individuelle Profitmaximierung. Hier soll der Nutzen der Gemeinschaft eher maximiert werden als der Profit des Einzelnen (vgl. Grimm, 2013). Auch wenn die Verhaltens- oder neue Institutionenökonomik die neoklassische Theorie ergänzen, stellen sie aus postkolonialer Perspektive keinen Ideenwandel dar. So berücksichtigt die Verhaltensökonomik zwar die „Imperfektion der handelnden Personen“ (Aßner, 2011, S.227), stellt die grundlegende Annahme der individuellen Profitmaximierung dabei aber nicht in Frage. Nicht-profitorientiertes Handeln ist hiernach nur eine Abweichung von der

(westlichen) Norm (vgl. Zein Elabdin, 2009: 1154). Auch die neue Institutionenökonomik hinterfragt eurozentristische Perspektiven nicht und führt „Unterentwicklung“ vor allem auf das Fehlen von Institutionen nach westlichem Vorbild zurück (vgl. Schmidt und Schröder, 2016: 25). Makroökonomisch lässt sich anmerken, dass „Entwicklung“ oftmals mit der Höhe des BIPs gleichgesetzt wird. Die Möglichkeit, Fortschritt anders zu definieren (beispielsweise als „Kosmovision“ (Acosta, 2009: 219), wie es im Konzept des Buen Vivir getan wird, wird hierbei nicht beachtet. Außerdem wird in diesem Fall davon ausgegangen, dass das BIP alle ökonomischen Aktivitäten zur Genüge abbildet, während beispielsweise informelle Prozesse ausgeblendet werden.

Angesichts des globalen Ausmaßes von materieller Armut und sozioökonomischer Ungleichheit müssen Antworten auf die Frage nach „Entwicklung“ gefunden werden; die Frage ist nur, wie und wer diese ausgestaltet. Postkoloniale Theorie kann McEwan zufolge bei der Suche nach Antworten die Entwicklungsforschung kritisch begleiten und hinterfragen, auf welchen Annahmen die theoretischen Konzepte basieren, wie „Entwicklungsprobleme“ identifiziert werden, wie Lösungsansätze durchgesetzt werden und welche Akteur*innen dabei marginalisiert oder nicht gehört werden. Die postkoloniale Perspektive kann die Frage nach Macht- und Herrschaftsverhältnissen in der Entwicklungsökonomik aufwerfen und darin erinnern, dass vergangene Ereignisse fundamentale strukturelle Auswirkungen auf die gegenwärtigen globalen Verhältnisse haben (ebd.: 314-315). Postkoloniale Theorie kann darauf aufmerksam machen, dass Worte die Wahrnehmung der Welt prägen und damit reale Auswirkungen haben können. So schaffen Begriffe wie „entwickelt“ und „unterentwickelt“, wie „Erste“ und „Dritte“ Welt und auch wie „globaler Süden“ und „globaler Norden“ eine bipolare Aufteilung der Welt, obwohl die Welt aus postkolonialer Perspektive als Ort voller hybrider Räume gesehen werden sollte, die einander beeinflussen und nicht klar abgrenzbar sind. McEwan macht deutlich, dass der Süden Teil des nördlichen „Fortschritts“ ist und unter anderem durch historische und gegenwärtige Formen der Ausbeutung direkt zu dessen Wohlstand beiträgt (ebd.: 304). Die postkoloniale Perspektive kann hinterfragen, warum es anerkannt ist, dass sich Entwicklungsforschung auf den Süden konzentriert und nicht den Norden erfasst. Sie kann sich für globale Forschungszusammenarbeit einsetzen, die verhindert, dass es einseitige Wissensakkumulation über andere Regionen gibt und paternalistische politische Interventionen problematisieren (ebd.: 307). Die postkoloniale Kritik an der Entwicklungsökonomik richtet sich, so fasst Aßner zusammen, gegen eine „zuweilen

unreflektierte Übernahme modelltheoretischer Annahmen aus dem Westen“ (Aßner, 2011: 230). Er fordert deshalb eine postkoloniale Entwicklungsökonomik, die mikrofundiert, ergebnisoffen, empirisch, reflektiert und interdisziplinär ist (ebd).

Während Entwicklungsökonomie vorgeworfen wird, den Subalternen nicht zuzuhören, wird dem Postkoloniale Theorie vorgeworfen, immer institutionalisierter zu werden und die Interessen einer im Norden lebenden Elite zu vertreten statt die der Menschen, die in ehemals kolonialisierten Gebieten leben. Es wird bemängelt, dass Postkoloniale Theorie in den intellektuellen Theorien die materiellen Bedürfnisse der Menschen vergisst und ökonomische Ungleichheit ignoriert (vgl. Sylvester, 1999: 703). Wenn beide Forschungsbereiche die Kritik ernst nehmen und sich gegenseitig annähern, könnte es gelingen, neue Antworten auf die Frage nach „Entwicklung“ zu finden.

FAZIT

Es ist deutlich geworden, dass Entwicklungsökonomik und postkoloniale Studien sich gegenseitig bereichern können. Wenn die Entwicklungsökonomik das Bild eines Forschungsbereiches, das seinen Ursprung in kolonialem Denken hat, ablegen möchte, sollte es Begriffe wie „Entwicklung“ und das Ziel der „Modernisierung“ kritisch hinterfragen und verstärkt den Einfluss von Machtstrukturen im globalen Wirtschaftssystem berücksichtigen. Aus makroökonomischer Perspektive regt die Postkoloniale Theorie dazu an, zu überdenken, warum und nach welchen Kriterien Nationen in Ranglisten gebracht werden. Damit einher geht eine tiefgehende Reflexion der fundamentalen statistischen sozioökonomischen Daten wie dem Bruttoinlandsprodukt, der Kaufkraft oder der Einkommensverteilung. Selbst sozialkulturelle Indikatoren wie die der Analphabetenrate können aus postkolonialer Perspektive kritisch nach einem versteckten westlichen Bildungsideal hinterfragt werden. Die postkoloniale Perspektive auf die Mikroökonomik zeigt außerdem auf, dass die neoklassische Annahme eines rationalen, profitorientierten Individuums westlich geprägt ist und nicht universell übertragbar ist. Gleichzeitig sollten sich postkoloniale Studien verstärkt mit den materiellen Grundlagen und der Lebensrealität der Subalternen auseinandersetzen. Um den Diskurs um „Entwicklung“ historisch einzuordnen, ist es wichtig, sich neben den westlichen Modernisierungstheorien auch mit den Entwicklungsschulen des globalen Südens zu beschäftigen. Zusätzlich sollten soziale Bewegungen in der Entwicklungsdebatte verstärkt berücksichtigt werden. Ansätze wie Buen Vivir aus Lateinamerika oder Ubuntu aus Afrika, die Demokratie, Gemeinschaft und

Fortschritt neu definieren, können einen wichtigen Beitrag zu einer alternativen Entwicklungsstrategie leisten. Es steht zur Diskussion, ob die Agenda 2030 mit dem Ziel der „Nachhaltigen Entwicklung“ für alle Länder ein erster Schritt ist neue Wege und Ideen bezüglich „Entwicklung“ zu finden. Diese Arbeit zeigt in jedem Fall, dass eine postkoloniale Perspektive auf „Entwicklung“ bei der Suche nach neuen Denkmustern helfen kann.

Dies ist eine gekürzte Version. In der ausführlichen Arbeit wird unter anderem auf Strukturalismus, Dependenztheorie und Post-Development eingegangen. Bei Interesse an der längeren Arbeit kann gerne eine E-Mail an: kristin.langen@posteo.de geschrieben werden.

Literaturverzeichnis

- Aßner, M. (2011). (K)eine postkoloniale Entwicklungsökonomie in Sicht? In Aßner et. al. AfrikaBilder im Wandel? (1. Ausg., S. 221 - 232). Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Acosta, A. (2009). Das "Buen Vivir". Die Schaffung einer Utopie. Juridikum - Nuevo Constitucionalismo, 4, S. 219-223.
- BMZ. (2017). Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit. Abgerufen am 26. 08 2017 von http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/index.html
- Conrad, S., & Randeria, S. (2002). Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Cooper, F. (2012). Kolonialismus denken. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Fischer, K., Boatca, M., & Hauck, G. (2016). Handbuch Entwicklungsforschung. Wiesbaden: Springer Verlag.
- Götsche, D. et. al (2017). Handbuch Postkolonialismus und Literatur. Stuttgart: J. B. Metzler.
- Glokal. (2012). Mit kolonialen Grüßen: Berichte und Erzählungen von Auslandsaufenthalten rassismuskritisch betrachtet. Berlin: Glokal e.V.
- Grimm, M. et al. (2013). Kinship ties and entrepreneurship in Western Africa. Journal of Small Business & Entrepreneurship, 26(2), S. 125-150.
- Hall, S. (1994). Der Westen und der Rest: Diskurs und Macht. In S. Hall, Rassismus und kulturelle Identität: Ausgewählte Schriften (5 Ausg., Bd. 2, S. 137 - 179). Hamburg: Argument Verlag.
- Kößler, R. (2016). Modernisierungstheorien. In Fischer et. al, Handbuch Entwicklungsforschung (S. 27-40). Wiesbaden: Springer Verlag.
- Louai, E. H. (2012). Retracing the concept of the subaltern from Gramsci to Spivak: Historical developments and new applications. African Journal of History and Culture , 4(1), S. 4-8.
- McEwan, C. (2009). Postcolonialism and Development. London: Routledge.
- Rostow, W. (1960). The stages of economic growth: a non-communist manifesto. Cambridge: Cambridge Univ. Press.
- Said, E. (1978). Orientalism. New York: Pantheon Books.
- Schmidt, L., & Schröder, S. (2016). Entwicklungstheorien. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Seers, D. (1968). From Colonial Economics to Development Studies. IDS Bulletin.
- Spivak, G. (1988). Can the Subaltern Speak? In N. Cary, Grossberg, & L., Marxism and the Interpretation of Culture. Chicago: University of Illinois Press.
- Sylvester, C. (1999). Developement studies and postcolonial studies: disparate tales of the "Third World". Third World Quarterly, 20(4), S. 703-721.
- Varela, M. d., & Dhawan, N. (2015). Postkoloniale Theorie: Eine kritische Einführung. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Zein-Elabdin, E. (2009). Economics, postcolonial theory and the problem of culture: institutional analysis and hybridity. Cambridge Journal of Economics, 33, S. 1153-1167.
- Ziai, A. (2010). Postkoloniale Perspektiven auf "Entwicklung". PERIPHERIE, 120(30), S. 399-426.

8.10. Islamic Finance

von Nadine El Hajj

Seit Mitte der 1970er Jahre gibt es Konzepte eines auf dem Islam basierenden wirtschaftlichen Systems. Diese islamische Wirtschaftsordnung wurde jedoch, mit Ausnahme vom Iran und Sudan, in keinem modernen muslimischen Staat implementiert (vgl. Nienhaus, 2010: 81). Grundsätzlich werden in der islamischen Ökonomie konventionelle Wirtschaftstheorien mit den Lehren der islamischen Weltanschauung kombiniert. Die wichtigsten Funktionalitäten des Systems sind sowohl Gerechtigkeit als auch Stabilität. Um allen Menschen ein würdiges Dasein zu ermöglichen, spielen in der islamischen Wirtschaft moralische, ethische, gesellschaftliche und auch gesundheitliche Werte eine wichtige Rolle. Dies heißt im engeren Sinne, dass nicht nur das Ziel der Gewinnmaximierung verfolgt wird, sondern der Geist des Wirtschaftssystems im Vordergrund steht. Im Gegensatz zur ökonomischen Mainstream-Theorie existiert nicht das Knappheits-Prinzip, da im Islam davon ausgegangen wird, dass Gott für alle Menschen genug Verpflegung zur Verfügung stellt. Die islamische Wirtschaftsordnung behandelt dagegen die Frage der ungerechten Verteilung, welche im Islam verboten ist (vgl. ebd.: 84).

Mit diesem Essay soll dem Leser ein Überblick über das System einer nicht-westlichen Ökonomie, in diesem Fall die islamische Wirtschaft, gegeben werden. Zunächst wird auf die wirtschaftliche Lehrmeinung der islamischen Gelehrten eingegangen. Danach wird die *Zakat* als Sicherung thematisiert. Abschließen wird der Text mit einer kurzen Einführung in das islamische Bankensystem.

DIE HEUTIGE LEHRMEINUNG IN DER ISLAMISCHEN ÖKONOMIE

Dem Islam zufolge ist die Beteiligung am Erwerbsleben sehr wichtig. Diesbezüglich gibt es viele Übereinstimmungen mit der westlich-christlichen Ökonomie im Gebiet der Individualethik (vgl. Nienhaus, 2010: 84). Im Islam wird wie in westlichen Ökonomien viel Wert auf persönliche Leistung gelegt und davon ausgegangen, dass jeder seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit finanzieren können sollte. Die eigene Arbeit (körperlich oder geistig) ist für den rechtmäßigen Erwerb von materiellen Gütern oder von Reichtum besonders wichtig. Ebenso ist die Verschwendug, der verantwortungslose Umgang mit Ressourcen sowie Luxuskonsum untersagt. Der Mensch hat im Islam nur Nutzungsrechte an der Schöpfung. Diese soll auch für zukünftige Generationen erhalten bleiben und darf deshalb nicht geschädigt oder im negativen Sinne ausgenutzt werden.

Dieses Gebot der nachhaltigen Nutzung im Islam (Umweltschutz) gilt auch heute (vgl. ebd.).

Dem Islam zufolge soll ein mäßiger Konsum verfolgt werden und Überschüsse sozial verwendet werden, indem sie beispielsweise an bedürftige Menschen gespendet werden (vgl. ebd.: 89). Laut Koran haben Hilfsbedürftige Anspruch auf solidarische Hilfe der Gemeinschaft. Die sogenannte *Zakat*, eine Abgabe von etwa 2,5 Prozent des Vermögens oder 5 Prozent bzw. 10 Prozent landwirtschaftlicher Erträge, soll speziell für soziale Zwecke verwendet werden (vgl. Nienhaus, 2003: 90). Die *Zakat* sollte in islamischen Ländern von jedem einzelnen Moslem errichtet werden. Die *Zakat* ähnelt sehr dem Subsidiaritätsprinzip, welches sich heute in den meisten Ländern der westlichen Welt widerspiegelt.

Die Privatisierung wird im Islam gegenüber Nationalisierung und staatlicher Wirtschaftslenkung bevorzugt. Finanzierungs-, Pacht- und andere Verträge, welche Erträge und Risiken mit sich bringen, müssen bestimmten Gerechtigkeitskriterien entsprechen. Ebenfalls soll Monopolbildung verhindert werden, da das islamische Recht eine gerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen vorsieht. Darüber hinaus sind Spekulationsgeschäfte, wie beispielsweise Glücksspiele, verboten, da diese zum Gewinn einer Partei auf Kosten anderer führen kann und eine gerechte Verteilung nicht mehr sichergestellt werden kann. Darüber hinaus ist ein stabiles Preisniveau seitens der Geldpolitik ebenfalls von Bedeutung sowie ein Gleichgewicht seitens der Finanzpolitik, sodass der Staatshaushalt insgesamt ausgeglichen ist (vgl. Nienhaus, 2010: 85). In diesen Aspekten ähnelt das islamische Recht sehr dem neoklassischen Modell. Der Staat sollte darüber hinaus für eine Basisinfrastruktur sorgen und öffentliche Güter bereitstellen, sowie Interventionen in Wettbewerbsmärkte vermeiden.

DAS ISLAMISCHE BANKENSYSTEM

Auf den Hauptfinanzmärkten der Welt spielt das islamische Bankensystem heutzutage eine wichtige Rolle. Die Interessenten oder Kunden solcher Banken sind nicht nur Muslime, sondern vielmehr Personen, die von dem System überzeugt sind. Das System basiert auf der Scharia, den Profit-Loss-Sharing-Transaktionen und den elementaren Verboten. Die Scharia beruht auf den beiden bedeutendsten Quellen im Islam: dem Koran und der Sunna. Die Scharia bildet die Gesetzgebung im Islam, worin alle Gebote und Verbote gesetzt sind. Deshalb hängt das islamische Bankensystem stark oder ausschließlich von der Scharia ab.

Die Profit-Loss-Sharing-Transaktionen sind Geschäfte, bei denen der Geldgeber nicht nur

die Gewinne, sondern auch die Verluste teilt. Als Letztes gibt es ebenso die elementaren Verbote, wie der *Ribah* (Zins), *Gharar* (Spekulationen), *Qimar* (Glückspiele) und unehtische Geschäfte (vgl. Nienhaus, 2010: 94). *Ribah* bedeutet im engeren Sinne „Zusatz“. Eine der streng verbotenen Formen des Handels ist im Islam der Zins, da er als Unterdrückung gesehen wird und mit Schäden verbunden ist. Außerdem sind die *Gharar* eine strengst verbotene Form von Transaktionen durch Spekulationen. Bei Spekulationsgeschäften schließt man einen Vertrag ab, ohne vorher über genügend Informationen zu verfügen. Im Islam sind beispielsweise Versicherungsunternehmen verboten, da sie im Falle eines Schadens nach Vertragsabschluss für eine lange Zeit Beträge zahlen müssen, ohne dafür eine direkte Gegenleistung zu erhalten. Aufgrund der Informationsasymmetrien sind in Versicherungsunternehmen Spekulationstransaktionen das Hauptgeschäft. Im islamischen Recht gibt es eine andere Form von Versicherung, welche *Takaful* genannt wird (Scharia konforme Versicherung). Darüber hinaus besteht im islamischen Recht das Verbot von Glücksspielen und Wetten. Es besteht im Islam ein Konsumverbot von Alkohol, Schweinefleisch, Pornografie, Tabak und das Handeln mit Waffen. Der Handel, die Beförderung und die Veräußerung solcher Güter ist in islamischen Banken verboten.

Im Islamic Banking gibt es fünf wichtige Konzepte, wie *Quard Hassan*, *Murabaha*, *Mudaraba*, *Musharaka* und *Ijara*. Der sogenannte *Quard Hassan* ist ein zinsloses Darlehen. Dieses Darlehen kann nicht für den eigenen Konsumzweck in Anspruch genommen werden, sondern ist vielmehr für soziale Projekte gedacht. *Murabaha* hingegen ist ein Kauf- und Rückkaufvertrag, welcher das wichtigste- und das meistgenutzte Finanzierungsinstrument der islamischen Banken darstellt. Bei dem *Murabaha*-Prinzip kauft die islamische Bank erst die Ware und verkauft sie für einen höheren Preis an den Kunden weiter. Der Gewinn dieser Dienstleistung ist die Preisdifferenz zwischen dem Kauf und dem Verkauf. Bei *Murabaha* werden Güter wie Fahrzeuge, Computer, Grundstücke, Gebäude und Maschinen gehandelt. Ganz wichtig dabei ist, dass die Bank vor dem Weiterverkauf Eigentümer der Ware ist, welches bei konventionellen Banken nicht der Fall ist. Bei der dritten Form, *Mudaraba*, handelt es sich um eine stille Gesellschaft. Die Bank gibt Finanzmittel an Unternehmen, ohne dabei Mitbestimmungsrecht zu erlangen. So kann die Bank in Höhe der Einlage Gewinne mit dem Unternehmen teilen. Jedoch trägt die Bank bei einem erfolgslosen Projekt das gesamte Risiko.

Das vierte Finanzierungsinstrument ist die *Musharaka* und bedeutet „Beteiligung“. Bei diesem Konzept teilen die Geschäftspartner sowohl die Gewinne als auch Verluste in Höhe der Einlage. Im Vergleich zu der *Mudarba* hat die Bank hier Mitbestimmungsrecht im Unternehmen. Außerdem ist dieses Finanzierungsinstrument eher für langfristige Projekte gedacht. Das fünfte und letzte Finanzierungsprojekt ist die *Ijara*, was „ausleihen“ bedeutet. Im wirtschaftlichen Kontext ist es mit Leasing vergleichbar. Hier bietet die islamische Bank Vermögensobjekte zur Benutzung gegen Beiträge an, ohne dass der Kunde im Eigentum dieser Objekte steht.

FAZIT

Islamische Banken haben schon vor langer Zeit existiert und erlangen heute großes Interesse auch von Nicht-Muslimen, weil die Gewinnmaximierung nicht ihr Hauptziel ist, sondern vielmehr die Verbindung von monetärer Stabilität und sozialer Gerechtigkeit. Dieses Bankensystem ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Es stellt sich die Frage, ob islamische Banken auch in westlich-christlichen Ländern wachsen können und sich der Konkurrenz mit konventionellen Banken stellen können. Da der Begriff „islamisch“ häufig andere Assoziationen hervorruft, als er in diesem Zusammenhang meint, wäre eine Bezeichnung, wie „ethische Bank“ für eine Verbreitung des Systems sinnvoll. Insgesamt wird der Zins in islamischen Banken nur anders genannt, damit es der Scharia-Gesetzgebung unterliegt. Es werden also Profite und Gewinne erzielt - zwar nicht durch Zinsen, aber durch das Handeln.

Literaturverzeichnis

- Nienhaus, V. (2003). Der Beitrag des Islam zur ethischen Fundierung einer Wirtschaftsordnung.
Schick, Gerhard (Hg.): Wirtschaftsordnung und Fundamentalismus, Berlin: Stiftung Markt-
wirtschaft, 85-97.
- Nienhaus, V. (2010): Grundzüge einer islamischen Wirtschaftsordnung im Vergleich zur sozialen
Marktwirtschaft, in: Auslandsinformation, S.80-102.

Islamic Finance

Ökologische Ökonomik

Feministische Ökonomik

Österreichische Schule

Postkoloniale Perspektiven auf Ökonomik

Neoklassik

Keynesianismus

Institutionenökonomik